

Wien, am Samstag, den 1. April 1927

## WIENER GEMEINDERAT

als Landtag

Sitzung vom 1. April 1927

Präsident Dr. Danneberg eröffnet um vier Uhr die Sitzung des Wiener Landtages. Als erster Punkt wird das Gesetz, das die Abänderung der Gemeindevahlordnung für die Stadt Wien betrifft, verhandelt. Stadtrat Richter erstattet das Referat, wobei er ausführt, dass durch die Abänderung der Gemeindevahlordnung die volle Wahlfreiheit der Wähler gewährleistet werden soll. Er beantragt die Abänderung des Absatzes 3 des Paragraph 8 der Gemeindevahlordnung, wonach der zweite Satz des betreffenden Absatzes zu lauten hat: Die Beisitzer der Wahlbehörden werden auf Grund der Vorschläge der Parteien nach dem Verhältnis der bei dem letzten Gemeinderatswahl auf die einzelnen Parteien im ganzen Stadtgebiet entfallenen Stimmen aufgeteilt, wobei die Bestimmungen der Paragraphen 31 und 32 sinngemäss anzuwenden sind.

Ferner beantragt Stadtrat Richter die Abänderung des Absatzes 2 des Paragraphen 39, der die Wahl der Bezirksvertretung vorsieht, in folgenden Wortlaut: Findet die Wahl der Bezirksvertretung gleichzeitig mit der des Gemeinderates statt, so kann der Stimmzettel für die erstere Wahl mit dem für die letztere in einen Stimmzettel vereinigt werden, der so gross ist, wie beide Einzelstimmzettel zusammen, jedoch nur dann, wenn die einzelnen Teile des vereinigten Stimmzettels auf dieselbe Partei lauten.

Endlich beantragt Stadtrat Richter die Abänderung des zweiten Absatzes des Paragraph 40 der Gemeindevahlordnung und schlägt folgenden Wortlaut vor: Die Stelle des Bezirksvorstehers kommt der stärksten, die seines Stellvertreters der zweitstärksten Partei zu. Hierbei ist die Parteienstärke nach der Zahl der Mandate, bei gleicher Mandatszahl nach der Zahl der abgegebenen Stimmen zu berechnen. Bei gleicher Stimmzahl entscheidet das Los. Wird von der berufenen Partei kein Wahlvorschlag erstattet, so erfolgt die Wahl mit unbedingter Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

G.R. Hofbauer (soz. dem.) stellt sodann den Antrag, im Absatz 2 des Paragraph 39 folgende Satzteile zu streichen: Jedoch nur dann, wenn die einzelnen Teile des vereinigten Stimmzettels auf dieselbe Partei lauten.

Die Anträge des Stadtrates Richter und des Gemeinderates Hofbauer werden sodann in erster und zweiter Lesung angenommen.

Stadtrat Breitner berichtet nun über die Gesetzesvorlage betreffend die Aufnahme einer Anleihe. Er führt aus: Durch das vorliegende Gesetz gibt der Wiener Landtag seine Zustimmung, dass eine Anleihe bis zur Höhe von dreissig Millionen Dollar aufgenommen wird. Sie ist zur Ausgestaltung der grossen städtischen Unternehmungen, Strassenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerk bestimmt. Ich habe schon wiederholt den Standpunkt meiner Partei zur Frage der Aufnahme von Anleihen dargelegt und will es bei diesem Anlasse noch einmal tun.

Zunächst wird wir der Anschauung, dass es überhaupt nicht der Gipfel der Finanz- und Verwaltungskunst ist, möglichst viel Schulden zu

machen. Schon gar nicht in einer Zeit, in welcher der Zinsfuss, wenn auch bereits ein starker Abbau erfolgt ist, doch noch immer wesentlich höher steht als vor dem Krieg. Ganz besondere Vorsicht aber tut not, angesichts der Tatsache, dass die Sparkraft des Inlandes nicht ausreicht, um wirklich grosse Anleihen, wie sie den Bedürfnissen der Gemeinde Wien entsprechen, hier unterzubringen. Bisher wurden alle der öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich und auch in Deutschland im Auslande aufgenommen worden. Das bedeutet, dass jahraus, jahrein grosse Beträge in Form der Zinsen und der Amortisierung aus Oesterreich abfliessen. Das ist volkswirtschaftlich betrachtet, insbesondere wenn es sich nicht um durchaus produktive Zwecke handelt, zweifellos weit schädlicher als selbst ein starker Steuerdruck. Den deutlichsten Beweis hiefür bildet die Völkerbundanleihe. Die Sozialdemokraten waren Ende 1922 der Ueberzeugung, dass es durchaus möglich sei, die zur Herstellung des Gleichgewichtes im Staatshaushalte notwendigen Einnahmen durch Steuern, durch eine Vermögensabgabe zu beschaffen. Der Umstand, dass die Gemeinde

Fortsetzung auf Bogen Nr. 2.

G.R. Angermayer (chr. soz.): Wenn der Referent verkündet hat, dass seine Finanzpolitik das Schuldenmachen vermieden hat, so kann keineswegs gesagt werden, dass dies unrichtig sei. Herr Breitner hat das Schuldenmachen lieber den Steuerträgern überlassen. Die Gewerbetreibenden und Industriellen müssen Schulden machen, um die Steuern zahlen zu können. Sie müssen sich das Geld zu viel härteren Bedingungen ausborgen, als dies der reichen Gemeinde Wien möglich wäre. Auch der Finanzreferent ist endlich darauf gekommen, dass die Zahlungskraft unserer Bevölkerung nicht gross genug ist, um eine Anleihe im Inland platzieren zu können. Das hat sehr lange gedauert; ja erst vor ganz kurzer Zeit ist von sozialdemokratischer Seite eine Zwangsanleihe für die Kleinrentner verlangt worden.

In formaler Beziehung ist gleichfalls an dem Gesetz einiges zu bemängeln. Wir haben nichts gehört über die Verzinsung und insbesondere über die wichtige Frage der Laufzeit dieser Anleihe, was eigentlich erst erkennen liesse, in welchem Ausmass die Bevölkerung belastet wird. Wir wissen auch gar nicht, wie Sie zu dem Betrag von dreissig Millionen Dollar gekommen sind. Wir haben gehört, dass Ihnen die Ausländer gesagt hätten, es dürfe kein all zu kleiner, aber auch kein all zu grosser Betrag sein. Es hätte also das Ausland die Höhe dieser Anleihe diktiert. Das ist gerade der verkehrte Weg. Zu bemängeln ist auch, dass kein Verwendungsprogramm vorliegt. Der Referent hat gemeint, dass die Aufnahme einer Anleihe nur für gewisse Zwecke verantwortet werden kann. Wir sind hier nicht mit der Mehrheit einer Meinung. Wir können es auch begreifen, wenn Aufgaben der Hoheitsverwaltung, insbesondere grosse Strassenherstellungen und Kanalbauten, aus Anleihen bestritten werden. Das war schon in normalen Zeiten der Fall. In einer Zeit, wo der wirtschaftliche Niederbruch so krass ist, sollen auch solche Arbeiten aus Anleihen gemacht werden. Ganz und gar stimmt aber Ihre Argumentation nicht bei der Wohnbauanleihe. Wir haben nachgewiesen, dass der Ertrag der Wohnbausteuer genügt, um die Verzinsung und den Kapitaldienst zu decken. Wenn Sie den Wohnbau weiter aus Steuern bestreiten, so kann das nur als Justamentstandpunkt bezeichnet werden. Eine Wohnbauanleihe würde für die Allgemeinheit eine wirkliche Entlastung sein. Schliesslich hat sich der Referent auch dagegen ausgesprochen, dass in den städtischen Unternehmungen die Erneuerungen aus Anleihen bestritten werden. Auch hier sind wir anderer Meinung. Es geht nicht an, dass diese gewaltigen Ausgaben ständig aus den laufenden Einnahmen bedeckt werden müssen.

Es wurde auch versucht zu erklären, warum die Anleihe erst jetzt aufgenommen wird. Stadtrat Breitner hat uns mitgeteilt, dass früher die Zustimmung des Generalkommissärs notwendig gewesen wäre. Das wäre nicht das Ärgste gewesen. Wir könnten uns übrigens über diese Anleihe freuen, wenn sie

nicht mit einer grossen Enttäuschung verbunden wäre. Freuen könnten wir uns, weil wir sehen, dass unsere sachlichen Argumente, die wir durch sieben Jahre hier vorgebracht haben, endlich gewürdigt worden sind. Die Enttäuschung aber, sie besteht darin, dass auch durch diese Anleihe Steuererleichterungen leider nicht geschaffen werden. Im Jahre 1927 sind im Voranschlag der Gemeinde 48 Millionen Schilling an Ausgaben vorgesehen. Nicht weniger als 21 Millionen Schilling, also nahezu 50 Prozent, betreffen wertvermehrende Investitionen. Diese Riesensumme wird aus Steuergeldern bestritten. Das ist unerträglich, das ist ein Raubbau an der Wirtschaft. Sie sprechen jetzt in Ihrem Wahlprogramm wieder von dem Bau weiterer 30.000 Wohnungen. Sie wollen diese Wohnungen noch besser ausstatten und da durch die bisherigen Wohnbauten schon rund vier Billionen aus der Wirtschaft herausgepresst worden sind, so wollen Sie diese unheilvolle Amtspolitik fortsetzen. Sie haben in den letzten Jahren die Gemeinde um rund neun Billionen <sup>um</sup> bereichert. Diese Summe haben Sie aber die Wirtschaft ärmer gemacht. Das ist ein absichtliches Zugrundegehen der privaten Wirtschaft und bedeutet die völlige Enteignung und dagegen wehren wir uns. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Wenn wir trotzdem für die Aufnahme dieser Anleihe stimmen, so in der Hoffnung, dass Stadtrat Breitner von seinem intransigenten Standpunkt abgehen wird und die Investitionen grösseren Umfangs aus Anleihen bedeckt, damit Steuererleichterungen geschaffen werden können. Wir können nur mit Bedauern konstatieren, dass Sie hier nicht ein ganzes, sondern nur ein halbes Werk getan haben. (Beifall).

GR. Zimmerl (chr. soz.) nimmt in längerer Rede zu der Vorlage Stellung. Er führt unter anderem aus, dass es heute noch eine offene Frage sei, ob die Anleihe überhaupt kommt. Die Anleihe ist ein Teil des sozialdemokratischen Wahlprogrammes, deswegen ist Breitner gerade jetzt mit der Anleihe in den Landtag gekommen. Es empfiehlt sich gar nicht von den sozialdemokratischen Sanierungsvorschlägen im Jahre 1922 zu reden. Wir hätten, wenn es nach Ihren Vorschlägen gegangen wäre, zwei Inflationsperioden gehabt und wenn an Stelle Seipels Dr. Bauer oder Breitner gekommen wäre, würden wir alle nicht hier im Landtag sitzen.

Auf der letzten Tagesordnung für den Gemeinderat, dessen Sitzung aber nicht abgehalten wurde, standen nicht weniger als 48 Geschäftsstücke. Wie schon gesagt, wurde die Sitzung nicht abgehalten. Warum? Sie vermeiden eben die Auseinandersetzungen im Gemeinderat, um in Ihren Wählerversammlungen Lug und Trug erzählen zu können. Warum berufen Sie in der letzten Zeit überhaupt keinen Gemeinderat ein? Der § 96 der Verfassung gibt dem Herrn Bürgermeister nur die Handhabe, wenn keine Möglichkeit besteht, den Gemeinderat einzuberufen, sonst aber nicht. Ihnen scheint das wichtigste zu sein, dass Ihr Programm in der Arbeiter-Zeitung steht und Sie darüber in den Wählerversammlungen reden können.

In einer der letzten Wählerversammlungen hat Stadtrat Breitner die Einheitsliste als Gemeinheitsliste bezeichnet. (Lärm bei den Christlichsozialen und Rufe gegen Stadtrat Breitner: So was ist ein Stadtrat!) Das ist unerhört und ich muss es von dieser Stelle aus auf das schärfste zurückweisen. Diese Art, Herr Stadtrat Breitner, eines Wahlkampfes ist eine Gemeinheit. (Zustimmung bei den Christlichsozialen).

Bezüglich der Steuerermässigungen, die die Gemeinde in letzter <sup>Gemeinderat</sup> Zeit gewährt hat, erklärt Zimmerl, dass die Steuerermässigungen einen rein parteipolitischen Charakter tragen, was ein offener Missbrauch der Amtsgewalt ist. Redner wendet sich sodann der Besprechung der Investitionskredite zu und führt aus: Wir wollten in der letzten Gemeinderatssitzung sehr grosse Investitionskredite bewilligen. Sie wollen uns immer erklären, dass Sie mit den Banken nichts zu tun haben. Ich aber beweise es Ihnen, dass Ihre Verbindungen mit Banken sehr rege sind. Im Jahre 1925 und 1926 haben Sie nicht weniger als 77 Millionen Schilling Bankschulden kontrahiert. Wenn das wahr wäre, wäre das eine schreckliche Verschuldung. In Wirklichkeit aber haben Sie keine Schulden gemacht, son-

dern jeder Beschluss des Gemeinderates über Bankkredite für Investitionen, war ein irreführender. Breitner ist für die Banken eine Wurzen. Den Banken werden 2000 Millionen Schilling, das ist fast ein Drittel unseres Notenumlaufes, vom Breitner und Broozyner zur Verfügung gestellt und auf dieses Konto gehen die Bankkredite. Man sieht also, dass niemand mehr mit den Banken verhandelt ist, als Sie. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Diese Wersaurierungen und dieses ganze System hat uns in unsere wirtschaftliche Situation geführt. Direktor Kux von der Eskomptebank hat an Ihnen einen Kommitenten gefunden, wie keinen anderen zweiten. Darüber werden wir bis zu den Wahlen entsprechende Aufklärungsarbeit leisten, damit vom 24. April an das Geldeinlegen bei den Banken eingestellt wird. (Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen.)

Stadtrat Rummelhardt (chr. soz.) bezeichnet die Vorlage als ein Agitationsmittel und eine demagogische Tat. Wir haben eine vernünftige Investitionspolitik gefordert. Diese Vorlage ist für und insoweit ein Erfolg, dass Sie von Ihrem bisherigen starren Nein abgehen. Wir werden der Vorlage zustimmen, aber keineswegs, weil wir zu Ihnen Vertrauen haben, sondern nur deswegen, weil wir in der Investitionsmethode den richtigen Weg gehen. Ist stelle nur fest, dass wir mit unserer Zustimmung keineswegs Ihrer Verwaltung die Zustimmung geben und dass wir unser Misstrauen gegen Sie aufrecht erhalten. (Beifall bei den Christlichsozialen).

In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner unter grossem Beifall der Sozialdemokraten, dass das Misstrauensvotum der Christlichsozialen vollkommen überflüssig sei, weil kein Vertrauensvotum verlangt wurde.

Wir haben im Gemeinderat schon im Jahre 1923, zu einer Zeit, wo die Opposition von Anleihen noch gar nicht gesprochen hat, gesagt, dass wir keine grundsätzlichen Gegner von Anleihen sind. Wo wir Anleihen nach streng sachlichen und kaufmännischen Grundsätzen vertreten können, werden wir uns keineswegs ausschliessen. Jetzt glauben wir, dass eine solche Möglichkeit geboten ist, weshalb wir die Vorlage eingebracht haben.

Es wurde hier über die Frankenspekulation so gesprochen, als wäre Wien nur ein Durchgangsplatz gewesen und als hätte es hier überhaupt Spekulationen nicht gegeben. Da muss doch darauf verwiesen werden, dass sich die Sache so harmlos nicht darstellt. Allein im Postsparkassen skandal wurden elfhundert Milliarden verludert und verlottert. Die Immobilisierung von drei Dutzend Banken ist gleichfalls nicht so harmlos. (Rufe bei der Mehrheit: Bodenbank, Bauernbank!)

Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Reden wir von der Winex!

Stadtrat Breitner: Dort sind doch keine Steuergelder verloren gegangen! (Stürmischer Beifall bei den Sozialdemokraten).

Gemeinderat Preyer (chr. soz.): Arbeitergelder, Arbeiterkreuzer, sind es, die dort gestohlen worden sind! (Die Sozialdemokraten rufen ununterbrochen: Bauernbank, Bodenbank, Zentralsparkasse!)

Stadtrat Breitner: Für eine Partei, in deren Reihen sich Leute wie Zwetzbacher und Prisching (Grosser Lärm bei den Christlichsozialen, so dass Stadtrat Breitner seine Rede unterbrechen muss.) Man hört nur den Gemeinderat Preyer schreien: Betrüger seid Ihr! Fraue Gemeinderätin Dr. Motzko ruft: Wir haben diese Leute hinausgeworfen. Ihnen schliesst die Angst vor Enthüllungen den Mund. Gemeinderat Doppler: Der Referent missbraucht seine Stellung! Er soll in die Wählerversammlung gehen und dort hetzen.

Dritter Bogen.

Gemeinderat Doppier (chr. soz.): Sie haben das Schlusswort und wir können Ihnen nicht mehr antworten. Das ist eine brutale Vergewaltigung. Gemeinderat Eisinger (Soz. Dem.): Den Zentralbankskandal werden Sie nicht überschreien. (Grosser Lärm auf beiden Seiten) Die Sozialdemokraten versammeln sich um den Referententisch.

Nach längerer Zeit, als es etwas ruhiger geworden ist, ersucht Präsident Dr. Danneberg die Mitglieder ihre Plätze einzunehmen und den Referenten sprechen zu lassen.

Stadtrat Breitner setzt nun seine Ausführungen fort: Wenn Sie den Referenten angreifen, so muss er sich verteidigen. Sie haben auch bemängelt, dass ein Verwendungsprogramm für diese Anleihe nicht vorgelegt wurde. Wir werden ein solches Programm vorlegen, sobald der Gemeinderat sich mit der Anleihe beschäftigen wird. Binden können wir uns aber für alle Einzelheiten nicht. Auch die frühere Verwaltung war in solchen Fällen gezwungen, zahllose Requirere vorzunehmen. Wir werden auch für die Wohnbauten keine Anleihe aufnehmen, weil es dann mit der Bautätigkeit bei dem gegenwärtigen Mieten bald ein Ende hätte. Ihnen sind ja die Mieten in den Gemeindehäusern jetzt schon zu hoch. Sie wollen uns überhaupt in <sup>das Schuldenmachen</sup> hineinhetzen. Schon im Frühjahr 1919 hat uns Herr Kienböck den Rat gegeben, eine Anleihe aufzunehmen, um das Defizit der Strassenbahn zu bedecken. Hätten wir Ihnen gefolgt, so wäre Ihr Wunsch längst in Erfüllung gegangen: Wir hätten abgewirtschaftet.

Gemeinderat Rummelhardt (chr. soz.): Das besorgt Ihr schon selbst.

Stadtrat Breitner: Sie werden doch die <sup>drei-</sup>undzwanzig Tage noch warten können und es ist überflüssig, heute zu prophezeien. Gegenüber der Mitteilung des Gemeinderates Zimmerl stelle ich fest, dass sein Versammlungsbeitrag, dass ich die Einheitsliste als Gemeinheitsliste bezeichnet habe, nicht stimmt. Er war nicht dort und hat es ja auch erst von dritter Stelle gehört; ich betone ausdrücklich,

dass ich es unter meiner Würde finde, so zu sprechen. Gemeinderat Zimmerl <sup>persönliche Schimpfworte nie gebrauche,</sup> hat auch gesagt, dass die Gemeinde mit den Banken in einer ausserordentlich intimen Verbindung sei. Er hat auch davon gesprochen, dass die Banken für die Führung von Konten Zinsen schinden. Für so dumm dürfen Sie <sup>mich</sup> nicht halten.

Wir sind aber aus steuerpolitischen Gründen dazu gezwungen, weil man die Zinsen der Gelder, die die Gemeinde den Unternehmungen geborgt hat, nicht als Abzugspost passieren lassen wollte. Wir haben mit dem Finanzministerium verhandelt. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Aber für so gewissenlos dürfen Sie <sup>mich</sup> nicht halten, dass <sup>ich</sup> <sup>aus diesem Grund</sup> den Banken <sup>ein Zinsen-</sup>gewinn zuschanzen. <sup>Dies wurde übrigens von mir im Gemeinderat seinerzeit mitgeteilt.</sup> (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Die Gemeinderäte Zimmerl und Rummelhardt haben auch davon gesprochen, dass es doch eine grosse Ungerechtigkeit sei, alle Lasten auf die gegenwärtige <sup>mazu sage ich folgendes</sup> Generation zu legen. Das ist die manchesterliberale Auffassung. Dieser manchesterliberale Grundsatz hat die Staaten verschuldet, er hat die Länder verschuldet, er hat die Gemeinden verschuldet und dieser Grundsatz hat nicht bloss die Zukunft belastet, sondern auch die Gegenwart. Und der grösste Teil dieser Lasten, die späterhin zu tragen sein werden, fliesst nicht mehr zurück in die Kassen des Volkes, sondern er fliesst ausschliesslich zurück in die Kassen einzelner grosser Kapitalisten. In früheren Zeiten, im Mittelalter, in der Zeit der "Verdummung", hat man einen anderen Grundsatz beobachtet. Unsere Väter haben den Grundsatz befolgt, dass man für die Zukunft sammeln müsse

damit die Söhne und Enkel dann vielleicht umso leichter wirtschaften, damit sie umso leichter eventuelle Auslagen bestreiten können. Einem Vater, der für seine Söhne und Enkel sein Vermögen ansammelt, werden Söhne und Enkel immer segnen, sein Andenken werden sie immer in Ehren halten. Wenn aber ein Vater nur Schulden macht, die die Söhne und Enkel bezahlen müssen, dann werden Enkel und Söhne von diesem Vater halten! Wissen Sie wer so gesprochen hat? Es war Dr. Lueger am 9. Mai 1905 anlässlich der Aufnahme der Anleihe für <sup>Herstellungen</sup> zur Erweiterung der Hochquellenleitung. (Hört! Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten).

Wir gehen auch in Beziehung auf die Anleihepolitik unseren geraden Weg, von dem wir uns nie abdrängen lassen werden. (Starker Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Gesetzesvorlage wird einstimmig in beiden Lesungen angenommen. Fortsetzung des Referates Breitner (Siehe Bogen 1.) Der Umstand, dass die Gemeinde seit dem Jahre 1920 ein aktives Budget hat, zeigt deutlich, dass dieser Weg gangbar war.

Unsere Anleihe soll für die Ausgestaltung der städtischen <sup>Unter-</sup>nehmungen verwendet werden. Wir können sagen, dass die städtischen <sup>Unter-</sup>nehmungen heute den Friedensstand bereits erreicht haben. Es kann sich also nur um eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit handeln und die wollen wir durch eine Anleihe finanzieren. Wir haben es mit einer Anleihe zu tun, die wir selbst bei der vorsichtigsten kaufmännischen Gebarung unbedingt verantworten können.

Schon im Jahre 1923, anlässlich der Budgetdebatte, habe ich darauf hingewiesen, dass Anleihen nicht prinzipiell von uns abgelehnt werden.

Ich kann heute mitteilen, dass wir in den Jahren 1924 und 1925 Anleiheverhandlungen geführt haben, die aber bald auf einen toten Punkt angelangt sind, als uns mitgeteilt wurde, dass die Beibringung der Erlaubnis des Generalkommissärs notwendig sei. Schliesslich haben auch die Vorkommnisse in einzelnen Goldinstituten sich sehr ungünstig auf den Anleihemarkt ausgewirkt. Ich kann heute mitteilen, dass die Beurteilung der Kreditfähigkeit der Stadt Wien ungeteilt günstig ist und wir überall offene Türen finden.

Die Anleihe wird der heimischen Industrie umfangreiche Arbeitsaufträge bieten und so zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wesentlich beitragen. Nach der <sup>das Gesetz,</sup> Verfassung hat zunächst der Landtag/ dann der Gemeinderat die Einzelheiten der Anleihe zu beschliessen. Selbstverständlich werden wir alle Einzelheiten dem Finanzausschuss und dem Stadtsenat zur Überprüfung vorlegen. Heute müssen wir sagen, dass es vollkommen ausgeschlossen ist, dass wir irgendwelche Sicherheitspfänder geben werden. Einzig und allein der Kredit der Stadt Wien wird als Sicherheit geboten. In diesem Sinne bitte ich um die Zustimmung zur Aufnahme dieser Anleihe.

Präsident Dr. Danneberg teilt mit, dass die General- und Spezialdebatte gemeinsam abgeführt werden. Vorgemerkt sind die christlichsozialen Gemeinderäte Angermayer und Zimmerl.

(Diese Rede, siehe Bogen Nr. 2).

#### Vierter Bogen.

Stadtrat Breitner leitet nun die Verhandlungen über den Gesetzentwurf über die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe ein. Er berichtet, dass schon im März 1924 Besprechungen mit den Hoteliers stattgefunden haben, in denen vorgeschlagen wurde, Steuerermässigungen zum Zwecke der Vornahme von Investitionen eintreten zu lassen. Es ist also keine neue Sache insbesondere aber hat diese Gesetzesvorlage nichts mit den Wahlen zu tun. Wir haben erst im Jahre 1925 eine starke Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe vorgenommen. Jetzt wird vorgeschlagen, dass rückwirkend vom 1. Jänner an für jene Hotels die mindestens <sup>240</sup> Prozent der Steuerleistung des Jahres 1926 investieren die Steuer auf drei Jahre um vierzig Prozent und wenn sie <sup>250</sup> Prozent investieren, die Steuer auf zwei Jahre um fünfzig Prozent ermässigt wird. Der Kreis, auf den diese Investitionen ausgedehnt werden sollen ist sehr weit gezogen und eigentlich gar keine Anschaffung davon ausgeschlossen. Es kommen sowohl die Hotels, als auch die Sanatorien und die Fremdenpensionen in Betracht. Die Interessenten sind durch ihre Vertrauensmänner vertreten und wird jeder Bürokratismus vermieden werden. Auch dieses Gesetz dient der Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten. Insbesondere unsere Möbel und Teppichindustrie, die sehr darunter liegen, werden gewinnen. Es wird auch Vor-sorge getroffen werden, dass alle Bestellungen, soweit dies überhaupt nur möglich ist, im Inland gemacht werden um so das heimische Gewerbe und die eigene Industrie zu beschäftigen. (Beifall).

Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) führt aus, dass die Vorlage nur ein Wahlschlager sei, ein Luftgeschäft, das niemals erbiert werden wird. Schon einmal wurde ein gleicher Versuch gemacht, den aber die Unternehmer abgelehnt haben. Immerwieder kommen wir darauf, dass die Arbeitslosigkeit eine aussichtslose Sache ist. Ihr System ist daran schuld, und dass die Arbeitslosen zur Verzweiflung gebracht werden, ist diesem System zuzuschreiben. Die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe haben Sie mit dem neuen Vorsteher gemacht, der alte musste fallen. Herr Stadtrat Breitner selbst bezeichnet die Vorlage als eigenartig. Das ist sie auch, denn sie ist die Originalmarke Breitner-Hartl, Austro-bolschewismus. Wir bemühen uns die Fremden herzubringen, aber wenn der Fremde da ist, fühlt er sich als nichts anders, als ein Steuerobjekt. Auf allen Fremdenverkehrstagungen wird einmütig verlangt, dass die Städte doch die Abgaben, die den Fremdenverkehr behindern, nachlassen sollen. Auch die Wiener Fremdenzimmerabgabe muss weg, wir können ohneweiters auf sie verzichten. Das Bewusstsein des Fremden, ein Steuerobjekt zu sein, ist ihm unerträglich. Gehen Sie doch einen Schritt weiter und schaffen sie die Abgabe ab. Die Eigenart der Vorlage ist der Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit. Die Vorlage aber schafft auch ein ungäisches Recht.

Der Redner kommt nun auf eine Aeusserung des Stadtrates Breitners zu sprechen, die dieser getan haben soll. Stadtrat Breitner will jetzt ableugnen, dass er gleichsam mit einer inneren Befriedigung gesagt hat, die Zeiten sind enögültig vorbei, dass sich die Gewerbetreibenden etwas zurücklegen könnten. Ich erkläre hier, dass ich vor jedem Forum und unter jeder Bedingung bereit bin, die im Finanzausschuss gemachte Aeusserung zu beweisen.

Stadtrat Breitner: Das ist eine Unwahrheit!

Gemeinderat Zimmerl (fortfahrend): Und ich erkläre hier, dass ich auch bereit bin, diese Aeusserung vor Gericht zu beweisen,

Stadtrat Breitner: Beweisen Sie es hier im Gemeinderat.

Gemeinderat Zimmerl: Einem vollständig ausgebluteten Wirtschaftskörper kann man nicht mit Wahlzuckerln helfen.

des System, das System Breitner, muss aufclassen werden. Mügen recht viele Arbeiter, Angestellte und Beamte, die von dem Steuersystem am schwersten betroffen sind, am 24. April gegen dieses Steuersystem kämpfen.

Schliesslich stellt der Redner den Antrag, die Fremdenzimmerabgabe gänzlich abzuschaffen. Nur die im Paragraph 6 bezeichneten Betriebe (Stundenhotels) sollen weiterhin die Abgabe leisten. Sollte dieser Antrag nicht die Zustimmung finden so beantragt Gemeinderat Zimmerl einen Abänderungsantrag bezüglich der Ueberprüfung der Investitionsarbeiten und einen Zusatzantrag betreffend die Zusatzabgabe.

G.R. Ellend (chr. soz.) erklärt, dass das System der Ueberprüfung dasselbe System wie bei den Schlichtungsstellen ist. Es wird damit nur eine künstliche Schutzkonkurrenz getrieben. Er tadelt, dass die Gemeinde dem Gewerbeförderungsinstitut der Kammer bis heute noch keine Subvention gewährt habe, obgleich sie dazu gesetzlich verpflichtet ist. Gemeinderat Ellend kommt auch auf den Mieterschutz zu sprechen und erklärt, dass eine Zinsregulierung schon zum Vorteile der Mieter, die in alten Häusern wohnen, nötig sei. Die Waise, dass, wenn Seipel siegt, der fünfzehntausendfache Zins zu zahlen ist, ist schon abgespielt und das glaubt auch Ihnen niemand. (Beifall bei den Christlichsozialen).

G.R. Angermayer (chr. soz.) bezeichnet die Vorlage als die hinterhältigste und hämischste, die je auf dem Referententisch gelegen ist. Wenn nicht die Sache so ernst wäre, müsste man die Vorlage als einen Aprilscherz bezeichnen. Die Hoteliers haben jetzt zugegriffen weil jeder Ertrinkende auch einen Strohhalm ergreift. Bei der ganzen Sache verliert die Gemeinde nicht als eine äubiose Steuer. Sie locken damit die Hoteliers in eine Falle und ich muss auch hier die Vorlage als eine Falle bezeichnen. Sie haben die Vorlagenicht eingebracht, damit sich die Betriebe erholen können, sondern damit Sie bessere Steuerobjekte werden. Wir haben nämlich schon erlebt, dass eine Höherwertung von Betrieben einer höheren Besteuerung gleichkommt. Für Ihre Bedingungen, die Sie da stellen, sind wir nicht zu haben, und wir schliessen uns dem Antrag unseres Kollegen Zimmerl an, die Fremdenzimmerabgabe bis auf die Paragraph 6 Betriebe gänzlich abzuschaffen.

St.R. Breitner erklärt in seinem Schlusswort: Die Redner der Minderheit haben an der Vorlage Kritik geübt. Ich weiss die schwierige Situation der Opposition besonders vor den Wahlen zu würdigen. Sie muss eben auf alles nein sagen. Um die Richtigkeit der Vorlage zu erfassen will ich nur feststellen, dass das Gremium der Hoteliers dazu einstimmig seine Zustimmung erteilt hat. Die Hoteliers sind sozusagen vernagelt gewesen und jetzt ist ihnen der Knopf aufgegangen. Die Leute haben eingesehen, dass das, was wir machen, vernünftig ist. Eine andere Körperschaft, die Wiener Handels- und Gewerbekammer, hat ebenfalls die Vorlage freudig begrüsst. Auch Privatfirmen haben ihr zugestimmt und da habe ich ein Schreiben der Firma Haas und Söhne A.G., die die Vorlage spontan begrüsst.

Wir erfüllen unser Programm, Sie ja auch. Aber Sie machen sich das leichter, weil Sie überhaupt kein Wahlprogramm haben.

G.R. Angermayer: Unser Programm lautet: Weg mit Breitner!

St.R. Breitner: Sie haben ein Programm der Negation. Wenn Sie glauben, dass sich die Bevölkerung einreden lässt, dass sie unter

Ihrer Herrschaft keine Steuern zahlen wird, so irren Sie sich. Die grosse Masse wird <sup>dann</sup> die Steuern zahlen. Sie sind nicht in der Lage mir eine Steuer nachzuweisen, die eine solche Entwicklung hat wie die Zuckersteuer. Sie haben den Antrag gestellt, die Fremdenzimmerabgabe bis auf die Paragraph 6 Betriebe abzuschaffen. Da haben Sie ja auch schon Wasser in Ihren Wein gegossen. Was da die gänzliche Abschaffung der Fremdenzimmerabgabe betrifft, so will ich hier aussprechen, dass es berechtigt ist, dass die Gemeinde von den Fremden, denen sie eine gute und schöne Stadt gibt, für die sie sehr grosse Aufwendungen machen muss, dafür eine Zahlung nimmt. In Vorarlberg und Kärnten würde die Fremdenzimmerabgabe abgeschafft, aber es ist keine Veränderung der Preise eingetreten. Was die Besteuerung überhaupt betrifft, so ist zum Beispiel die Lustbarkeitssteuer in Paris bei den Gastern dreimal grösser als bei uns und auch die sonstigen Lustbarkeitsabgaben unterscheiden sich gar nicht von den unserigen. Ich halte es überaus schädlich, dass im Inland gesagt wird, der Fremde sei ein Steuerobjekt. Noch dazu wenn die Preise in Wien tatsächlich niedriger sind als die im Auslande.

Auf verschiedene Einwendungen der christlichsozialen Redner zurückkommend erklärt Stadtrat Breitner, dass die Gemeinde selbstverständlich kein Recht hat eine Firma zurückzuweisen, die von einem Hotelier für die Durchführung einer Investitionsarbeit vorgeschlagen wird. Bezüglich der Ueberprüfung erklärt Stadtrat Breitner, dass das Gremium diese Verfügung ausdrücklich verlangthat. Auf die Auesserung des Gemeinderates Ellend, dass das Gewerbeförderungsinstitut nicht subventioniert wird, stellt Stadtrat Breitner fest, dass es sich dabei um folgendes handelt. Am 24. April 1919 beschloss der Wiener Gemeinderat der Gewerbekammer für das Gewerbeförderungsinstitut 200.000 Kronen zu widmen, solange, als die Gewerbekammer nicht in der Lage ist, das Gewerbeförderungsinstitut selbst zu erhalten. Seit 1919 aber ist die Gewerbekammer um diese Subvention nicht eingekommen, sie hat auch niemals einen Tätigkeitsbericht vorgelegt sie hat sich acht Jahre nicht gerührt.

Bezüglich der von mir berichtigten Auesserung und gegenüber der Auesserung des Herrn Gemeinderates Zimmerl stelle ich hiermit ehrenwörtlich fest, dass ich diese Auesserung niemals getan habe. Ich stehe für jede Auesserung ein, aber ich habe eine solche Auesserung weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach getan. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

G.R. Angermayer: Gegenüber der Behauptung des Herrn Stadtrates Breitner berichte ich tatsächlich, dass Stadtrat Breitner im Finanzausschuss auf den Vorwurf, dass die Betriebe keine Reingewinne mehr abwerfen, dem Sinne nach folgendes geussert hat: Ich finde es für richtig, und meiner Ansicht entsprechend, dass der Reingewinn durch Steuern abgeschöpft und der Gemeinde Wien zugeführt werde.

St.R. Breitner: Zu den Ausführungen des Gemeinderates Angermayer erkläre ich, dass ich in Zukunft solche Auesserungen als bewusste Lüge bezeichnen müsse.

Im Saal entsteht ein grosser Lärm. Die Sozialdemokraten wenden sich mit heftigen Pfuitufen zu den Christlichsozialen. Gemeinderat Angermayer läuft zur Präsidentenstrasse, meldet sich zum Wort und eilt wieder an seinen Platz zurück.

G.R. Angermayer: Zu der letzten Bemerkung des Herrn Stadtrates Breitner erkläre ich, dass ich meine Auesserung voll und ganz aufrecht erhalte.

Freitag  
Gen. R. I. / II. 27

Schluss der Berichtes über die Landtagssitzung  
vom 1 April 1927:

Die Christlichsozialen nehmen diese Erklärung Angermayers mit grossem Beifall auf. Die Sozialdemokraten rufen der Minderheit unausgesetzt Pfui und Schande zu.

Gemeinderat Zimmerl meldet sich zu einer tatsächlichen Berichtigung, kann aber jüngere Zeit infolge des starken Lärmes nicht sprechen. Als endlich etwas Ruhe eingetreten ist, erklärt Gemeinderat Zimmerl, dass Stadtrat Breitner die erwähnte Aeusserung in der Budgetdebatte 1924 oder 1925 gemacht hätte.

G. R. Schleifer (Sozialdemokrat) : Sie lügen bewusst! (Grosser Lärm)

G. R. Rummelhardt (chr. soz.) Höchste Zeit, dass der Landtag auseinandergeht!

Schliesslich legt sich der Lärm. Gemeinderat Zimmerl sagt: Wenn Gemeinderat Schleifer mich der Lüge zeilt, so fällt dieser Vorwurf auf den zurück, der ihn ausgesprochen hat. Ich habe auch gegen eine gerichtliche Austragung dieser Angelegenheit nicht dagegen.

Diese Erklärung löst neuerlich bei den Sozialdemokraten Lärmenszenen aus. Gemeinderat Broczyner, der Vorsitzende des Finanzausschusses, Gemeinderat Weigl und andere sozialdemokratische Mitglieder des Finanzausschusses rufen: Die Behauptungen Zimmerls und Angermayers sind unwahr! Wir können aus jederzeit beenden!

Grosser Krawall entsteht wieder als Gemeinderat Eisinger aufspringt und zu den Christlichsozialen gewendet ruft: Ihr müsst euren Wahlkampf mit Lügen bestreiten! Die Christlichsozialen rufen ihm zu: Verleumder! (Insbesondere Gemeinderat Panosch ruft unausgesetzt: Verleumder! Es beginnt schon etwas ruhiger zu werden, als Gemeinderat Kohl mit lauter Stimme den Christlichsozialen zuruft: Wo ist Ahrer! Dieser Ruf erweckt bei den Sozialdemokraten grosse Heiterkeit.

Dann berichtet Stadtrat Breitner: Ich habe weder im Jahre 1924 noch im Jahre 1925 anlässlich der Budgetdebatte, noch sonst irgendwo die von den Gemeinderäten Zimmerl und Angermayer mir unterschobene Aeusserung gemacht. Die Tatsache, dass man diese angebliche Aeusserung drei Jahre aus Eis gelegt hat und jetzt bei den Wahlen vorbringt, zeigt wohl am besten was sie ist: Eine Unwahrheit! (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Der Gesetzentwurf wird dann angenommen. Der Gegenentwurf Zimmerls abgelehnt.

Präsident Dr. Denneberg schliesst die Sitzung um acht Uhr abends.

Wien, am Freitag, den 1. April 1927 (Zweite Ausgabe)

Unglücksfall im Entbindungsheim. Heute nachts ereignete sich im Entbindungsheim der Stadt Wien ein Unglücksfall, dem ein lebensschwaches Kind zum Opfer fiel. Um halb zwei Uhr nachts wurde die Wöchnerin D. eines frühgeborenen Knaben entbunden. Wegen des besonders schlechten Aussehens und der geringen Körperwärme der Frühgeburt sowie wegen der mangelhaften Atmung machte der diensthabende Arzt die Mutter darauf aufmerksam, dass es sehr fraglich ist, ob das Kind lebensfähig sei. Um aber alles zu tun, was geschehen kann, wurde das Kind, wie meistens in solchen Fällen, unter einem sogenannten Molleschen Lichtschirm gebracht. Dieser besteht aus einer Glühlampe, die mit einem weissen Tuch gegen die Nachbarschaft derart abgedeckt ist, dass die von der Lampe ausstrahlende Wärme auf ein ungefähr einen halben Meter entferntes Säuglingsbett gebracht wird. Die diensthabende Schwester kontrollierte bis fünf Uhr morgens Apparat und Kind in der vorgeschriebenen Weise. Etwas nach fünf Uhr musste die Schwester aus dem Säuglingszimmer in ein daneben gelegenes Wöchnerinnenzimmer gehen, um dort einige Verrichtungen bei den Wöchnerinnen durchzuführen. Als sie kurz darauf zurückkam, fand sie den Lichtschirm und das darunter liegende Säuglingsbett in Flammen. Mit einem nassen Mantel löschte sie wohl sofort das Feuer, doch war das unter dem Schirm liegende Kind bereits tot.

Der in Gebrauch gesetzte Schirm stand seit der Eröffnung des Entbindungsheimes ebenso wie mehrere solche Schirme der Anstalt in Verwendung, ohne dass irgend ein Fehler bemerkt worden wäre. Solche Lichtschirme werden auch anderenorts vielfach gebraucht. Irgend eine Klage über gefährvolle und schlechte Funktion wurde niemals bekannt. Die Ursache des Unglücks dürfte in einem Kurzschluss liegen. Die sofort verständigte Polizei schickte eine Kommission an Ort und Stelle. Auch Professor Jellinek, der Sachverständige für Elektrounfälle wurde gerufen. Das Kind wurde in das gerichtsarztliche Institut gebracht. Sämtliche Lichtschirme der Anstalt wurden ausser Betrieb gesetzt und zur Prüfung einem Sachverständigen übergeben.

Wien, am Samstag, den 2. April 1927

.....  
Mieterschutz und städtische Wohnbautätigkeit. In der letzten Zeit werden in Versammlungen und Flugblättern wiederholt unrichtige Behauptungen über die Wohnungsmieten der Gemeinde Wien mitgeteilt. Die städtische Wohnhäuserverwaltung teilt deshalb zur Aufklärung der Bevölkerung folgendes mit:

Die Forderung, dass Neubauten unter das Mietengesetz gestellt werden sollen, ist von der Gemeinde Wien niemals abgelehnt worden. Vielmehr ist ein vom sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Danneberg bei der Beratung des Mietengesetzes gestellter Antrag, der dies bezweckt, von der Bundesregierung und der Mehrheit des Nationalrates abgelehnt worden. Die Bundesregierung hat sogar als sie den Gesetzentwurf zur Novellierung des Mietengesetzes im November 1925 vorlegte, darin beantragt, alle dem Bund gehörenden Häuser, auch die alten Gebäude, vom Mieterschutz auszunehmen. Die Gemeinde Wien hat im Gegensatz zu allen anderen Körperschaften, die Neubauten errichten, die Grundsätze des Mieterschutzes auf ihre Neubauten angewendet. Da sie nicht mit Anleihegeldern Wohnungen baut, braucht sie von den Mietern auch nicht den kleinsten Bruchteil der Verzinsung des Baukapitals zu verlangen. Sie verlangt einen Mietzins, der lediglich die Betriebskosten deckt und zur Bestreitung der Instandhaltungsarbeiten für die Dauer hinreicht. Wenn in der Öffentlichkeit es als schädliche Wirkung des heutigen Mietengesetzes bezeichnet wird, dass die Zinse in den alten Häusern je nach den Instandhaltungsarbeiten stärker schwanken und oft in den schlechtesten Häusern die höchstens Zinse bezahlt werden, so hat die Gemeinde den Grundsatz des Ausgleichsfonds, der im Mietengesetz nur angedeutet ist, aber mangels eines Durchführungsgesetzes noch nicht verwirklicht wurde, für ihre Häuser selbst angewendet. Die Mieter in den Gemeindefhäusern zahlen daher einen gleichbleibenden Zins, aus dem die Instandhaltungskosten für die Dauer gedeckt werden können. Da die Arbeiten in den ersten Jahren geringeren Umfang haben, werden die Reserven in einem eigenen Fond für Generalreparaturen folgender Jahre angesammelt.

Von dem ihr zustehenden freien Kündigungsrecht hat die Gemeinde gegenüber den rund fünfundzwanzigtausend Mietern, die Ende 1926 in städtischen Neubauten wohnten, nur in ganz weniger Fällen Gebrauch gemacht. Die Gemeinde macht aber selbst dann den Mieter nicht obdachlos, sondern beschafft für ihn eine andere Wohnung. Nur in einem einzigen Fall ist es zur gerichtlichen Räumung gekommen. In diesem Fall hat es sich um einen Mieter gehandelt, der ein Geschäftslokal verlassen hat, ohne anzugeben, wohin er gereist ist.

Was die Geschäftslokale und Werkstätten in den Gemeindefhäusern anlangt, so ist der früher einmal eingehobene Baukostenbeitrag seit geraumer Zeit abgeschafft worden.

Die Behauptungen, dass im städtischen Obdachlosenasyll für eine Bettstelle im Massenquartier 1.12 Schilling täglich verlangt werden, entspricht nicht den Tatsachen. Vielmehr werden fremdzuständige Obdachlose für sieben Nächte, nach Wien zuständige Obdachlose im Sommer für einen Monat und im Winter für drei Monate unentgeltlich untergebracht; sie erhalten überdies dort unentgeltlich Nachtmahl und Frühstück.

.....  
Sitzung des Wiener Stadtsenates. Am Dienstag um 10 Uhr vormittags hält der Stadtsenat eine Sitzung ab.  
 .....

Wien, am Samstag, den 2. April 1927. Zweite Ausgabe

Die Gasvergiftungen auf der Wieden. Zu den höchst bedauerlichen Fällen von Gasvergiftung im Hause Viktorgasse 13 stellt die Direktion der städtischen Gaswerke folgendes fest: In einigen Tageszeitungen wurde das Unglück auf ein infolge hohen Alters schadhaft gewordenen Gasrohres zurückgeführt. Demgegenüber wird mitgeteilt, dass die Unfallursache der Bruch eines in das gegenüberliegende Haus führenden Gasrohres war. Dieses Rohr stammt aus dem Jahre 1912, wies also kein hohes Alter auf. Die Ursache des Rohrbruches ist derzeit noch nicht völlig aufgeklärt. Die Beschaffenheit des gebrochenen Rohres an sich ist vollständig einwandfrei. Bei diesem Anlass muss neuerdings und mit aller Entschiedenheit der immer wieder geäußerten Meinung entgegengetreten werden dass das Alter der Gasrohrstränge die Ursache von Rohrbrüchen sei. Diese Meinung kann sich auf keinerlei Tatsachen stützen. Es ist deshalb vollständig unbegründet und unzulässig, das Alter eines Teiles der Wiener Gasrohrstränge das übrigens von dem Rohrnetz anderer Grosstädte weit übertroffen wird, als eine Gefahr für die Bevölkerung zu bezeichnen.

Feierliche Eröffnung des Zubaues zum städtischen Volksbad auf der Landstrasse. Vor dem schmucken Bau des Volksbades in der Apostelgasse wurde heute nachmittags eine Feier veranstaltet, die sich eines ungemein zahlreichen Besuches erfreute. Die Gemeinde hat nämlich auf das alte Volksbad, das im Jahre 1891 errichtet wurde, zwei Stockwerke aufgebaut und neue Wannen- und Einzelbrausebäder geschaffen. Der Abschluss der Arbeiten wurde nun mit einer kleinen Feier verbunden, an der die Gemeindefunktionäre und viele Gäste teilnahmen. Vor dem Gebäude

sprach Bezirksvorsteher Lahner der Stadtverwaltung für das schöne Werk, das für die Bevölkerung des Bezirkes eine Notwendigkeit sei, den Dank aus.

In Vertretung des Bürgermeisters eröffnete die Anlage amtsführende Stadtrat Siegel, der auf das immer stärker werdende Badebedürfnis der Bevölkerung verwies, die Bestrebungen der Gemeinde auf dem Gebiet des obligatorischen Schwimmunterrichtes für die Schuljugend hervorhob und es als eine der wichtigsten gesundheitlichen Aufgaben der Gemeindeverwaltung erklärte, dass auf dem Gebiet das möglichste geleistet werde. Unter Führung des Oberstadtbaurates Ingenieur Barousch besichtigten die Gäste dann die einzelnen Abteilungen des neuen Bades, das um fünf Uhr für den allgemeinen Besuch eröffnet wurde.

Das Gebäude macht jetzt, nachdem auch die Aussenseiten vollständig umgeändert worden sind, einen architektonisch prächtigen Eindruck und gereicht dem Stadtbild zur Zierde.

Die kommunale Akademie der Gemeinde Wien. Am Donnerstag wurde unter dem Vorsitz des Magistratssekretärs Dr. Just die diesjährige Vollversammlung des Vereines der rechtskundigen Beamten der Stadt Wien abgehalten. Die stark besuchte Versammlung nahm in mehreren einstimmig gefassten Beschlüssen zu den gegenwärtig aktuellen Fragen des Gemeindedienstes Stellung. Magistratsrat Dr. Breunlich sprach über die kürzlich von der Gemeindeverwaltung verlautbarte Schaffung einer kommunalen Akademie. Die rechtskundigen Beamten des Magistrats erblickten in der Errichtung einer derartigen Bildungsstelle für Kommunalwesen ein dringendes Bedürfnis der öffentlichen Verwaltung, weil nur auf diesem Weg eine der hohen Entwicklung unserer kommunalen Tätigkeit restlos gewachsene Beamtenschaft herangezogen werden kann. Die rechtskundigen Beamten des Magistrats werden ihre volle Mitarbeit beim Ausbau der Akademie durch Beistellung ihrer qualifiziertesten Kräfte zur Verfügung stellen. Die Vollversammlung schloss sich einmütig dieser Auffassung an.

Wien, am Sonntag, den 3. April 1927

Eröffnung von zwei städtischen Wohnhausanlagen  
in Margareten

Bürgermeister Seitz hat heute vormittags die zwei grossen städtischen Wohnhausanlagen in der Stöbergasse und am Margaretengürtel feierlich eröffnet. Die erste Feier wurde in der Stöbergasse abgehalten. Die Anlage umfasst 135 Wohnungen und ist ein Werk des Architekten Professor Frutscher. Die Front dieses Baues ist 142 Meter lang und hat der Bauplatz eine durchschnittlich Tiefe von 25 Metern. Im Sockelgeschoss ist eine Schulzahnklinik und in einem Strassenhof/ein Kindergarten mit den notwendigen Nebenräumen enthalten.

Schon lange vor Beginn der Eröffnungsfeier war die Stöbergasse dicht mit Gästen gefüllt. Pünktlich um 11 Uhr eröffnete Bezirksvorsteher Rister das Fest mit einer kurzen Ansprache an den Bürgermeister, in der er namens der Bevölkerung von Margareten für dieses Werk der Wohnkultur dankte und zugleich ersuchte am städtischen Wohnbau festzuhalten. Auch der Obmann der Mieterschaft Stark dankte für die vielen schönen Wohnungen, die auch den ärmsten Familien eine gesunde, einwandfreie Behausung gesichert haben.

Dann sprach Bürgermeister Seitz mit stürmischem Jubel begrüsst: Die Stöbergasse hat einen guten Namen. Ist doch hier eine der ersten und besten Volksbildungsstätten Wiens. Der Wohnhausbau, den wir dazu errichtet haben, ist ein Zeichen, dass wir nicht nur Wissen und Bildung in die Massen des Volkes tragen, sondern auch die Gesundheit, die körperliche Kraft heben wollen.

Mehr denn je hat Oesterreich es notwendig die Kräfte zu sammeln und zu stählen. Umringt von Zollmauern, ausgeliefert einer unseligen Handelspolitik, haben Industrie und Gewerbe schwer zu leiden. Die Gemeinde versucht, ihnen durch ihr grosszügiges Investitionsprogramm zu helfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, damit wir, wenn einmal eine günstige handelspolitische Situation kommt, uns würdig und konkurrenzfähig einreihen können in ein Europa des Freihandels (Stürmischer Beifall).

Bei der Schaffung dieser Wohnhausanlage ist auch der Fürsorge gedacht worden. Ein Kindergarten und eine moderne Schulzahnklinik stehen zur Verfügung. Wir hoffen, dass diese wichtigen Einrichtungen im Interesse unseres Nachwuchses benützt werden und dass den Eltern durch sie manche Sorge angenommen wird.

Der Verfasser der Pläne für diese Anlage, Professor Frutscher hat eine schöne architektonische Lösung gefunden und ein Haus hergeteilt, in dem sich Schönheit mit Zweckmässigkeit paaren. Mögen die Bewohner, die uns einen so herzlichen Empfang bereitet haben, sich hier wohl und glücklich fühlen. Wir wünschen, dass sie ihre Kinder in diesem gesunden Heim zu aufrechten und echten Wienern erziehen, die einer besseren Zukunft entgegen sehen. Mit einem Dank an alle, die an dem grossen Werk mitgearbeitet haben, erklärte der Bürgermeister unter stürmischem Beifall die Wohnhausanlage für eröffnet.

Ein Schulmädchen überreichte dem Bürgermeister einen Blumenstrauß. Mit einer Besichtigung des Hauses und seiner sozialen Einrichtungen schloss die grosse Kundgebung.

Gegen Mittag wurde die feierliche Eröffnung der zweiten Anlage, die bis zur Einsiedlergasse reicht und zu beiden Seiten von der Stöbergasse, Brunnenfeldgasse und Chiavacellgasse begrenzt wird, eröffnet. Dieser Teil ist ein weiterer Abschnitt des grossen neuzeitlichen Wohnviertels, das die Gemeinde am Margaretengürtel erbaut. Die Pläne stammen von den Architekten Heinrich Schmid und Hermann Aichinger. Die Anlage enthält hoch Wohnungen, ein Bad, eine zentrale Waschküche und gärtnerisch ausgestattete Höfe mit Spielplätzen für die Kinder. Die

Schauseiten, insbesondere in den Höfen, wiesen reichen Flagen- und Blumenschmuck auf. Im grossen Gartenhof wurde die Feier mit Fanfaren des Stiglöckstatts eingeleitet. Bezirksvorsteher Rister überbrachte den Dank der Bevölkerung für die Mieter sprach Obmann May, der erklärte, dass die Behauptungen über die hohen Mietzinse in den Gemeindefürsorgehäusern den Tatsachen nicht entsprechen. Die Mieter dieser Anlage, die früher in privaten Häusern gewohnt haben, wissen selbst am besten den Unterschied zwischen den dumpfen, unhygienischen Räumen in den Privathäusern und den hellen, sonnigen Wohnungen in den städtischen Anlagen zu würdigen. Er ersuchte den Bürgermeister dieses grosse Kulturwerk fortzusetzen.

Bürgermeister Seitz, lebhaft begrüsst, führte aus: Auf dem Margaretengürtel ist jetzt fast eine neue Stadt entstanden und wir freuen uns mit den Bewohnern des Bezirkes. Allerdings ein bitterer Tropfen fällt in diese Freude. Ich höre, dass ein Flugblatt verbreitet wird, in dem genau geschildert wird wie die Bewohner in den städtischen Häusern leiden müssen (Heiterkeit), welche hohen Mietzinse sie zu zahlen haben, wie furchtbar die Waschküchen sind, in denen alle Frauen gezwungen werden, nach einer bestimmten Norm zu arbeiten, wie abträglich die Spielplätze und Kindergärten für die Erziehung der Kinder sind. Dann wird auch erzählt, dass die armen Bewohner dieser Häuser geradezu geknechtet sind und unter der Knute leben (Lebhafte Heiterkeit). Das ist recht traurig und ich spreche allen Bewohnern, die hier einziehen mussten, mein Beileid aus (Neuere Heiterkeit). Aber der Mensch kann nun einmal nicht gegen seine Natur handeln, wir werden uns also nicht beäffeln, wir werden in der Sünde beharren. Wir sind gesonnen, die "Boheit", diesen "Terrorismus" und "Zinswucher" fortzusetzen, wir sind entschlossen, noch weitere 50.000 Familien unglücklich zu machen, in dem wir sie zwingen in unsere Wohnhäuser einzuziehen (Stürmischer Beifall). Man hat hier von Verdiensten gesprochen. Nun, es ist nicht so schwer eine Stadt zu verwalten, wenn man weiss, dass man die Mehrheit ihrer Bürger verständnisvoll geschlossen hinter sich stehen hat. Das Bewusstsein, dass wir nach dem Willen und im Sinne und gemäß dem Interesse der grossen Mehrheit der arbeitenden und schaffenden Bürger dieser Stadt wirken, erfüllt uns mit Kraft und Stärke, so dass wir das Werk vollenden können.

Ich habe mich jetzt bei meinen Reisen in die Länder überzeugt, dass auch draussen die Stadtverwaltungen die Notwendigkeit von Investitionen, die die Notwendigkeit der Ausgestaltung ihrer Betriebe, der Verbesserung der Strassen und auch der Erbauung von Wohnhäusern erkennen. Sie haben lange gedögert, und es haben gerade jene Stellen, die berufen gewesen wären, den Städten Kredite zur Verfügung zu stellen, versagt. Ich will nicht politisch werden, aber das eine kann gesagt werden: Sie haben ihre Gelder anderwärts anverleihen zur Unterstützung. Da wir Wiener uns unserer Pflicht der Solidarität mit den anderen Ländern und Gemeinden bewusst sind, haben wir ansehnliche Beträge unserer Zentralsparkasse den grossen Städten zur Verfügung gestellt. Ich habe erst gestern mit Gemeinderäten von Innsbruck über das Investitionsprogramm dieser Stadt gesprochen, die jetzt von unserer Zentralsparkasse ein Investitionsanleihen von 6 Millionen bekommt. Innsbruck wird nun nach seinem Mass dem Beispiel von Wien folgen. Dieses Beispiel findet aber nicht nur in den Städten unserer Republik, sondern auch im Ausland Nachahmung. Es erfüllt uns mit Stolz, wenn Kundige aus Weltstädten zu uns kommen, unsere Einrichtungen studieren, wir sind mit unserer Schule und unserer Fürsorge beispielgebend geworden, wir sind auch mit unserem Wohnbau.

Ich danke den Architekten, die diesen Bau erdacht und durchgeführt haben. Ihr Name erklingt heute schon in der ganzen Welt. Wir danken Ihren Mitarbeitern, wir danken dem Chef unseres Bauwesens, Stadtrat Siegel und dem baubauirektor Ingenieur Musil wir danken allen Hand- und Kopfarbeitern, die zur Vollendung dieses Werkes beigetragen haben. Den Bewohnern selbst anbietet, werden herzlichen Gruss der Gemeinde und wünschen ihnen, dass sie sich in dem neuen und schönen Heim glücklich und zufrieden fühlen und dass sie uns eine Schaar von Kindern zu sonnigen, frohen Menschen erziehen (Stürmischer Beifall).

Mit Musikvorträgen wurde die grosse Feier geschlossen.

Wien, am Montag, den 4. April 1927

.....  
Studienreise der Kölner Staatlichen Ausbildungsstätte für Gewerbelehrer. Heute früh kamen in Wien vierzig Hörer der Staatlichen Ausbildungsstätte für Gewerbelehrer aus Köln am Rhein an. An der Studienreise, die eine Woche dauern wird, nehmen auch Bürgermeister Dr. Löhe (Köln), Ober-Regierungsrat Ingenieur R. Beyer, Oberstudiendirektor Ingenieur Ph. Huber, Ober-Regierungsrat Professor H. Busch, Oberstudiendirektor Professor Grunewald und Dipl. Ing. O. Bierhoff teil. Die Lehrpersonen werden insbesondere das Wiener gewerbliche Fortbildungsschulwesen studieren; sie besuchen aber <sup>auch</sup> die Bundes-Erziehungsanstalt in Traiskirchen, die Graphische Lehr- und Versuchsanstalt, das Technische- und das Technologische Gewerbemuseum und eine Reihe von sozialen Schöpfungen der Gemeinde Wien. Im Rathaus wurden die Herren von Vizebürgermeister Emmerling empfangen, der in warmen Worten seiner Freude Ausdruck verlieh, Gäste aus dem Deutschen Reich begrüßen zu können und für die Ehrung, die der Besuch für die Wiener Schulreform bedeute, herzlich dankte. Namens der Gäste sprach Ober-Regierungsrat Ingenieur Dr. Beyer der Gemeinde den besten Dank für die Förderung der Studienreise aus. Der Präsident des Stadtschulrates Abgeordneter Glöckel hielt dann einen Vortrag über die Wiener Stadtverwaltung an den sich ein Rundgang durch die Festräume des Rathauses schloss. Nachmittags wurden reichsdeutschen Lehrer in der Zentralfortbildungsschule in Mariahilf vom Obmann des Fortbildungsschulrates Abgeordneten Volkert begrüßt und morgen werden sie die Einrichtungen der Fortbildungsschule in Fünfhaus besichtigen.

.....  
Ablenkung des Bahnhofrundverkehrs. Wegen Arbeiten an den Geleisen auf dem Wiener Gürtel muss die Bahnhofrundlinie zwischen Matzleinsdorferplatz und Favoritenplatz über die Gudrunstrasse-Keplerplatz-Laxenburgerstrasse geführt werden. Diese Aenderung der Linienführung wird vom Mittwoch, den 6. April bis einschliesslich Freitag, den 15. April dauern; sie erstreckt sich auf beide Fahrtrichtungen.

.....  
Die "Schanigärten" können schon aufgestellt werden. Der Magistrat hat verfügt, dass die Vorgärten und Tische auf den Gehsteigen vor den Gast- und Kaffehäusern schon jetzt aufgestellt werden können. Bisher wurden diese Bewilligungen nur für die Zeit vom 1. Mai bis 30. Oktober erteilt. Nun wurden die Fristen um zwei Monate verlängert. Begonnen kann mit der Aufstellung schon am 1. April werden. Die Bewilligung währt nun mit 30. November.

.....  
Die Mühschüttelstege werden abgesperrt! Die Gemeinde wird am dem nächst dem Mühschüttelbad über die Alte Donau führenden eisernen Steg grössere Instandsetzungsarbeiten vornehmen. Der dort befindliche Holzsteg wird durch einen Eisenbetonsteg ersetzt werden. Die Arbeiten dürften ungefähr drei Wochen dauern. Während dieser Zeit müssen die beiden Stege abgesperrt werden. Vom Dienstag an wird der Verkehr mit einer Ueberfuhr aufrechterhalten.

.....  
Jubliars der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte heute amtsführende Stadtrat Richter dem Ehepaar Ferdinand und Maria Triska, XV. Mariahilferstrasse 141, anlässlich der goldenen Hochzeitsfeier die Ehrengabe der Stadt Wien.

Wien, am Montag, den 4. April 1927. Zweite Ausgabe

Falsche Zahlen im christlichsozialen Wahlaufuf. Der von der Wiener christlichsozialen Parteileitung am Sonntag veröffentlichte Wahlaufuf enthält über den Umfang der Fürsorgetätigkeit der Gemeinde Angaben, die gänzlich falsch sind und einer Richtigstellung bedürfen. Es heisst dort, dass die Ausgaben der Gemeinde für die gesamte Armenpflege, für die Kinder und Jugendfürsorge, für das Gesundheitswesen und alle sonstigen Wohlfahrtsangelegenheiten 45.7 Millionen Schilling ausmachen. Das ist unzutreffend. Die Ausgaben für diese Zwecke betragen vielmehr netto 74.712.020 Schilling. Im Veranschlag für das Jahr 1927 sind diese Ausgaben im Ausweis 5 angeführt und betragen nach Abzug der Einnahmen 62.272.020 Schilling. Dazu kommt aber noch der in der Gruppe Sozialpolitik verrechnete Aufwand der Gemeinde für die Arbeitslosen von 12.440.000 Schilling. Das ergibt die oben genannte Summe von 74.712.020 Schilling. Also um 29 Millionen Schilling mehr, als im Wahlaufuf der christlichsozialen Parteileitung angegeben sind. Dabei bleibt aber noch eine ganze Reihe von Fürsorgemassnahmen, wie insbesondere der Aufwand für das Bäderwesen und für die Gartenanlagen ausser Betracht. Ebenso gehören die Aufwendungen der Gemeinde auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge von rund 119 Millionen Schilling in diese Rechnung. Der Bund wendet für das Wohnungswesen nur eine Million Schilling auf, die beim Bundesministerium für soziale Verwaltung verzeichnet stehen, woraus der Fürsorgecharakter zweifellos hervorgeht. Unbestreitbar ist jedenfalls, dass der Wahlaufuf der christlichsozialen Partei aus 74.7 Millionen Schilling, die die Gemeinde Wien auf Fürsorgezwecke im engeren Sinne des Wortes verwendet, einfach 45.7 Millionen Schilling gemacht hat. Die Ausgaben des Bundes für Fürsorge werden im Wahlaufuf mit 114 Millionen Schilling angegeben. Das entspricht gleichfalls nicht der Wirklichkeit. Es heisst dort, dass für die Kriegsoffer 67 Millionen Schilling ausgegeben werden. Dem stehen aber als Einnahmen laut Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1927, Seite 38, volle 17 Millionen Schilling gegenüber. Es verringert sich daher der tatsächliche Aufwand um diesen Betrag. Wenn also der Wahlaufuf der Wiener christlichsozialen Parteileitung 114.2 Millionen Schilling Aufwand des Bundes für Wohlfahrtszwecke mit 45.7 Millionen Schilling bei der Gemeinde Wien vergleicht, so sind diese Zahlen vollkommen willkürlich und falsch. Selbst wenn man den Aufwand der Gemeinde für die Wohnhausbauten, für die Bäder und Gärten, die zweifellos zur Fürsorge gehören, weglässt, stehen 97 Millionen des Bundes 74.7 Millionen der Gemeinde gegenüber. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass die Ausgaben Wiens sich auf eine Bevölkerung von nur 1.867.000 Menschen beziehen, während die des Bundes einem mehr als dreimal so grossen Menschenkreis dienen sollen. Wenn ein Vergleich zwischen zwei Verwaltungskörpern ein halbwegs richtiges Bild geben soll, so muss selbstverständlich gerade darauf Bedacht genommen werden. Die gewältige Mehrleistung der Gemeinde für die Volkswohlfahrt tritt am deutlichsten bei der Bekämpfung der Tuberkulose in Erscheinung. Für 1927 hat der Bund unter diesem Titel 130.000 Schilling veranschlagt. Hingegen stellt sich der Nettoaufwand der Gemeinde auf 3.125.000 Schilling. Die Gemeinde Wien gibt also für die Bekämpfung der Tuberkulose vierundzwanzigmal soviel aus, wie der Bund. Es ist sehr bedauerlich, dass der Wahlaufuf einer so grossen Partei derart krasse Unrichtigkeiten enthält.

Wien, am Dienstag, den 5. April 1927

.....

Die Wahlvorschläge in Wien. Am Sonntag ist die Frist zur Einbringung der Wahlvorschläge abgelaufen. Die sozialdemokratische Partei, die Parteien der "Einheitsliste" (Christlichsoziale und Grossdeutsche) und die Partei der "demokratischen Liste" haben für den Nationalrat in allen sieben Wahlkreisen und für den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen in allen Bezirken Wahlvorschläge erstattet. Von den anderen Parteien haben die "Kommunistische Partei", die Partei der "Völkischen Einheitsliste" die "Jüdische Partei", der "Landbund für Oesterreich" und der "Völkisch-soziale Block" für den Nationalrat in allen Wahlkreisen, der "Udverband" in allen Wahlkreisen mit Ausnahme des fünften und der "Bund der parteilosen Staatsbürger" nur im fünften und sechsten Wahlkreise Wahlvorschläge eingebracht. Für den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen haben die Kommunistische Partei in den Bezirken Leopoldstadt, Landstrasse und Margareten bis einschliesslich Floridsdorf, die Partei der Völkischen Einheitsliste in den Bezirken Leopoldstadt bis einschliesslich Alsergrund, Meidling, Fünfhaus, Hernals, Währing, Döbling, Floridsdorf, der Ständebund in den Bezirken Leopoldstadt, Landstrasse, Margareten, Alsergrund, Favoriten, Meidling bis einschliesslich Fünfhaus, Währing bis einschliesslich Floridsdorf, der Völkisch-soziale Block in den Bezirken Leopoldstadt bis einschliesslich Favoriten, Meidling, Miezling, Fünfhaus bis einschliesslich Brigittenua, dann die Jüdische Partei in den Bezirken Innere Stadt, Leopoldstadt, Alsergrund und Brigittenua für beide Vertretungskörper und in den Bezirken Mariahilf, Neubau, Josefstadt, Währing und Döbling nur für die Bezirksvertretung allein Wahlvorschläge erstattet. Um den Nationalrat bewerben sich im sechsten Wahlkreis zehn, in den übrigen Wahlkreisen je neun Parteien. Für den Gemeinderat und die Bezirksvertretungen treten insgesamt acht Parteien in den Wahlkampf.

.....

Ein neues städtische Kinderfreibad in Hernals. Der ganz ausserordentlich gute Erfolg, den die Gemeindeverwaltung mit der Schaffung der Kinderfreibäder erzielt hat, spricht für die Errichtung einer Reihe weiterer Anlagen. Die Gemeinde wird überall, wo die Voraussetzungen gegeben sind, Kinderfreibäder errichten, um so die schulpflichtige Jugend dem verderblichen Einfluss der Strasse zu entziehen und zugleich gesundheitliche Fürsorge zu betreiben. Insbesondere in den westlichen Bezirken versucht die Stadtverwaltung diese wichtige Fürsorge für die Jugend auszugestalten. Erst vor einigen Wochen wurde der Bau von vier Kinderfreibädern im Augarten, im Sinneringerpark, am Vogelweidplatz in Fünfhaus und am Kongressplatz in Ottakring beschlossen. Nunmehr wird auch in Hernals ein Kinderfreibad errichtet werden. Die neue Anlage wird im Park am Lorenz Bayerplatz geschaffen werden und ein Badebecken von rund vierhundert Geviertmeter Grösse enthalten. Die Kosten werden auf 90.000 Schilling veranschlagt. Mit den Arbeiten wird in kürzester Zeit begonnen werden.

Der grosse Andrang zu den städtischen Kinderfreibädern ist am besten daraus zu ersehen, dass im Jahre 1926 nicht weniger als 632.175 Kinder die acht Freibäder besucht haben. Mit den in diesem Jahre noch hinzukommenden fünf neuen Kinderfreibädern wird die Gemeinde dann dreizehn solcher Anlagen haben, die in vorzüglicher Weise der Erhaltung der Gesundheit der schulpflichtigen Jugend dienen.

.....

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

133

Wien, Mittwoch, den 6. April 1927.

Neue Strassennamen in Ottakring. Durch die Vergrösserung der Siedlung "Heim" in Liebhartstal in Ottakring entstanden drei kleinere Strassenzüge. Nach einem Bericht des Gemeinderates Jenschik beschloss der Ausschuss für technische Angelegenheiten folgende Namen für diese neuen Strassen: Theodor Stormweg (nach dem deutschen Novellisten), Mörkeweg (nach dem deutschen Lyriker) und Pönningerweg (nach dem Bildhauer Franz Pönninger).

Ehrung eines Schulbeamten. Am Dienstag nahm Senatsrat Friedrich Paul nach dreissigjähriger Arbeit auf dem Gebiet der Schulverwaltung Abschied von seiner bisherigen Amtstätigkeit, um in den Ruhestand zu treten. Aus diesem Anlass versammelten sich die Mitglieder des Stadtschulrates, die Schulinspektoren und die Vertreter der Beamtenschaft im Empfangssaal des Stadtschulrates zu einer Abschiedsfeier. Präsident Glöckel würdigte die hingebungsvolle Pflichterfüllung, die Senatsrat Paul während seiner langen Dienstzeit gezeigt hat und dankte ihm für die wertvolle Unterstützung, die er dem Präsidium des Stadtschulrates als ökonomischer Referent zuteil werden liess. Gleichzeitig händigte Präsident Glöckel dem scheidenden Beamten das Dekret des Bürgermeisters ein, durch das ihm der Titel eines Senatsrates verliehen wird. Für die Kollegenschaft dankte Bezirksschulinspektor Langwieser dem verdienstvollen Beamten für seine Hilfsbereitschaft, insbesondere aber für die wertvolle Mitarbeit in der Amtsgemeinschaft der Bezirksschulinspektoren. Senatsrat Paul verwies dann darauf, dass er immer mit innerer Begeisterung an der Arbeit gewesen sei und dass es ihn am meisten freue, dass er Gelegenheit hatte, nach dem Umsturz an dem grossen Werk der Schulreform Anteil genommen zu haben. Tief gerührt dankte er für die Ehrung.

Die zehntausendste elektrische Strassenlampe. Bekanntlich ist schon seit längerer Zeit in Wien die öffentliche Gasbeleuchtung auf den Friedensstand gebracht worden. In vielen Strassen wurden aber noch sogenannte Pilzbrenner in die Laternen eingebaut, wodurch gegenüber den üblichen Auerbrennern eine dreimal grössere Leuchtkraft erzielt wird. Aber auch die Elektrifizierung der Strassenbeleuchtung ist bereits weit vorgeschritten. Am Donnerstag, den 7. April um 8 Uhr abends wird die zehntausendste elektrische Strassenlampe in Betrieb gesetzt werden. Diese Lampe wurde am Margaretenring bei der Eichenstrasse montiert und hat Bürgermeister Seitz die Mitglieder des Gemeinderates zur Inbetriebsetzung eingeladen.

Samstag und Sonntag werden städtische Wohnbauten eröffnet. Die Gemeinde hat in Döbling in der Guneschgasse - Kantnergasse und Sommergasse, einen Wohnhausbau aufgeführt, der nach Professor Jodl benannt wurde. Bürgermeister Seitz wird diese Wohnhausanlage am Samstag um 4 Uhr nachmittags eröffnen. Am Sonntag werden drei städtische Wohnhausanlagen im Floridsdorf eröffnet. Die erste Feier wird um 10 Uhr vormittags anlässlich der Eröffnung des Schlinger-Hofes abgehalten. Um 11 Uhr vormittags wird der städtische Wohnhausbau in der Mitterhofergasse eröffnet werden und um  $\frac{1}{2}$  12 Uhr vormittags findet die Eröffnungsfeier der städtischen Wohnhausbauten in der Brännerstrasse - Edergasse - Berzeliusplatz - Justgasse - Carrogasse - Berzeliusgasse - Kantnergasse statt.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

134

Wien, Donnerstag, den 7. April 1927.

Die auswandernden Hotelangestellten werben für Wien. Die Industrielle Bezirkskommission hat eine Reihe von Arbeitnehmern des Gastgewerbes ausgebildet und ihre Unterbringung in Holland durchgesetzt. Es handelt sich um mehrere hundert männliche und weibliche Kellner. Vor einigen Tagen hat nun die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich vor den nun mehr abreisenden Hörern einen Vortrag veranstaltet, der die Auswanderer auf die Möglichkeiten aufmerksam macht, die ihnen der Aufenthalt in ausländischen Hotels im Interesse des heimischen Fremdenverkehrs gibt. Den Vortrag hielt Generaldirektor Kommerzialrat Oskar Lehner, der insbesondere darauf verwies, dass jedes Gespräch im Ausland die Möglichkeit bietet, wirkungsvolle Propagandearbeit für Wien und seine Umgebung zu leisten. Der Vertreter der Fremdenverkehrskommission machte darauf aufmerksam, dass viele gebürtige Wiener als Angehörige des gastgewerblichen Berufes im Ausland tätig sind, aber grösstenteils ihre alte Heimat vergessen haben. Es wäre zu wünschen, dass der Versuch, auswandernde Wiener zu freiwilligen Werbern für Wien zu machen, von gutem Erfolg begleitet sein möge.

394.070 Gaskonsumenten in Wien. Die städtischen Gaswerke haben auch im ersten Vierteljahr eine umfangreiche Installationstätigkeit entfaltet. Es wurde in 38 Häusern mit 302 Wohnungen Gas auf Teilzahlung eingeleitet. Im März wurden insgesamt 3579 Gasmesser aufgestellt. Auch der Verkauf von Gasgeräten entwickelt sich sehr erfreulich. Insgesamt wurden im März 1145 Gasgeräte verkauft; insbesondere Bratrohre und Gasbügeleinrichtungen sind sehr begehrt. Die gewaltige Ausbreitung der Gasinstallationen zeigt am besten die ununterbrochen steigende Zahl der Gaskonsumenten. Am 31. Dezember 1913 wurden in Wien nur 211.815 Gasabnehmer gewählt, am 31. März 1927 waren es bereits 394.070. Die Zunahme beträgt also gegenüber der Friedenszeit 182.255 Konsumenten.

Bezirksvertretung Mariahilf. Am Donnerstag, den 26. April um 6 Uhr abends wird im Sitzungssaal der Bezirksvertretung Amerlingstrasse 6, eine öffentliche Geschäftssitzung abgehalten.

Neue Kurse an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien. In den nächsten Tagen beginnen Abendkochkurse, ein Vormittagskochkurs, ein Abendkleidkurs für Kleidermachen und für Weissnähen. Einschreibungen täglich von 10 bis 2 Uhr in der Direktion in Mariahilf, Brückengasse 3. Fernruf: 54-19.

Die Erschliessung der Wachau. Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich teilt mit, dass vom 10. April an, Wachauer Blüherundfahrten in Aussicht genommen sind. Diese Fahrten werden täglich zweimal - vor- und nachmittags - mit neuen bequemen Autobussen ab Krems unternommen. Geplant ist weiters, im heurigen Sommer neben einer Reihe anderer Linien auch bequeme Kraftwagen, die von Wien aus direkt in die Wachau führen, einzustellen. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in der Wachau entspricht einem lange empfundenen Bedürfnis, dessen Befriedigung gerade in der gegenwärtigen Jahreszeit besonders freudig begrüsst werden dürfte. Der entzückende Riesenobstgarten, den die Wachau in einigen Tagen zeigen wird, wird durch diese Rundfahrten zum erstenmal leicht erreichbar sein.

Abgabe vor Schulaustritt während des Schuljahres. Das Berufsberatungsamt der Stadt Wien und der Arbeiterkammer muss noch eindringlicher als im Vorjahre davor warnen, dass Eltern oder Vormünder ihre Kinder, die im Verlauf des Schuljahres vierzehn Jahre alt werden, vor Schulschluss aus der Schule nehmen. Die Lage des Arbeitsmarktes ist heute schon für die schulmündige Jugend äusserst schlecht. Die Wirtschaftsunternehmen sind kaum mehr in der Lage, die aus der Pflichtschule jährlich ins Erwerbsleben tretende Jugend aufzunehmen. So waren Ende Februar 1927 noch 2300 Knaben und 1200 Mädchen der Schulentlassenen des Jahrganges 1925/26 im Berufsberatungsamt für Lehrstellen vorgemerkt. Es ist im besten Falle anzunehmen, dass davon vielleicht tausend sich selbst eine Lehrstelle gefunden haben oder auf irgend welchen Gründen für eine Vermittlung nicht mehr in Frage kommen. Zweifellos sind aber immer noch rund 2500 Jugendliche aus dem Vorjahre zu versorgen. Es ist nur recht und billig, dass die wenigen einlangenden Lehrstellen in erster Linie den vorjährigen Anwärtern zugewiesen werden. Das Berufsberatungsamt macht ferner darauf aufmerksam, dass nahezu gar keine Hoffnung besteht, dass Eltern für ihren Bub oder für ihr Mädchen in Wien eine Lehrstelle mit Kost und Schlafstätte finden werden. Aber auch die meist sehr geringe Lehrlingsentschädigung würde keineswegs den Austritt aus der Schule mit dem Tag der Vollendung des vierzehnten Lebensjahres rechtfertigen. Es ist ausser Zweifel, dass die täglich steigenden Anforderungen des Berufslebens eine gute und abgeschlossene Vorbildung des Nachwuchses verlangen. Heute steht den wenigen offenen Lehrstellen ein Ueberangebot von jugendlichen Arbeitskräften gegenüber. Da ist es sehr begreiflich, dass der Meister lieber einen Lehrling nimmt, der die dritte Bürgerschulklasse vollständig absolviert hat und den Jugendlichen, der nur die zweite Bürgerschulklasse vollständig besucht hat, dann noch ein paar Monate in die dritte Klasse gegangen ist, abweist. Die meisten Genossenschaften, die sich eifrig bei der Aufnahme von Lehrlingen mit einem guten Austrittszeugnis aus der Volksschule begnügen, dingen jetzt nur Schulentlassene mit vollendeter zweiter Bürgerschulklasse auf. Gerade in den qualifizierten Gewerben, für die die Wiener Jugend besondere Vorliebe zeigt, ist heute der Nachweis der vollendeten dritten, zumindest aber der zweiten Bürgerschulklasse grundsätzlich Aufnahmebedingung.

Die Elternschaft handelt also gewiss nicht im Interesse der Kinder, wenn sie den Knaben oder das Mädchen mitten im Schuljahr aus der Schule nimmt. Auch die Begründung der Eltern für die vorzeitige Herausnahme der Kinder aus der Schule, dass nämlich dadurch die Lehrzeit früher beendet wird, ist nicht stichhältig. Es ist heute nicht vorauszusagen, wie sich die wirtschaftliche Lage in drei oder vier Jahren gestalten wird. Auf jeden Fall werden die Eltern gebeten, bevor sie bezüglich der Berufswahl ihrer Kinder etwas unternehmen, sich vorher mit dem Kind an das Berufsberatungsamt der Stadt Wien, VII., Hermannsgasse 28 zu wenden. Dort können sie sich täglich von 8 bis 1 Uhr mit dem Berufsberater und mit dem Arzt über ihre Pläne aussprechen.

Schwimmfest der Fortbildungsschuljugend. In dem Bestreben die gewerbliche Jugend auch körperlich zu ertüchtigen, hat der Wiener Fortbildungsschulrat seit Jahren die Pflege des Körpersportes eingeführt. Es wurden in den einzelnen Fortbildungsschulen Abteilungen für die verschiedensten Sportzweige geschaffen. Insbesondere erfreut sich das Schwimmen sowohl bei den Lehrlingen als auch bei den Lehrmädchen besonderer Beliebtheit. Am 11. April um 7 Uhr Abends veranstaltet die Schwimmgruppe der Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen im Jörgerbad das vierte Schwimmfest. Der Fortbildungsschulrat hat für die besten Schwimmleistungen einige Diplome gewidmet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

135  
Zweite Ausgabe

Wien, Donnerstag, den 7. April 1927.

Der Stimmzettel für die Wahl am 24. April 1927. Infolge der gleichzeitigen Vornahme der Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen mit der Nationalratswahl musste auch die Frage der Form des Stimmzettels gelöst werden. Es müssen die Wahlberechtigten die Möglichkeit haben, für alle drei Vertretungskörper oder nur für einen oder für zwei dieser Vertretungskörper ihr Wahlrecht ausüben zu können. Diese Frage ist durch die soeben erschienenene Verordnung des Wiener Stadtsenats als Landesregierung gelöst worden. Wähler, die für alle drei Vertretungskörper ihr Wahlrecht ausüben wollen, können sich eines dreiteiligen Stimmzettels bedienen. Ein solcher Stimmzettel ist in der Weise herzustellen, dass er auf der einen Seite ein zettel muss zehn Zentimeter breit und 21 Zentimeter lang sein und durch zwei zur Schmalseite parallel gezogene Striche in drei gleiche Teile geteilt werden. Ein Teil ist für die Wahl in den Nationalrat, der zweite für die Wahl in den Gemeinderat und der dritte für die Wahl in die Bezirksvertretung bestimmt. Die für die beiden letztgenannten Vertretungskörper (Gemeinderat und Bezirksvertretung) bestimmten zwei Teile müssen in dem einen Teil die Aufschrift Gemeinderat, im anderen Teil die Aufschrift (Aufdruck) Bezirksvertretung tragen. Der für den Nationalrat bestimmte Teil kann mit der Aufschrift Nationalrat versehen sein, er gilt aber auch, wenn diese Aufschrift nicht vorhanden ist. Will ein Wähler nur für den Nationalrat oder nur für den Gemeinderat oder nur für die Bezirksvertretung oder nur für zwei dieser Vertretungskörper abstimmen, so hat er die Abschnitte längs der Striche abzutrennen. Er kann aber auch seinen Willen dadurch zum Ausdruck bringen, dass er/den Abschnitt, der auf den Vertretungskörper lautet, für den er nicht abstimmen will, deutlich die Aufschrift oder die Parteibezeichnung, oder beides durchstreicht. Im übrigen ist ein Stimmzettel (Stimmzettelteile) gültig ausgefüllt, wenn er entweder die Parteibezeichnung oder wenigstens den Namen eines Wahlwerbers unzweideutig dartut oder nebst der Parteibezeichnung den Namen eines oder mehrerer Bewerber der-selben Partei enthält. In allen Fällen bleibt es den Wählern ungenommen, für jeden der drei Vertretungskörper einen besonderen Stimmzettel abzugeben, der das Ausmass von zehn mal sieben Zentimeter haben muss. Der Stimmzettel muss aus weichem, weislichem Papier sein. Er kann durch Handschrift, Druck oder sonstige Vervielfältigung ausgefüllt werden.

Hauptversammlung des Alpenvereines. Der Festausschuss für die Hauptversammlung des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines ist an die Gemeindeverwaltung mit dem Ersuchen herangetreten, in den Festausschuss für seine Hauptversammlung, die in diesem Jahr in Wien abgehalten werden soll, einzutreten. Die Gemeindeverwaltung hat diesem Ersuchen nicht entsprochen, weil sie nur solche Veranstaltungen fördern kann, die einen allgemeinen Charakter haben und nicht einseitig, beispielsweise nach dem Merkmal der Rasse, Nation oder Religion eingestellt sind. Nun hat die Mehrzahl der in Oesterreich bestehenden Sektionen des Deutschen und Oesterreichischen Alpenvereines in ihre Satzungen die Bestimmung aufgenommen, dass nur Personen deutscherischer Abkunft diesen Vereinigungen angehören dürfen. Ihre Tätigkeit ist daher durch dieses Rassenmerkmal beschränkt und die Gemeindeverwaltung hat deshalb den Eintritt in den Festausschuss abgelehnt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

136  
Dritte Ausgabe

Wien, Donnerstag, den 7. April 1927.

Die zehntausendste elektrische Strassenlampe. Auf dem Margaretengürtel bei der Eichenstrasse wurde heute abends die zehntausendste elektrische Strassenlampe in Betrieb gesetzt. Auf dem grossen Platz, wo an einem hohen Mast ein Ring angebracht war, der in hell leuchtenden Lampen die Zahl zehntausend zeigte, hatte sich eine vieltausendköpfige Menschenmenge angesammelt. Die Feier leitete die Musikkapelle der Bediensteten der städtischen Elektrizitätswerke mit einigen Vorträgen ein. Bezirksvorsteher Rister dankte der Gemeinde für das grosse Werk, worauf Stadtrat Siegel die Entwicklung der elektrischen Strassenbeleuchtung in den letzten Jahren schilderte. Vor einem Jahr hat die Gemeinde die fünftausendste elektrische Strassenlampe in Betrieb gesetzt. Jetzt, nach dreijähriger Arbeit sind zehntausend Lampen im Betrieb. Ein Drittel aller Wiener Strassen sind nunmehr elektrisch beleuchtet. Die elektrische Beleuchtung hat die Beleuchtungsstärke in den Strassen auf das vierfache und in den verkehrsreichen Strassenzügen auf das zehnfache der Friedensbeleuchtung gesteigert. Durch die Einführung der elektrischen Beleuchtung an Stelle der Gasbeleuchtung werden schon jetzt jährlich rund 17.000 Tonnen ausländischer Kohle erspart; insbesondere wird aber der Nachtstrom aus den Wasserkraftwerken ausgenützt. Die Gemeinde wird diese Arbeit fortsetzen und im Jahre 1927 werden 110 Kilometer Strassen elektrisch beleuchtet werden. Mit einem Dank an alle Mitarbeiter, vor allem an den Initiator der elektrischen Strassenbeleuchtung, dem Oberstadtbaurat Ingenieur Schlögl schloss Stadtrat Siegel unter grossem Beifall seine Ausführungen. Es sprach dann für die bei der Elektrifizierung beschäftigten Firmen Direktor Kremetzky, der dem Bürgermeister ersuchte, an Auer von Welsbach, dem die elektrische Lampe in erster Linie zu danken sei und der zurückgezogen lebe, eine Dankadresse zu schicken. Kremetzky schilderte dann die grossen/technischen Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Es sei ungerecht, wenn bei Störungen, die unvermeidlich sind und in allen Städten vorkommen, die Gemeinde verantwortlich gemacht werde. Er sei erst kürzlich Zeuge einer grossen Lichtstörung in Paris gewesen, die vom Publikum ohne Aufregung ertragen wurde. Die Techniker sind hier oft machtlos, es werde aber sicherlich alles getan, was überhaupt menschlichem möglich sei. Mit stürmischen Hochrufen begrüsst, ergriff nun das Wort

Bürgermeister Seitz: Das Aufleuchten der zehntausendsten Lampe ist an und für sich ein ganz unscheinbares Ereignis, gewiss kein Anlass sich besonders damit zu befassen. Aber faktisch ist diese Lampe weit mehr, als es scheint. Sie ist ein weithin sichtbares Zeichen der grossen Entwicklung, die die Beleuchtungsorganisation der Stadt gefunden hat.

Mitten im Elend der Nachkriegszeit hat sich die Gemeinde zu einem ungeheuren Unternehmen entschlossen, das nicht nur für die Stadt sondern für die ganze österreichische Volkswirtschaft von grosser Be-

deutung ist, zum Ersatz der Kohle durch die Erschliessung unserer Wasserkräfte. Um Milliardenbeträge ist dadurch die Handels- und die Zahlungsbilanz Oesterreichs günstiger gestaltet worden. Tausende Menschen haben durch dieses Werk für Jahre Beschäftigung gefunden, grosse Industrien und viele Gewerbe bestanden Jahre hindurch nur von Lieferungen für dieses Werk. Und doch war es nur ein Teil des grossen Investitionsprogrammes der Gemeinde, das dem gleichen volkswirtschaftlichen Ziel gedient hat. Selbstverständlich ist auch dieses Investitionsprogramm sowie das neue Arbeitsprogramm, das wir für die nächsten fünf Jahre vorgesehen haben, nicht ohne Anfechtung geblieben. Was Staunen erregt, ist nur die Tatsache, dass sie von einer Seite erfolgt, von der man es am wenigsten erwartet hätte, wenn man nicht die Geschichte Wiens kannte.

Schon einmal hat ein Bürgermeister - es war Dr. Lueger - ein solches grosses Programm durchgeführt: Es war die Kommunalisierung der Strassenbahn und der Strassenbeleuchtung. Und wer waren seine schärfsten Gegner: Es waren wie heute Industrielle, die aus persönlichen Gründen den Kampf gegen die Kommunalisierung führten.

Auch vor einigen Tagen hat in einer Organisation der Industriellen einer der Referenten den Kampf angekündigt gegen die Gemeindeverwaltung, deren grosses Industrieprogramm der Not der Industrie und des Gewerbes, der Arbeitslosigkeit abhelfen soll. Es war allerdings kein Industrieller, sondern ein Politiker. Aber er sprach unter dem Beifall derer, die in erster Linie berufen wären, die industrielle Entwicklung zu fördern und dieses Programm zu begrüessen. So müssen wir heute wieder, wie einst Lueger, den Kampf für die Industrie, gegen gewisse Industrielle, für das Gewerbe und für die Arbeiter beider Zweige den Kampf der Volkswirtschaft gegen politische Gehässigkeit und wirtschaftliche Einsichtslosigkeit führen. Wir stellen die Industriellen, die Gewerbetreibenden, die Arbeiter, die in den letzten Jahren für diese Gemeindeunternehmungen gearbeitet haben, vor die Frage: Was wäre geschehen und was würde geschehen, wenn wir nicht so händelten? Das Unglück wäre nicht abzusehen. Wir werden daher den Kampf für diese grosse Sache mit aller Energie weiterführen, weil wir wissen, dass wir in höherem Interesse wirken, gegen das egoistische Einzelinteresse, einem grossen wirtschaftlichen und politischen Gedanken dienen, gegenüber dem kleinlichen Parteiinteresse und dem augenblicklichen nur scheinbaren politischen Interesse einzelner Unternehmer. (Stürmischer Beifall)

Der Bürgermeister gedachte dann in warmen Worten der Opfer der Arbeit bei dem Bau der Wasserkraftwerke. Er dankte allen, die an dem grossen Werk mitgewirkt haben. Die Gemeinde werde ihr grosses Arbeitsprogramm unentwegt fortsetzen im Interesse der grossen Mehrheit des Volkes von Wien. (Lebhafter Beifall).

Mit dem Chor "Empor zum Licht" vorgeföhrt vom Sängerbund Margareten, wurde die mächtige Feier geschlossen.

Wien, Freitag, den 8. April 1927.

Verstärkte Berücksichtigung von Kriegsinvaliden bei Gemeindeanstellungen.

Heute sprach eine Abordnung des Landesverbandes Wien der Kriegsinvaliden bestehend aus dem Präsidenten Brandeiss, den Mitgliedern Forscht und Dworschak beim amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten Speiser vor. Die Abordnung ersuchte, dass in der nächsten Zeit die Kriegsinvaliden bei Anstellungen der Gemeinde Wien verstärkte Berücksichtigung finden sollen. Sie verwies auf die Not der Kriegsinvaliden, von denen noch viele den Weg zum wirtschaftlichen Erwerb nicht gefunden haben.

Die Mitglieder der Abordnung anerkannten die bisherigen Bemühungen der Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet und dankten dafür, dass die Gemeinde in der Hoheitsverwaltung eine grössere Zahl von Invaliden und Witwen von Invaliden angestellt hat, obwohl sie dazu nicht verpflichtet ist. Die Gemeinde hat auch Söhne von Invaliden angestellt, die nun zum Lebensunterhalt ihrer Eltern beitragen können.

Stadtrat Speiser gab der Hoffnung Ausdruck, dass die erhöhte Investitionstätigkeit der Gemeinde auch auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unter den Kriegsinvaliden günstig wirken werde, weil die Firmen, die für die Gemeinde Wien arbeiten, bei Aufnahmen von Arbeitern auch verpflichtet sind, invalide Arbeiter aufzunehmen. Die Gemeinde wird aber auch ihre Bereitwilligkeit, im eigenen Wirkungskreis das Los der Invaliden und ihrer Angehörigen durch Einstellungen zu erleichtern, neuerlich zeigen. Die Abordnung nahm diese Erklärung mit Dank zur Kenntnis.

Gruss der Gemeindeverwaltung an Auer-Welsbach. Wie schon gestern mitgeteilt hat Direktor Kremenetsky anlässlich der feierlichen Inbetriebsetzung der zehntausendsten elektrischen Strassenlampe angeregt, dass der Bürgermeister an Auer-Welsbach, der gegenwärtig hochbetagt in Kärnten lebt, ein Begrüssungstelegramm sende. Dieser Anregung wurde entsprochen. Bürgermeister Seitz hat an Auer-Welsbach folgendes Telegramm gerichtet: In dem Augenblicke, da in Wien nach dem neuen Beleuchtungsprogramm die zehntausendste elektrische Strassenlampe in Funktion gesetzt wird, gedenken wir des Vorkämpfers auf dem Gebiet der Beleuchtungstechnik und senden ihm dankbaren Gruss.

Unveränderte Kanalrömnungsgebühren. Für April beträgt die Gebühr für die Kanalrömnung unverändert das dreissigfache des Mktzinses, der für August 1914 bezahlt wurde. Die Gebühr ist nun schon seit mehr als zwei Jahren unverändert.

Gemeindeunterstützung für das Schubert-Denkmal. Wie bereits gemeldet, hat sich ein aus Mitgliedern der Bezirksvertretung Alsergrund und des Wiener Schubertbundes bestehendes Komitee zur Errichtung eines Schubertbrunnen-Denkmales am Alsergrund gebildet. Das Denkmal soll anlässlich des hundertsten Todestages Schuberts im Jahre 1928 enthüllt werden. Es wird Ecke der Liechtensteinstrasse und Alserbachstrasse aufgestellt werden. Der Entwurf stammt von dem Bildhauer Theodor Stundl; er entspricht dem feinen Empfinden der Uebersetzung des musikalischen Geistes Schuberts in die Plastik. Das Denkmal wird in Marmor ausgeführt. Die Gemeindeverwaltung hat einer Anregung des Bezirksvorstehers Schober entsprechend, dem Denkmalkomitee eine Subvention von fünftausend Schilling zugesichert.

Wien, Samstag, den 9. April 1927.

Die Gemeinde erhöht die Hebammenentschädigung. Die Entschädigung, die von der Gemeinde Wien bisher an Hebammen für den geburtshilflichen Beistand bei Entbindungen armer Wöchnerinnen gezahlt worden ist, betrug dreissig Schilling. Im Gemeinderatsausschuss für Wohlfahrtsangelegenheiten beantragte Gemeinderat Dr. Friedjung diese Entschädigung auf vierzig Schilling zu erhöhen. Der Ausschuss stimmte diesem Antrag zu. Die Erhöhung tritt rückwirkend mit 1. April in Kraft. Das Gesamterfordernis wird für das Jahr 1927 mit 15.950 Schilling veranschlagt.

Lehrlingsferien in Oesterreich. Der Fortbildungsschulrat in Wien wird zur Förderung der ungemein segensreich wirkenden Aktion "Lehrlinge aufs Land" in allen Fortbildungsschulen einen Vortrag veranstalten, bei dem auch ein Film über die Lehrlingsferien in Oesterreich vorgeführt werden wird. Der Film zeigt sehr anschaulich das Leben und Treiben in den Erholungsheimen in Bruck a/Leitha, Fischau a/Schneebergbahn, Schloss Neulengbach, Niederalm in Salzburg und Wieselburg a/Erlauf. Die von Direktor Marianek geleitete Aktion hat im Jahre 1926 nicht weniger als fünfzehntausend erwerbstätige Jugendliche beiderlei Geschlechts durchschnittlich vier Wochen in ihren Heimen verpflegt. Sie wird auch heuer im gleichen Umfang wirken. Die Gemeinde Wien hat dieser Aktion für das Jahr 1927 eine Subvention von 50.000 Schilling gewährt.

Die Zahl der Einäscherungen steigt! Im März wurde die grösste Zahl von Einäscherungen im Wiener Krematorium seit dem Bestand erreicht. Während im März 1923, dem ersten Betriebsjahr, 62 Einäscherungen vorgenommen worden sind, stieg diese Zahl im März 1924 auf 118, erreichte im März 1925 bereits 143 und stieg im März 1926 auf 225, um im März 1927 mit 318 Einäscherungen die Spitze zu erreichen. Von den 318 Eingäscherten waren 180 männlichen und 138 weiblichen Geschlechts. Der römisch-katholischen Kirche gehörten 222, der evangelischen 19, der mosaischen 19 und der altkatholischen Kirche 4 Verstorbenen an, während 54 konfessionslos waren. Unter den Eingäscherten waren 17 Kinder. Kirchliche Handlungen wurden in der Zeremonienhalle des Krematoriums im März 109 abgehalten.

Städtische Freiplätze an den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines. Im Schuljahr 1927/28 werden an den Schulen des Wiener Frauen-Erwerbvereines am Wiedner-Gürtel 68 sechs Freiplätze verliehen. Davon entfallen vier Freiplätze auf die Frauengewerbeschule für Weissnähen und Kleidermachen, um die sich nur Mädchen bewerben können, die das vierzehnte Lebensjahr bereits vollendet haben. Ein Freiplatz entfällt auf die einjährige Haushaltungsschule; die Bewerberinnen müssen das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben und den Besuch der dritten Bürgerschulklasse nachweisen. Der letzte Freiplatz wird für den Stickkurs verliehen. Der Magistrat ersucht die Eltern der Bewerberinnen sich vor der Einreichung um einen solchen Freiplatz bei der Leitung der Schule genau über die Ausgaben für die Lernmittel, Verköstigung und spätere Erwerbseignlichkeit zu erkundigen. Die Gesuche sind bis Montagens 7. Mai an die Magistratsabteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus zu richten. Anzuschliessen sind der Geburtschein, der Heimatschein, das letzte Schulzeugnis und ein Mittellosigkeitszeugnis.

## KATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H. ...

139  
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 9. April 1927.

### Die Gemeinde errichtet zwei Hausgehilfinnenheime.

#### Das Mariahilfer-Heim wird bereits am Dienstag eröffnet.

Die zuständigen Gemeinderatsausschüsse haben im Februar beschlossen, dass in dem der Gemeinde Wien gehörigen Haus in Mariahilf, Rahlgasse 2, ein Hausgehilfinnenheim mit einer Dienstvermittlung errichtet werde. Dieses Gebäude wurde früher für Schulzwecke verwendet. In Anbetracht des grossen sozialen Zweckes wurden die Umwandlungsarbeiten mit der grössten Beschleunigung durchgeführt. Sie sind nun abgeschlossen und damit ist das erste städtische Hausgehilfinnenheim in Wien geschaffen. Das Gebäude hat drei Stockwerke. In den Parterreräumlichkeiten wurde ein Speisesaal für 96 Personen errichtet. Der Saal ist durch eine Scheidewand abteilbar, so dass er zugleich als Tagraum verwendet werden kann. Es wurde auch eine Küche mit den notwendigen Abwasch- und Warmwasseranlagen, eine heizbare Badeanlage mit Warmwasserbereitung für Brausebäder, eine Schreib- und eine Lesestube im Parterre geschaffen. Auch die Räume für die Dienstvermittlung sind im Parterre untergebracht. In den drei Stockwerken sind sechs einfach und nett ausgestattete Schlafsäle, einige Einzelschlafzimmer und die entsprechenden Waschelegenheiten eingerichtet worden. Im dritten Stockwerk wurde auch ein Krankenzimmer geschaffen. Die Wohnung der Heimleiterin befindet sich im ersten Stock. Der Keller wurde für Wirtschaftszwecke umgewandelt. Im Dachgeschoss wurde ein Raum geschaffen, der für die Unterbringung der Koffer und Körbe der im Heim wohnenden Hausgehilfinnen dient.

Das erste Hausgehilfinnenheim macht einen ungemein freundlichen Eindruck. In allen Räumen ist elektrische Beleuchtung vorhanden. In den Schlafsälen ist Zentralheizung, in den Einzelzimmern Kohlenofen- und Gasofenheizung. Das Heim kann achtundachtzig Hausgehilfinnen aufnehmen. Es wird bereits am Dienstag um 5 Uhr nachmittags durch den Bürgermeister im Beisein der Mitglieder des Gemeinderates und zahlreicher geladener Gäste eröffnet werden.

Die Gemeinde hat kürzlich das Hotel "Stadt Prag" in der Radetzkystrasse angekauft. Auch dieses Gebäude wird in ein Heim für Hausgehilfinnen umgestaltet werden. Mit den Arbeiten wurde bereits begonnen und es dürfte noch in der kommenden Woche auch das zweite Hausgehilfinnenheim der Gemeinde Wien eröffnet werden.

Amerika in Wien. In der bevorstehenden Reisezeit dürfte bereits die grosszügige Propaganda, die in den letzten Monaten in Amerika für Wien und seine Umgebung unternommen worden ist, zu greifbaren Erfolgen führen. Die Verhandlungen, die die Propagandastelle der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich in New York mit Reisebüros, Schifffahrtsgesellschaften und Vereinen geführt hat, bewirkten, dass Wien neuer in einen grossen Teil der von Amerika aus zu veranstaltenden Europareisen einbezogen werden wird. Bekanntlich haben schon im vergangenen Jahr doppelt so viel Amerikaner die Stadt Wien besucht, als im Jahre 1913. Neuer dürfte die Zahl der amerikanischen Gäste noch weitaus grösser sein.

Die Carnegie-Stiftung für den Weltfrieden veranstaltet neuer eine Gesellschaftsreise von dreissig Herausgebern amerikanischer Zeitungen. In dem Reiseplan waren die meisten europäischen Hauptstädte aufgenommen; nur Wien war nicht berücksichtigt. Trotzdem der gesamte Reiseplan schon festgelegt war, ist es nunmehr gelungen, auch Wien einzubeziehen.

Die Sommerkurse für Amerikaner, die zum Teil an der Universität abgehalten werden, versprechen dank der umfangreichen Vorarbeiten des Amerika-Institutes ebenfalls einen wachsenden Besuch. Insbesondere den Kulturkursen, die die Amerikaner mit allen wirtschaftlichen und künstlerischen Problemen Oesterreichs vertraut machen sollen, dürfte grosse propagandistische Bedeutung zukommen.

An grösseren Gesellschaftsreisen aus den Vereinigten Staaten liegen bereits eine Reihe von festen Anmeldungen vor. Zu den Festwochen, die vom 5. bis 19. Juni abgehalten werden, ist die Ankunft mehrerer Gesellschaftsreisen bereits sicher. Anfangs Juli wird eine Studentenreise der Columbia-Universität, unter Führung der Professoren Thomas Alexander und Milton Delmanze in Wien zu Studienzwecken eintreffen. Für Mitte Juli ist eine grosse Gruppe von amerikanischen Vegetarianern angesagt. Ungefähr um die gleiche Zeit wird unter Führung von Mr. S. M. Law eine Gesellschaftsreise von mehr als hundert amerikanischen Industriellen und Kaufleuten nach Wien kommen. Am 31. Juli wird der deutsche gesellige wirtschaftliche Verein aus New York mit voraussichtlich rund zweihundert Deutsch-Amerikanern in Wien ankommen. Die Leitung hat Dr. Otto Glogau übernommen. Ueberdies dürften noch mehrere amerikanische Studentenreisen durch die Confederation internationale des Etudiants und das Auslandsamt der deutschen Studentenschaft nach Wien gebracht werden. Das berühmte Seminar Dr. Sherwood Eddy's in New York wird anfangs August in Wien eintreffen. Professor A. J. Armstrong wird mit einer Reihe von vornehmen Amerikanern zum Studium der Wiener Kunstschatze im Sommer eintreffen. Am 25. September wird eine Gesellschaftsreise von vierhundert amerikanischen Friseurern zu einem mehrtägigen Aufenthalt nach Wien kommen. Die amerikanischen Friseurer werden in Wien von ihren Berufskollegen aus den Nachfolgestaaten besucht werden.

Bei sämtlichen Gesellschaftsreisen wird der grösste Wert darauf gelegt, dass die Gäste auf die wichtigsten Punkte der Umgebung Wiens, insbesondere den Semmering, die Rax und die Wachau besuchen.

Städtische Anerkennungsgabe für Sicherheitswachbeamte. Die Gemeindeverwaltung hat jedes Jahr einen Betrag der Polizeidirektion zur Verteilung an die Polizeiorgane übermittelt, die sich beim öffentlichen Rettungsdienst besonders hervorgetan haben. Im Jahre 1926 widmete die Gemeinde für diesen Zweck 2500 Schilling. Nach einem Bericht des amtierenden Stadtrates Professor Tandler hat der Gemeinderatsausschuss für Gesundheitswesen beschlossen, für das Jahr 1927 diesen Beitrag auf viertausend Schilling zu erhöhen. Dieser Betrag soll von der Polizeidirektion an jene Sicherheitswachbeamte verteilt werden, die im Jahre 1926 im Wiener Rettungsdienst eine besondere Leistung vollbracht haben.

Bezirksvertretung Neubau. Am Donnerstag, den 14. April um 5 Uhr nachmittags findet im Sitzungssaal in der Herzogengasse 24 eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Neubau statt.

Wien, Samstag, den 9. April 1927.

Die Eröffnung des Professor Jodl-Hofes in Döbling.

Die seit kurzen bekannte Anlage auf dem Döblinger Gürtel, die 271 Wohnungen zählt, wurde heute nachmittags feierlich eröffnet. Die Wohnhausgruppe, die hart an der Gürtellinie der Stadtbahn liegt, bot einen festlichen Anblick. Die zahlreichen Balkone und Fenster waren mit Blumen und Tannengrün geschmückt und von allen Giebeln wehten Fahnen in den Farben der Stadt Wien. Auch die meisten der angrenzenden Häuser hatten Festschmuck angelegt. Die Eröffnungsfeier wurde im Beisein einer tausendköpfigen Menschenmenge auf dem Gürtel, vor der Wohnhausanlage abgehalten. Es war auch die Witwe Professor Jodls erschienen. Die Feier wurde mit Musik- und Gesangsvorträgen der Strassenbahner eingeleitet. Namens der Bevölkerung begrüßte Bezirksvorsteher Seleskowitsch die Festgäste, insbesondere die Witwe Jodls und sprach der Gemeindeverwaltung für den prächtigen Wohnhausbau, der eine Zierde für Döbling sei, den herzlichsten Dank aus. Für die Mieter dankte Obmann Leitner, der darauf verwies, dass die 271 Mietparteien eine zufriedene und frohe Gemeinschaft bilden.

Stürmisch begrüßt überbrachte dann amtsführender Stadtrat Weber die Grüße des am Erscheinen verhinderten Bürgermeisters. Ich gestehe, sagte Stadtrat Weber, dass bei jeder Wohnhauseröffnung unsere Arbeit einen neuen Ansporn erhält. Eine Wohnungspolitik, die so viele begeisterte Verfechter findet, muss zu einem glücklichen Ende geführt werden. Auch der Professor Jodl-Hof ist nur ein Stück aus dem grossen Wohnbauprogramm der Gemeinde. Auch er erfüllt den Zweck die Bevölkerung von der Erbsünde der Wohnungsschande zu befreien. (Stürmischer Beifall)

In diesem Wohnhausbau kommt ein Stück des neuen Wien zum Ausdruck. Er gibt unserer Stadt durch seine architektonische Gestaltung ein neues Gepräge. Als die Gemeindeverwaltung an die Verwirklichung des 25.000 Wohnungen umfassenden Programms ging, da tauchten vielfach Zweifel darüber auf, ob auch der städtebaulichen Gestaltung entsprechen werden wird. Aber dieser Bau und die vielen Anlagen, die wir schon vorher eröffnet haben, sie alle beweisen, dass diese Zweifel unbegründet waren. Die Gemeinde hat der Architektur des Feudalismus und der Plutokratie gegenüber gestellt die Kunst für das Volk auch auf dem Gebiet des Wohnhausbaues. (Lebhafter Beifall).

Wir haben diese Anlage nach Professor Jodl bekannt. Die Gemeinde Wien ehrt dadurch einen Mann, der sich auf dem Gebiete der Bildung der Jugend unsterbliche Verdienste erworben hat. Sie ehrt einen Mann, auf dem die Wiener Universität, die österreichische Wissenschaft und das ganze österreichische Volk immer stolz sein und dessen Tradition in der Volksbildung immer fortleben wird. Jodl war einer der wenigen, die die Auffassung verfochten haben, dass die Wissenschaft nicht ein Vorrecht Einzelner sein darf, sondern dass wahre Wissenschaft verankert und vertieft sein muss in den breiten Massen des Volkes. Jodl hat zu einer Zeit, in der das Volksbildungswesen eine schwere Krise erleiden musste mit Ludo Hartmann das Banner ergriffen und mit unermüdlichem Fleiss gewirkt. Wir freuen uns, seiner Witwe heute beweisen zu können, wie ein Teil seines Strebens zur Wirklichkeit geworden ist. Mit einem Dank an alle, die an dem grossen Wohnhausbau mitgewirkt haben und mit dem Wunsche, dass die Bewohner frohe und glückliche Jahre in ihrem Heim verbringen mögen, schloss Stadtrat Weber unter stürmischen Beifall.

Es wurden dann von den Gästen einige Wohnungen besichtigt. Mit Reigenvorführungen der Kinder, Gesang- und Musikvorträgen der Strassenbahner wurde die grosse Feier beendet.

Wien, am Sonntag, den 10. April 1927

Die Eröffnung der Floridsdorfer Wohnhausanlagen

Bürgermeister Seitz hat heute vormittags die zuletzt vollendeten und bereits bezogenen Wohnhausanlagen in Floridsdorf eröffnet. Die Feiern waren von vielen tausenden Bewohnern aus allen Teilen des grossen Bezirkes besucht. Alle Neubauten, aber auch die meisten anschliessenden Gebäude hatten die Fenster und Balkone mit Fähnchen und Blumen geschmückt. Überall sah man Fahnen in den Farben der Stadt Wien. Die erste Feier begann um 10 Uhr und wurde auf dem riesigen Platz abgehalten, der vor der neuen Wohnhausanlage in der Brünnerstrasse liegt. Die Anlage wurde nach dem verstorbenen sozialdemokratischen Gemeinderat von Floridsdorf Anton Schlinger benannt. Es ist eine ganze Stadt, die nach den Plänen der Architekten Hans Glaser und Karl Scheffel errichtet wurde und gegenwärtig bereits mehr als zweitausend Menschen zählt. Die Gemeinde hat auch einen eigenen Markt dort errichtet; selbstverständlich sind alle sozialen Einrichtungen vorhanden. Der Eröffnungsfeier, zu der alle amtsführenden Stadträte, viele Gemeinderäte und Mitglieder der Bezirksvertretung erschienen waren, wohnte auch die Witwe Anton Schlingers bei. Der Festplatz war von einer ungeheuren Menschenmenge besetzt, als die Floridsdorfer SÄnger mit dem Chor: Wir sind Menschen, wir sind frei, die Feier einleiteten. Nach einem Bläserchor begrüßte Bezirksvorsteher Bretschneider den Bürgermeister und die Festgäste, wobei er darauf verwies, dass die Bevölkerung Floridsdorfs mit Stolz und Freude diese Feier begehe. Mit Stolz deshalb, weil diese gewaltige Anlage mit dem Namen eines Mannes verbunden wurde, der in diesem Bezirk eine ungeheure Kulturarbeit geleistet hat und mit Freude, weil es nun möglich war, viele Bewohner des Mühlschüttels aus ihren Elendsquartieren herauszunehmen und sie in freundlichen und gesunden Wohnungen unterzubringen. Dafür dankte die Bevölkerung aus vollem Herzen. Für die Mieter ersuchte Obmann Neumann den Bürgermeister das grosse Werk im Interesse der Gesundheit und Wohlfahrt des Volkes fortzusetzen. Die Bewohner des Schlingerhofes werden den Bau so rein und nett erhalten, wie sie ihn übernommen haben.

Mit jubelndem Beifall begrüßt, führte nun Bürgermeister Seitz aus: Wir eröffnen heute eine Reihe von Neubauten im 21. Bezirk. Vor kurzem haben wir in Floridsdorf auch den Grundstein gelegt zur fünfundzwanzigtausendsten Wohnung. Dieser Bezirk war ja schon bei seiner Einverleibung gedacht als ein Gebiet, auf dem sich die industrielle Entwicklung vollziehen soll. Wenn auch die Pläne von damals nicht gereift sind, wenn auch der Donau-Oderkanal und alles, was sich an Hoffnungen daran knüpfte, durch den furchtbaren Krieg nicht verwirklicht werden konnte, so kann doch niemand leugnen, dass es dieser Bezirk sein wird, in dem sich die industrielle Entwicklung vollziehen wird. Diese Entwicklung wird kommen, wenn einmal die unglückliche Handelspolitik der Hohechutzzölle aufhört, so dass die österreichische Industrie jenen Aufstiege nehmen kann, den sie kraft ihrer Fähigkeit und der Tüchtigkeit unserer geistigen und manuellen Arbeiterschaft verdient. (Starker Beifall)

Heute kämpft die Gemeinde auch in diesem Bezirk mit Erfolg gegen die Wohnungsnot. Wenn man uns an das Mühlschüttel erinnert, dann wissen wir, dass dort nebst den Thury das ärgste Wohnschandewerk, was wir übernommen haben. Hoffen wir, dass es gelingen wird, auch im Mühlschüttel gesunde und sonnige Wohnun-

Den grossen, schönen Wohnbau, der sich erhebt inmitten des besten Teiles des Bezirkes, einen Wohnbau, der wohl die grösste Aufmerksamkeit erweckt, haben wir nach Anton Schlinger benannt. Das war ganz selbstverständlich, den wir können Schlinger als den Mann der des neuen Floridsdorf bezeichnen, als den Mann, der uns leider viel zu früh entzogen wurde, dessen Name aber ein Symbol für den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft dieses Bezirkes ist. Als schlichter Arbeiter kam er bisher und mit eisernem Fleiss und dank seiner Begabung hat er sich emporgearbeitet zum Führer der Floridsdorfer Arbeiterschaft, im Gemeinderat und Parlament eine Zierde dieser Körperschaften, draussen im Volk geliebt und verehrt, gab es wohl niemand, der bei ihm Rat und Hilfe gesucht und sie nicht gefunden hätte. Wir werden Schlinger für sein Werk ewig danken. Auch dem Politiker flieht die Nachwelt sonst keine Kränze. Aber dieser Mann, er war nicht nur Politiker, er war Fleisch vom Fleisch des schaffenden Volkes und er wird unaussprechlich in der Erinnerung fortleben. Wir werden sein Werk mit unbeugsamer Entschlossenheit fortführen, weil wir wissen, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auch dieses Bezirkes geschlossen hinter der gegenwärtigen Mehrheit des Gemeinderates steht. (Stürmischer Beifall)

Der Bürgermeister dankte dann dem amtsführenden Stadtrat Siegel, dem Stadtbaudirektor Ingenieur Musil und allen geistigen und manuellen Arbeitern, die an dem gewaltigen Werk mitgeschaffen haben. Den Bewohnern wünschte er viel Glück und Freude im neuen Heim. Es sind zumiest Proletarier, wie Schlinger einer war und wenn sie ihre Kinder erziehen, so erziehen sie sie nach dem Ideal des Mannes, nach dem dieser Hof benannt ist. Seiner gedenkend, erkläre ich den Schlingerhof für eröffnet. (Grosser Beifall)

Es sprach dann ein kleines Mädchen einen Prolog und überreichte dem Bürgermeister einen Blumenstrauß. Mit einem Rundgang durch die Anlage und mit Gesang- und Musikvorträgen wurde die Eröffnungsfeier geschlossen.

Die Feier in der Mitterhofergasse

Diese Anlage zählt 97 Wohnungen. Die Bauentwürfe wurden von den Architekten Schlöfzig und Reisser ausgearbeitet. Um 11 Uhr wurde auch hier die Eröffnungsfeier mit Gesang- und Musikvorträgen eingeleitet. Nach einigen Begrüssungsworten des Bezirksvorstehers Bretschneider, dankte namens der Mieter Bezirksrat Ebitsch der Gemeinde für die schönen Wohnungen, worauf unter grossem Beifall Bürgermeister Seitz sprach: Wir sind sehr gern dem Ruf gefolgt und nach Jedlersdorf gekommen, um diesen Wohnbau zu eröffnen. Als seinerzeit der 21. Bezirk der Stadt einverleibt wurde, war die Frage, ob man Jedlersdorf mit einbeziehen sollte. Es war damals ein Ort, der nicht viel mit einer Millionenstadt gemeinsam hatte. Die Arbeiter aus den Betrieben von Floridsdorf und Hütteldorf suchten aber schon zu jener Zeit Wohnungen hier in Jedlersdorf. Und die Einbeziehung Jedlersdorfs in das Stadtgebiet erwies sich als gerechtfertigt. Die Wohnungen freilich, die damals die Arbeiter hier bezogen haben, sind uns alle noch in schrecklicher Erinnerung. In keiner Weise genügten sie den Anforderungen eines Kulturmenschen; sie entsprachen nicht der Zivilisation eines modernen Fabrikarbeiters. Die Eisenbahner begannen vor dem Krieg hier Wohnungen zu bauen. Waren sie auch auf diesen Gebiet Pioniere, so konnten sie selbst nach dem Krieg die Bauten nicht fort-

allerdings nur eine kleine Abschlagszahlung. Wir hoffen, den Wohnbedarf von Jedlersdorf wirklich entsprechen zu können, indem wir unsere Wohnbautätigkeit auch in diesem Gebiet fortsetzen. Manche Kreise warnen uns davor, denn dies sei Inflationspolitik. An der Spitze derer, die uns solche Ratschläge geben, sehen wir einen Mann, der uns schon einmal einen sonderbaren Rat gegeben hat, nämlich in der Inflationszeit die Tarife der Strassenbahn nicht den Gesteigungskosten anzupassen, sondern das Defizit durch eine Anleihe zu decken. Wenn wir damals diesem Ratschlag gefolgt hätten, so wäre die Gemeinde heute in der drückendsten Schuldknechtschaft des Auslandes. Wir weigern uns daher ganz entschlossen seinen weiteren Ratschlägen zu folgen (Stürmischer Beifall).

Mit dem Wunsch, dass sich die Bewohner in ihrem neuen Heim wohlfühlen und in den sonnigen und luftigen Wohnungen ihre Kinder zu brauchbaren und tüchtigen Bürgern der Stadt Wien erziehen mögen, schloss der Bürgermeister unter stürmischem Beifall.

#### Die Wohnhausanlagen in der Justgasse und Brünnerstrasse

Gegen Mittag fand hier die Eröffnungsfeier statt. Die Anlagen enthalten insgesamt 573 Wohnungen. Die Pläne stammen von den Architekten Oberstadtbaurat Ingenieur Stöckl und dem Baurat Stoik. Die Pläne für den prächtigen Kindergarten hat Architekt Baurat Konstantin Faller entworfen. Die Bauten liegen an der Stadtgrenze und fallen insbesondere durch ihre grossen gärtnerisch ausgestatteten Höfe auf. Bezirksvorsteher Bretschneider eröffnete die Feier. Der Mietervertreter Kaspar überbrachte der Gemeinde den Dank der Bewohner und ersuchte den Bürgermeister das grosse Werk trotz aller Anfeindungen Einzelner fortzuführen. Bgm. Seitz führte dann aus: Wir danken für den jubelnden Empfang. Wir wissen, dass diese Begrüssung nicht einer Person oder einem Personenkreis gilt, sondern dass es der Ausdruck berechtigter Freude über das gelungene Werk ist. 573 Wohnungen sind hier gebaut worden. Man muss sich nur die Einzelschicksale der Menschen vorstellen, die sich um eine Wohnung bewerben, um zu erkennen, was 573 neue Wohnungen bedeuten, wieviel Menschen dadurch in eine ganz andere Lebenslage kommen. Vor allem müssen wir da an die Kinder denken, die in schlechten, dumpfen Wohnungen nicht nur körperlich leiden, sondern die auch infolge der Misstimung ihrer Eltern schweren Schaden nehmen. Die Kinder, die hier in gesunde Wohnungen kommen, werden dadurch allein schon zu neuen Menschen erzogen. (Lebhafter Beifall)

Der Mietervertreter hat davon gesprochen, dass man die Wohnbautätigkeit der Gemeinde vielfach anfeinde. Das ist mehr als wahr. In der Provinz habe ich erst unlängst jemand ganz ernsthaft fragen gehört, ob es häufig vorkommt, dass Teile unserer Wohnhausbauten einstürzten und welche Massnahmen wir treffen um der Ungesieflerplage in unseren Wohnbauten zu steuern. Man erfindet die unglaublichsten Dinge, um unsere Wohnbautätigkeit herabzusetzen. Wenn man die Bewohner unserer Häuser nicht beschimpft, dann bedauert man sie wegen der hohen Mietzinse, die angeblich zu zahlen haben; man bedauert sie, weil sie unter einer Diktatur stehen und wegen anderer lächerlicher Dinge. Wir fragen Sie alle, die Sie hier wohnen, ob es für Sie wirklich ein schreckliches Unglück war, hier einzuziehen (Rufe: Im Gegenteil!) Die Hunde bellen und die Karawane zieht ihres Weges. Wir werden auch das neue Programm restlos durchführen und zu den 35.000 Wohnungen noch weitere dreissigtausend bauen. (Stürmischer Beifall) Wir wissen, dass wir damit eine grosse Kulturarbeit verrichten. Wenn wir der Bevölkerung das Wasser, das Licht und den Verkehr geben, ist damit noch nicht genug getan; wir haben auch die Pflicht der Bevölkerung Luft zu geben, das heisst: Gesunde Wohnungen!

Auch hier dankte der Bürgermeister den Architekten und den Männern des Stadtbauamtes und ihren Mitarbeitern für das schöne Werk und schloss mit dem Wunsche, dass die Bewohner sich in ihrem neuen Heim wohlfühlen mögen.

Nach einem Gesangvortrag besichtigten die Gäste die neue, grosse Anlage.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

112

Wien, am Montag, den 11. April 1927

Keine Sprechstunde bei städtischen Finanzreferenten. Morgen Dienstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde bei Stadtrat Breitner

### Errichtung von drei städtischen Wohnhausanlagen.

#### 1122 neue Wohnungen.

Am Mittwoch hat im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten amtsführender Stadtrat Siegel über die Verbauung der Hagenwiese in Döbling berichtet. Es wird dort der grösste Teil der aufgelassenen Gärtnereien zwischen dem Bahnhof Heiligenstadt und der Heiligenstädterstrasse verbaut. Die Baupläne wurden vom Stadtbaumeister entworfen und wird gegenüber dem Bahnhof ein Hauptgebäude längs der Kornzeuergasse mit einem gegen die Heiligenstädterstrasse offenen Vorplatz von rund hundert Meter Breite und 150 Meter Länge errichtet. Daran schliessen sich nach Norden und Süden Bauteile an, in deren Höfen die Gebäude für die Dampfwaschereien, Kindergärten und für die Schulzahnklinik untergebracht werden. Die Baufläche ist 81.150 Quadratmeter gross. Nur vierunddreissig Prozent werden verbaut, so dass rund 54.000 Quadratmeter für die Gartenhöfe verbleiben. Die architektonisch hervorragend ausgestattete Wohnhausgruppe wird insgesamt 1210 Wohnungen enthalten, zu denen man von achtundachtzig Stiegenhäusern aus gelangt. Der grösste Teil der Wohnungen, nämlich 745, wird aus zwei Wohnräumen, Vorräum und Küche bestehen. 260 Wohnungen werden drei Wohnräume mit den notwendigen Nebenräumen enthalten. Schliesslich werden auch 110 Einzelzimmer mit Vorräum und Klosett geschaffen. Für den grössten Teil der Wohnungen sind Loggien, Erker oder Balkone vorgesehen. Ausser den Wohnungen werden auch eine Mutterberatungsstelle, Räume für die Krankenkasse, eine Apotheke, ein Postamt, eine Bibliothek und 33 Geschäftslokale in der Wohnhausanlage errichtet. Für ein Gast- und Kaffeehaus befindet sich im Erdgeschoss ein Raum, der rund 1300 Quadratmeter gross ist. Die Kosten dieses gewaltigen Wohnhausbaues werden mit 29,5 Millionen Schilling veranschlagt. Der Ausschuss genehmigte dieses Bauvorhaben.

Ausserdem wurde beschlossen auf der Landstrasse zwei städtische Wohnhausbauten zu errichten. Der eine Bau wird in der Schrottgasse - Weirlechnergasse errichtet werden. Die Baupläne hat Architekt Ingenieur Walter Sobotka verfasst. Die Baustelle ist 1852 Quadratmeter gross, davon werden 829 Quadratmeter für einen gärtnerisch ausgestatteten Hof mit Kinderspielfeld verwendet. Insgesamt enthält die Anlage 66 Wohnungen mit einem Flächenraum von 38 bis 55 Geviertmeter. Die Baukosten werden auf rund 1,1 Millionen Schilling geschätzt. Die zweite Wohnhausanlage wird auf dem Nikolausplatz gebaut werden. Der Bauplatz ist 2918 Quadratmeter gross. Verbaut werden nur 33 Prozent. Durch die Anlage wird ein Durchgang geschaffen, der die Verbindung zwischen Rabengasse, Baumgasse und Nikolausplatz im Zuge der Rüdengasse herstellt. Von zehn Stiegenhäusern gelangt man in 146 Wohnungen. Die Baukosten werden mit 2,1 Millionen Schilling veranschlagt. Die Baupläne haben die Architekten H. Schmid und H. Aichinger verfasst.

Wien, Montag, den 11. April 1927.

Das weisse Tischtuch und die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe. Immer wieder taucht die Behauptung auf, dass das Anlegen von weissen Tischtüchern in den Gasthäusern einen Grund zur Einreihung eines solchen Betriebes in die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe bilde. Das ist vollkommen unzutreffend. Nach den in Wien geltenden Gepflogenheiten ist das weisse Tischtuch in den Gasthäusern eine nahezu allgemeine Erscheinung. Von diesem Standpunkt aus müsste also der grösste Teil aller Wiener Gasthäuser als steuerpflichtig erklärt werden. Die Tatsache, aber, dass von 3623 in Betrieb befindlichen Gasthäusern nur 594 überhaupt der Nahrungs- oder Genussmittelabgabe unterliegen, ist der beste Gegenbeweis. Hingegen sind die Heurigen abgabepflichtig, obwohl dort bekanntlich weder weisse noch bunte Tischtücher verwendet werden. Es wird kein einziger Wiener Gastwirt ein Einreihungsdekret vorweisen können, in dem die Verwendung von weissen Tischtüchern als Merkzeichen der Abgabepflicht angeführt wird. Die Betroffenen werden aufgefordert sich beim städtischen Finanzreferenten zu melden.

Reichsdeutsche Gewerbelehrer in Wien. Gestern besichtigten die zu Studien zwecken in Wien weilenden Professoren, Lehrer und Hörer der Staatlichen Ausbildungsstätte für Gewerbelehrer in Wien das zweite Wiener Fortbildungsschulgebäude in Pfinzhaus. Obmann Stellvertreter Gemeinderat Täubler hielt einen Vortrag über die Organisation des Wiener gewerblichen Fortbildungsschulwesens, an den sich eine lebhaftige Aussprache knüpfte. Die reichsdeutschen Gäste hatten bereits eine grosse Zahl von Wiener Fortbildungsschulklassen besucht und sich so über das Wiener gewerbliche Schulwesen sehr eingehend informiert. Den Gästen wurde dann der Film "Die Wiener gewerblichen Fortbildungsschulen" vorgeführt. Sie waren über den vorbildlichen Stand unseres gewerblichen Schulwesens sehr befriedigt, was auch in den Worten des Führers der sechzig Mann starken Abordnung, Oberregierungsrat Beyer zum Ausdruck kam. Der Obmann des Fortbildungsschulrates Nationalrates Volkert dankte für den Besuch, der wesentlich zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen beigetragen hat.

Der alte Mistbauer wird in wenigen Monaten verschwinden. Die Modernisierung der Kehrichtabfuhr, die die Gemeindeverwaltung vor ungefähr drei Jahren in Angriff genommen hat, steht nun vor dem Abschluss. Zu Beginn des heurigen Jahres waren bereits mehr als hunderttausend Colonia-Kübel in den Häusern. Heuer wurden die Bezirke Währing, Döbling und Floridsdorf in die moderne Kehrichtabfuhr einbezogen. Vor einigen Tagen wurde auch mit der Zustellung der Colonia-Gefässe in Meidling begonnen. Gegenwärtig sind in den Bezirken Innere Stadt bis Landstrasse, Mariahilf bis Alsergrund und Hietzing bis Floridsdorf rund 115.000 Colonia-Kübel von der Gemeinde zur Verfügung gestellt worden. Es fehlen also nur noch die Bezirke Wieden, Margareten, Favoriten, Simmering und ein Teil von Meidling. Die Bestellungen der Colonia-Gefässe wurden an die Industrie bereits vergeben. Es wird mit der grössten Beschleunigung gearbeitet, so dass voraussichtlich bis Ende Juni in ganz Wien der alte Mistbauer verschwunden sein wird. Die Gemeindeverwaltung hat dadurch nicht allein der Bevölkerung viel Aerger und Verdross abgenommen, sondern auch ein grosses sanitäres Werk vollbracht.

Die Gemeinde Wien für die Kleinrentner. Seit längerer Zeit werden zwischen der Gemeinde Wien und dem Verband der Sparer und Kleinrentner Oesterreichs Verhandlungen geführt, die eine provisorische Regelung bis zur Bundesgesetzlichen Ordnung der Kleinrentnerfrage betreffen, soweit sie sich auf Gemeindeanleihen bezieht. Diese Verhandlungen wurden heute beendet. Das Ergebnis ist die folgende Vereinbarung: 1.) Bis zum Inkrafttreten einer bundesgesetzlichen Regelung hinsichtlich der Kleinrentner widmet die Gemeinde Wien alljährlich einen Betrag von einer Million Schilling. Aus diesem Betrag werden Besitzern von Teilschuldverschreibungen der Gemeinde Wien, die diese Schuldverschreibungen vor dem 1. November 1918 erworben haben, österreichische Bundesbürger sind und ihren Wohnsitz im Bundesgebiet haben, Zuschüsse zu den Zinsen der Schuldverschreibungen gegeben. 2.) Die Beurteilung im Einzelfall obliegt einer vom Bürgermeister zu ernennenden Kommission, die aus sechs Mitgliedern des Gemeinderates und einem Vertreter des Verbandes der Sparer und Kleinrentner Oesterreichs besteht und in der der amtsführende Stadtrat für Finanzwesen oder ein von ihm bestellter Stellvertreter den Vorsitz zu führen hat. 3.) Für die Beurteilung haben die Bestimmungen der Paragraphen 1 und 4 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1926, B. G. Bl. Nr. 6/27 (Leibrentnergesetz) als Richtlinien zu gelten, jedoch mit der Abänderung, dass ein Zuschuss auch gegeben wird, wenn die Jahreszinsen weniger als dreihundert Kronen ausmachen. Wenn die Zuschüsse hiernach in ihrer Gesamtheit in einem Jahr weniger als eine Million Schilling erfordern, so ist der verbleibende Betrag, je nach der Eigenart des Falles, zu Erhöhung des Zuschusses bis auf das Doppelte zu verwenden. 4.) Ueber den Zuschuss ist vom Magistrat zu entscheiden, wobei er jedoch an das Gutachten der Kommission gebunden ist. 5.) Die Ansuchen um Zuerkennung des Zuschusses sind unter Nachweis der Voraussetzungen bis 31. August 1927 beim Magistrat geltend zu machen.

Das Leibrentnergesetz enthält bekanntlich die sehr drückende Bestimmung, dass Leibrenten unter dreihundert Kronen jährlich unberücksichtigt bleiben. Die Gemeinde hält sich aber an diese Bestimmung nicht. Es werden im Gegensatz zum Leibrentnergesetz die Besitzer von Wiener Kommunalanleihen, deren "Zinsertrag" weniger als dreihundert Kronen jährlich besmisst, des Zuschusses der Gemeinde teilhaftig.

Um bis zur Beschlussfassung durch den Gemeinderat keine Verzögerung eintreten zu lassen, hat Bürgermeister Seitz verfügt, dass schon jetzt die Anmeldungen beim Magistrat (Magistratsabteilung 4), entgegengenommen werden. Zur Erleichterung werden eigene Drucksorten ausgeben, die in der nächsten Woche bei den magistratischen Bezirksämtern und im Sekretariat des Verbandes der Sparer und Kleinrentner Oesterreichs in Wien, I., Hofburg, Schweizer-Trakt, Tür 8, beh. oben werden können.

Bezirksvertretung Wieden. Am Dienstag, den 19. April hält die Bezirksvertretung Wieden im Sitzungssaal des Gemeindehauses in der Schöffergasse 3 eine öffentliche Sitzung ab.

Wien, Dienstag, den 12. April 1927.

Keine Sprechstunde beim städtischen Baureferenten. Am Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim entsührenden Stadtrat Siegel.

Die Wahllokale. Der Wiener Magistrat wird in den nächsten Tagen in jedes Haus eine Drucksache zustellen lassen, aus der zu ersehen ist, wo das Wahllokal für dieses Haus sich befindet. Dieser Zettel ist an allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stell. (Hausflu. u. s. w.) anzuhäften. Er darf erst nach dem 24. April entfernt werden. Es wird aufmerksam gemacht, dass die Unterlassung der Anbringung oder das vorzeitige Entfernen dieser Drucksache mit Geldstrafen bis zu hundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen belegt wird.

Die Aufstellung der Brigittabrücke soll weiter verhindert werden! Auf Einladung des Handelsministeriums wurde bereits am 15. März ein Ortsaugenschein im Prater abgehalten, der den Zweck hatte, die Strassenführung zu der alten Brigittabrücke, die in Simmering den Donaukanal überbrücken soll, zu überprüfen. Am 28. März wurde diese Besichtigung fortgesetzt und es wurde auch dem Wunsch der Bezirksvertretungen

Leopoldstadt und Simmering entsprochen und auch die wirtschaftlichen Körperschaften eingeladen. Bei der ersten Verhandlung hatte das Bundesministerium wohl alle mutmasslichen Gegner des Projektes, wie die verschiedenen Naturschutzvereine, die Vertreter der Rennbahn, die Wiener Reitervereinigung und das Bundesdenkmalamt eingeladen, die wirtschaftlichen Körperschaften aber übergangen. Bei der letzten Verhandlung am 28. März waren auch der Niederösterreichische Gewerbeverein und der Industriellen-Verband vertreten. Den Mitgliedern der Kommission war es vollkommen unverständlich, dass der vom Magistrat vorgeschlagene Strassenführung, bei der das Lusthaus in einem Abstand von hundert Meter umfahren wird, Schwierigkeiten bereitet werden. Schliesslich hat der vom Bundesministerium für Handel und Verkehr eingesetzte Kommissionsleiter durchleuchten lassen, dass das Finanzministerium auf einem Ankauf der für diese Strassenführung notwendigen Flächen bestehen wird. Es scheint dies eine absichtliche Verschleppung dieser wichtigen verkehrstechnischen und wirtschaftlichen Angelegenheit zu sein. Der Magistrat stellt neuerdings fest, dass er in das grosse Investitionsprogramm die Arbeit der Verlegung der Brigittabrücke nach Simmering aufgenommen hat, was insbesondere bei den Industrieunternehmungen und den Gewerbetreibenden in Simmering und Favoriten lebhaft begrüsst wurde. Der neue Verkehrsweg würde die Gütertransporte zum Handelskai und den Mineralbäländern am Donaustram wesentlich abkürzen. Es kann nur wiederholt werden, dass bezüglich der Strassenführung für den Prater nicht die geringste Gefahr besteht. Die Gemeinde hat auch hier alles getan, um den Prater der Bevölkerung als Erholungsstätte ungeschädelt zu erhalten. Es würde dem Bund vorgeschlagen, die neue Strasse hinter den Eisenbahndamm zu verlegen, der den Prater an seinem südöstlichen Ende durchschneidet. Dadurch wird das grosse, der Erholung der Wiener gewünschte Gebiet überhaupt nicht berührt. Durch die Anpflanzung von Alleebäumen und Strauchwerk soll überdies die neue Strasse maskiert werden. Wenn also diese von den beiden Bezirksvertretungen Leopoldstadt und Simmering einstimmig gewünschte Verlegung der Brigittabrücke verzögert wird, so muss die Gemeindeverwaltung jede Verantwortung ablehnen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o u s e r

115  
Zweite Ausgabe

Wien, Dienstag, den 12. April 1927.

### Die Eröffnung des ersten Hausgehilfinnenheimes der Gemeinde

Im städtischen Bohulgebäude in Mariahilf, Bahlgasse 2, hat die Gemeinde ein Hausgehilfinnenheim mit einer Dienstvermittlung geschaffen. Das Gebäude wurde schon seit längerer Zeit nicht mehr für Bohulzwecke verwendet und eignete sich infolge seiner günstigen Lage vorzüglich für ein Heim für Hausgehilfinnen. In kurzer Zeit wurden die notwendigen Umgestaltungen durchgeführt und ein vorbildliches Heim geschaffen. Es hat drei Stockwerke, in denen sechs Schlafzelle und ein Zimmer für Kranke untergebracht sind. Im Parterre befindet sich die Dienstvermittlung, auch eine Badeanlage und Schreibstube steht den Hausgehilfinnen zur Verfügung. Die Küche ist mit modernen Abwasch- und Warmwasseranlagen ausgestattet.

Heute nachmittags eröffnete Bürgermeister Seitz das neue Heim. Die Feier wurde im festlich geschmückten Speisesaal abgehalten und vereinigte eine grosse Zahl von Gästen. Es waren erschienen Bürgermeister Seitz mit Frau, die leitenden Stadträte Kokada, Richter, Siegel, Speiser, Professor Tanwiler und Siegel, die Nationalrätinnen Boschek und Fopp, Nationalrat Hofer, die Gemeinderätinnen Partisal, Königsleber und Schlögl, viele Gemeindeväter, die Mitglieder der Bezirksvertretung, Sekretär Dr. Palla von der Arbeiterkammer, Oberstadtplanikus Dr. Böhler, Stadtbaudirektor Dr. Masil und die leitenden Beamten des Magistrats und der Bauverwaltung. Die Feier leitete Bezirksvorsteher Stellvertreter Langer mit einigen herzlichem Begrüssungsworten ein, worauf die Vorsitzende des Vereines "Einigkeit" der Hausgehilfinnen Nationalrätin Boschek der Gemeinde für das soziale Hilfswerk dankte und auf die Notwendigkeit solcher Einrichtungen in der Grossstadt verwies. Für die Hausgehilfinnen dankte Frau Toni Platzler dem Bürgermeister für das schöne Heim. Lebhaft begrüsst sprach dann Bürgermeister Seitz: Das Heim der Hausgehilfinnen ist ein neuerliches Zeichen der ungeheuren Entwicklung, die die Fürsorge der Gemeinde Wien genommen hat. Niemand hätte vor zehn Jahren erhofft, dass die Gemeinde eine so grosse Organisation der Fürsorge aufbauen wird, die sich auf alle Menschen vom Kleinsten bis zum Sterbenden erstreckt. Man beschränkte sich damals auf die Fürsorge für die Waisen und Greise. Aber im Grunde genommen war auch das keine Fürsorge, sondern ein Akt der Armenversorgung, im besten Falle der Humanität. Die Fürsorge, wie wir sie meinen, unterscheidet sich von all dem grundsätzlich dadurch, dass sie nicht so sehr dem guten Herzen entspringt, dass sie ein Akt der herablassenden Gutherzigkeit, sondern ein Ausfluss der Erkenntnis von der Notwendigkeit der Solidarität und gegenseitigen Hilfeleistung ist, eine Anerkennung der Pflicht der öffentlichen Verwaltung jedem arbeitenden Menschen in der Zeit der Not zu unterstützen und dadurch die allen dienende Arbeitskraft zu erhalten.

Die Hausgehilfinnen sind unter den schaffenden Menschen die, die erst viel später als andere Berufszweige zu Erkenntnis ihrer Lage gekommen sind und an deren Rechten daher auch zuallererst gedacht hat. Wir mussten es erst durchsetzen, dass Frauen das Wahlrecht im Parlament und in den Gemeinderat bekommen, um auch für die Hausgehilfinnen ein Schutzgesetz zu schaffen. Das Hausgehilfinnengesetz kam erst in der Republik zustande und selbst da hatten wir noch einen heftigen Kampf zu führen, bis das Gesetz erliegt war. Wie schon Frau Natio-

nairätin Boschek gesagt hat, genügt aber gerade bei dieser Schichte der arbeitenden Menschen das Gesetz allein durchaus nicht. Die wirkliche Rechtslage der Hausgehilfinnen, ihre tatsächlichen Lohnverhältnisse werden jeweils von ihrer eigenen Kraft und von den Verhältnissen bestimmt, unter denen der Betreffende Arbeitgeber oder - wie man in alter Zeit sagte - ihre "Herrschaft" lebt. Ich glaube nicht, dass es unter allen arbeitenden und schaffenden Menschen noch eine Schichte gibt, deren individuelle Arbeitsverhältnisse so viel gestaltig und so abweichend von der Gesetzgebung sind, wie bei den Hausgehilfinnen. Die Hausgehilfin bedarf der Fürsorge vor allem in der Zeit der Arbeitslosigkeit. Andere Arbeiter beziehen in dieser Zeit die Arbeitslosenunterstützung und sie bleiben dank dem Mieterschutz wenigstens in ihrem Heim. Die Hausgehilfin aber verliert alles. Nicht nur ihre Existenz, auch den Tisch und den Stuhl, ja selbst die Stätte ihrer Ruhe. Ihr in dieser schweren Zeit beizustehen, sie vor Not, vor Elend, vor dem Verlust ihrer Lagerstätte zu schützen, ist nicht ein Akt der Humanität, das ist eine Pflicht der Allgemeinheit. (Zustimmung). Wir werden daher im Parlament den Kampf um die Arbeitslosen - und um die Altersversicherung der Hausgehilfinnen fortsetzen und in der Gemeinde noch mehrere solcher Heime schaffen. (Beifall). Wir haben jetzt schon ein zweites Gebäude erworben, das wir entsprechend umgestalten und den Hausgehilfinnen zur Verfügung stellen werden. Diese Fürsorge wird fortzusetzen sein, bis zu dem Tag, an dem jede Hausgehilfin, in der Zeit der Arbeitslosigkeit, nicht weit ihrer Familie Unterkunft findet, eine Heimatstätte zur Verfügung steht. Sie wird eine Stätte der Solidarität, der Liebe, der Freundschaft sein, eine Stätte, an die man immer gern zurückdenkt. Vor allem aber soll die Hausgehilfin nicht immer das Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Obdachlosigkeit vor sich sehen, denn dieses Schreckgespenst ist ja auch mit die Ursache, wenn die Arbeits- und Lohnverhältnisse oft schlecht sind. Wir geben dem Schutzgesetz erst Leben, indem wir diese Heime schaffen.

Die Mädchen werden sich nach ihren eigenen Ideen, nach ihrer Organisationsgabe diese Heime gestalten. Ihre Gewerkschaft selbst wird darüber entscheiden, was hier Gutes und Schönes geschehen soll. In diesem Sinne erkläre ich das Heim für eröffnet und übergebe es den Hausgehilfinnen mit dem Wunsch, dass sie sich hier wohl fühlen, dass sie das Heim immer in guter Erinnerung behalten, dass es immer als eine Stätte der Fürsorge, der Freundschaft, der Solidarität arbeitender Frauen sei. (Stürmischer Beifall)

Als der Bürgermeister geendet, sprach die Hausgehilfin Brauner ein Gedicht, das die soziale Lage des Hauspersonals behandelt. Die Gäste besichtigten dann die Räume des Heimes und waren von den Einrichtungen hoch befriedigt. Das erste Hausgehilfinnenheim der Gemeinde wird 88 Hausgehilfinnen eine Unterkunft bieten. Es ist bereits zum grössten Teile besetzt.

Wien, Mittwoch, den 13. April 1927.

135.000 Wäschestücke für Säuglinge. Um die Beteiligung Mütter mit Säuglingswäsche klaglos durchführen zu können, hat der Wiener Magistrat vorerst dreitausend Wäschepakete bestellt. Die mit der Herstellung betrauten Firmen haben dadurch eine sehr erwünschte Beschäftigung bekommen. Das gemeinderätliche Textilkomitee, dem die Auswahl obliegt, hat die Anschaffung von 72.000 Windeln, dreitausend Säuglingsdecken, sechstausend Gummieinlagen, sechstausend Flaneln, dreitausend Badetüchern und dreitausend Tragkleidchen beschlossen. Das ist aber nur ein Viertel des voraussichtlichen Jahresbedarfes. Die Besorgnisse einzelner Wäschekleinhändler, dass ihnen durch die Beteiligung der Frauen durch die Gemeinde, die Kundschaft weggenommen werde, werden sich in der Praxis als unbegründet erweisen. Jene Frauen, denen durch die Beistellung der Ausstattung für den Säugling eine Erleichterung geboten wird, werden voraussichtlich eben einen anderen, längs notwendigen und ohne die Hilfe der Gemeinde sonst unausführbaren Wäscheinkauf besorgen. Schon jetzt konnten die mit der Ueberbringung der Säuglingspakete vom Bürgermeister beauftragten Frauen, die freudigen Aeusserungen vernehmen, dass das Ersparnis bei der Säuglingswäsche neben der besseren Ernährung der stillenden Mutter auch die für gut dringliche, aber immer wieder verschobene Anschaffung von Bettwäsche ermögliche. Was den Geschäftsleuten also scheinbar entgeht, kommt auf der anderen Seite wieder herein. Zudem finden hunderte Arbeiter, die sonst feiern müssten, bei der Herstellung der Säuglingswäsche lohnende Beschäftigung; sie erlangen damit jene Kaufkraft, die den Arbeitslosen mangelt. Auch das setzt sich selbstverständlich in Konsum um, nicht zuletzt in dem von Wäsche. Bis zum heutigen Tag hat die Gemeinde an 800 Wöchnerinnen die Säuglingswäsche warentgeltlich abgegeben.

Zunahme der Hausgehilfen in Wien. Die Wiener Hauspersonalabgabe wurde mit Gesetz vom 4. August 1920 beschlossen, und ist am 6. Oktober 1920 in Kraft getreten. Damals gab es in ganz Wien 5233 Haushalte mit mehr als einer Hilfsperson. Für 7447 männliche und weibliche Personen war die Hauspersonalabgabe zu entrichten. Entgegen allen anders lautenden Behauptungen kann festgestellt werden, dass die Entwicklung keine rückgängige, sondern vielmehr eine aufsteigende ist. Die Zahl der abgabepflichtigen Haushalte ist von 5233 im Oktober 1920 auf 7256 Ende 1926 gestiegen. Dementsprechend weist auch der Stand des verwendeten Hauspersonals eine Zunahme von rund 2100 auf. Im Oktober 1920 war die Hauspersonalabgabe nur für 7447 Personen zu entrichten, während diese Zahl Ende 1926 auf 9524 gestiegen ist. Innerhalb der Abgabegruppen sind Veränderungen zu verzeichnen, die auf die Wirkungen der missglückten Spekulation, der Börsenkrise, des Bankenkrauchs zurückzuführen sind. Eine ganze Reihe von Bankdirektoren, die 1923 und 1924 noch mit acht bis zehn Hausgehilfen und Hausgehilfinnen bei der Steuerbehörde verzeichnet waren, sind nun aus der Steuerliste vollständig verschwunden. Diese Leute haben eben abgewirtschaftet und können sich Hauspersonal überhaupt nicht mehr halten. Gegenüber 1920 ist eine bedeutende Vermehrung der Haushalte mit zwei Hausgehilfinnen zu verzeichnen. Die für das Halten der zweiten Hausgehilfin entfallende Abgabe von fünfzig Schilling jährlich spielt tatsächlich im Vergleich zu den Kosten, die zwei Hausgehilfinnen an Verpflegung und Lohn dem Haushalt verursachen, gar keine Rolle. Für die erste Hausgehilfin ist bekanntlich keine Steuer zu entrichten. Jedenfalls zeigt diese Gegenüberstellung, die auf den amtlichen Daten des Magistrates beruht, einwandfrei, dass seit der Einführung der Hauspersonalabgabe kein Rückgang, sondern sogar ein Ansteigen des beschäftigten Hauspersonals eingetreten ist.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 147  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 13. April 1927 (Zweite Ausgabe)

Ermässigung der Gebühren für die Stadtbahntrafiken. Die Gemeinde Wien hat anlässlich der Elektrifizierung der Stadtbahn die neuerrichteten Trafiken in den Stationen nur an Kriegsgeschädigte oder deren Witwen vergeben. Die Gebühren für die Benützung dieser Trafiken wurden in der gleichen Weise festgesetzt, wie dies bei den Bundesbahnen geschieht. Heute sprach nun bei Vizebürgermeister Emmerling eine Abordnung des Landesverbandes Wien der Kriegsinvaliden bestehend aus dem Präsidenten Brandeis, dem Obmann des Verbandes der Kriegsblinden Hirsch, dem Obmann der Fachgruppe der Kriegsgeschädigten Trafikanten Uscher und der Sekretärin Dworschak vor. Die Abordnung ersuchte den Vizebürgermeister als amtsführenden Stadtrat für die städtischen Unternehmungen mit Rücksicht auf die gegenwärtige schlechte wirtschaftliche Lage um eine Herabsetzung dieser Gebühren. Durch die Gleichstellung mit den Trafiken bei den Bundesbahnen ergebe sich gegenüber den Gebühren für Trafiken in den städtischen Neubauten, eine gewisse Härte. Vizebürgermeister Emmerling erklärte, dass die Gemeinde bereit sei die gegenwärtige Berechnungsmethode, die auf dem Umsatz aufgebaut ist, zu ändern und jene Gebühren einzuziehen, die für Trafiken in Gemeindehäusern zu entrichten sind. Dadurch werde sich allein schon eine grosse Ermässigung ergeben. Die Direktion der Strassenbahn werde Berechnungen vornehmen und dazu auch Vertreter der Kriegsinvaliden beiziehen. Die Abordnung dankte für das Entgegenkommen, insbesondere aber für den seinerzeitigen Beschluss der Gemeinde, dass diese Stadtbahntrafiken nur an Kriegsinvalide vergeben werden dürften, weil dadurch einer grossen Zahl von bedauernswerten Kriegsoffizieren die Existenzmöglichkeit geboten worden ist.

Dienstesabzeichen für die Beamten der Steuerrevisionsstelle. Der Magistrat hat für die Beamten, die bei der Revisionsstelle für Gemeindeabgaben den Aussendienst versehen, neue Dienstesabzeichen eingeführt. Die Aussenseite dieser Abzeichen trägt eine weisse Emailurrahmung, die in schwarzen Lettern die Bezeichnung: Magistrat der Bundeshauptstadt Wien aufweist. In der Mitte ist das Wappentier und auf rotem Feld mit weissen Kreuz das Wappen selbst angebracht. Die Rückseite zeigt die Nummer und die Bezeichnung: Revisionsstelle für Gemeindeabgaben. Die Verwendung der alten Dienstesabzeichen wurde bereits eingestellt. Es ist wiederholt vorgekommen, dass Personen unter Annahme eines Amtscharakters versucht haben, in Betrieben oder bei Unterhaltungen Revisionen vorzunehmen. Der Magistrat macht daher aufmerksam, dass neben der Legitimation auch das erwähnte neue Abzeichen unbedingt vorzuzeigen sind.

Trostlose Lage der österreichischen Provinzbühnen. Unter dem Vorsitz des Theaterreferenten der Stadt Innsbruck tagte heute in Sitzungsaal des Bühnenvereines eine Versammlung der Theaterreferenten aller österreichischen Provinzbühnen. Einmütig wurde berichtet, dass die Provinztheater, an die in künstlerischer Beziehung stets steigende Anforderungen gestellt werden, in schwerer finanzieller Bedrängnis sind. Es wurde abermals hervorgehoben, dass nur eine Subvention dieser Bühnen durch den Bund diese triste Lage bessern könnte. Bereits im Vorjahre haben die österreichischen Städte durch ihre Organisation, dem Städtebund, bei der Regierung ein diesbezügliches Ansuchen gestellt. Es wurde eine Bundessubvention von 700.000 Schilling für alle Provinzbühnen verlangt. Auf Antrag des Vizebürgermeisters Lackner (Salzburg) wurde beschlossen, dem Bundeskanzler die Lage der Provinztheater zu schildern und die Notwendigkeit einer Bundessubvention zu begründen. Die Versprache beim Bundeskanzler wird morgen Donnerstag vormittags erfolgen.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:  
Karl H e n a y

118

Wien, Donnerstag, den 14. April 1927

Halber Fahrpreis für Jugendwanderer auf den Bundesbahnen. Vor zwei Jahren hat das Bundesministerium für soziale Verwaltung die Fahrpreisermäßigung für Jugendwanderer eingestellt. Dem Beispiel ausländischer Bahnverwaltungen folgend hat dann die Generaldirektion der österreichischen Bundesbahnen nach längeren Verhandlungen mit dem Wiener Jugendhilfswerk eine Fahrpreisermäßigung vor einem Drittel der vollen Fahrtkosten gewährt. Nur Schnellzüge durften nicht benützt werden. Infolge der fortgesetzten Fahrpreissteigerungen war jedoch diese Art der Fahrpreisermäßigung nicht wirksam genug, um die Jugendwanderbewegung entsprechend zu fördern. Das Wiener Jugendhilfswerk hat deshalb Verhandlungen zur Erreichung des halben Fahrpreises angekündigt und nunmehr einen vollen Erfolg erzielt. Die Generaldirektion der Bundesbahnen hat dem Wiener Jugendhilfswerk gegen Besichtigung einer größeren Fauschalsworte, die Ermächtigung erteilt, den Jugendwandervereinen Anweisungen für Fahrten zum halben Fahrpreis auszustellen. Es wurde auch die Benützung von Schnell- und D-Zügen gestattet. Das Alter der benützungsberechtigten Jugendlichen wurde mit zwanzig Jahren festgesetzt. Durch diese Vereinbarung wird es der Wiener Jugend ermöglicht, in der schönen Jahreszeit billige Wanderfahrten zu genießen.

Grazer Studenttag im Wiener Rathaus. Seit einigen Tagen sind in Wien ungefähr sechzig Studenten der Grazer Technik unter Führung des Professors Jagg, um hier verschiedene Einrichtungen, insbesondere auch Schöpfungen der Gemeindeverwaltung, zu studieren. Heute vormittags wurden die Gäste im Rathaus empfangen. Im Sitzungssaal des Stadtrats hielt Baudirektor Ingenieur Dr. Musil einen Vortrag über die städtischen Einrichtungen, wobei er insbesondere den kommunalen Wohnhausbau ausführlich erörterte. Professor Jagg dankte für die Ausführungen und für das Entgegenkommen der Gemeindeverwaltung bei den Führungen in Gemeindefeinrichtungen. Die Gäste besichtigten heute und morgen verschiedene Gemeindebauten, das Anollenbad, die Friedensbrücke, die Kinderübernahmestelle und die Lehrwerkstätten des Wiener Fortbildungsschulrates. Am Freitag wird die Rückreise nach Graz erfolgen.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte gestern amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Ignaz und Katharina Jokel, Adolf und Regina Pollitzer, Leopold und Karoline Schöffel und Josef und Franziska Steinhauser anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehegabe der Stadt Wien.

Wien, am Freitag, den 15. April 1927

.....  
Eröffnung der Zweiganstalt Mariahilf-Neubau der Zentralsparkasse Bürgermeister Seitz wird am Mittwoch um fünf Uhr nachmittags die in der Mariahilferstrasse 70 errichtete Zweiganstalt der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien eröffnen.

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte gestern amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaarern Thomas und Theresia Cerveny und Ferdinand und Marie Hainz anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Stadt Wien.

.....  
Strassenbahnfahrpreis am Ostermontag. Auf der Strassenbahn und elektrischen Stadtbahn wird am Ostermontag der Sonntagsfahrpreis eingehoben. Es können deshalb an diesem Tag die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine nicht benützt werden.

.....  
Die Kunstpreise der Stadt Wien. Die Gemeinde wird auch im Jahre 1927 für hervorragende Werke der Musik, der Dichtkunst und der bildenden Kunst (Malerei, Bildhauerei und Architektur) Kunstpreise widmen. Die Preise wurden mit je dreitausend Schilling für jedes der drei Kunstgebiete festgesetzt. Die Preisuerkennung sollte bereits am 1. Mai erfolgen. Die Jury kann aber ihre Arbeiten bis zum 1. Mai nicht beenden, weshalb die Zuerkennung der Preise erst gegen Ende Mai erfolgen wird. Der Jury gehören an: Leo Perutz, Schriftsteller, Dr. Stefan Hock, Privatdozent und Dr. Rudolf Beer, Direktor des Deutschen Volkstheaters (Dichtkunst); Robert Heger, Professor, Kapellmeister der Wiener Staatsoper, Dr. Eusebius Mandyczewski, Professor an der Hochschule für Musik, Paul Klenau, Direktor der Singakademie (Musik) und Rudolf Bacher, Professor der Akademie der bildenden Künste, Karl Stemolak, akademischer Bildhauer und Professor Dr. Peter Behrens (bildende Kunst).

.....  
Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen an Stelle der Gasbeleuchtung die elektrische Strassenbeleuchtung in folgenden Bezirken einzuführen: Innere Stadt: Maysedergasse, Krugerstrasse, Akademiestrasse bis Ring, Leopoldstadt: Grosse Schiffgasse, Alsergrund: Servitengasse, DBbling: Pantsergasse, Sommergasse, Guneschgasse und Glatzgasse, Floridsdorf: Donaufelderstrasse.

.....  
Wie erfährt man die Wahllokale? Der Magistrat hat nun in jedes Haus eine Drucksache zustellen lassen, aus der zu ersehen ist, wo das Wahllokal für dieses Haus sich befindet. Dieser Zettel muss an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen Stelle (Hausflur usw.) angebracht werden. Er darf erst nach dem 24. April weggenommen werden. Der Magistrat macht aufmerksam, dass die Unterlassung der Anbringung oder das vorzeitige Entfernen dieser Ankündigung mit Geldstrafen bis zu hundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen belegt wird.

.....

Wien, Samstag, den 16. April 1927.

Wien wirbt für Wien.Die grosse Aktion der Fremdenverkehrskommission.

Die Nachricht, dass die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich sich in den nächsten Tagen mit einem Aufrufe an die Bevölkerung wenden wird, in dem jeder Wiener aufgefordert wird, mindestens einen auswärtigen Freund auf die Festwochen und damit auf Wien und Niederösterreich aufmerksam zu machen, hat in allen Kreisen lebhaften Widerhall gefunden. Zum erstenmale ergeht an die Bevölkerung einer Grossstadt der Ruf, Beziehungen persönlichster Art in den Dienst einer grossen Fremdenverkehrsaktion zu stellen. In den letzten Tagen sind wiederholt Anfragen ausländischer Fremdenverkehrsorganisationen eingelaufen, die um eine Darstellung des neuen Systems ersuchen, das der Fremdenverkehrswerbung neue wirksame Wege zu eröffnen verspricht Gerade für die Fremdenverkehrsbilanz Wiens, das so lange Zeit der Mittelpunkt eines grossen Reiches war und infolgedessen über zahlreiche Beziehungen zu den Nachbarstaaten verfügt, kam diese Aktion von ausschlaggebender Bedeutung werden.

Nicht nur in den Kreisen der Industrie, des Handels und des Gewerbes, die zu auswärtigen Geschäftsfreunden zahlreiche Beziehungen haben, findet die Anregung der Fremdenverkehrskommission lebhaftes Interesse, sondern auch bei allen jenen, die in den Bundesländern oder im Auslande Freunde, Verwandte und Bekannte wissen. Ganz besondere Unterstützung findet die Aktion bei jenen jungen Wienern, die in der Nachkriegszeit als Pflegekinder im Auslande gewohnt haben. Diesbezüglich ist auch bereits ein besonderer Erfolg zu verzeichnen: die holländischen Pflegeeltern werden über eine Intervention des Vertreters der Bundesbahnen in Utrecht, Tulp, ihre ehemaligen Pfleglinge korporativ anlässlich der Festwochen besuchen.

Die Wiener bringen "ihre" Fremden.

Ab 25. April, dem Tage nach den Wahlen, werden zwölftausend Pfadfinder, Mitglieder des Oesterreichischen Pfadfinderbundes, in sämtlichen Haushalten Wiens die Aufrufe anbringen. Die Anbringung erfolgt im Einvernehmen mit dem Zentralverband der Hausbesitzer und mit den Organisationen der Hausbesorger, dem Zentralverein der Hausbesorger und Portiere, dem Ersten christlichen Hausbesorger- und Portierverein und dem Reichsverein der Hausbesorger und Portiere. Gleichzeitig werden die Pfadfinder den Hausbesorgern Werbebriefe überreichen, die dazu bestimmt sind, von den Parteien der betreffenden Häuser an deren auswärtige Freunde verschickt zu werden.

Die Werbebriefe.

Die Werbebriefe enthalten eine Reihe von Abbildungen aus Wien und seiner Umgebung, so Ansichten des Rathauses, des Burgtheaters und der Oper, der Karlskirche, des Schubert- und des Beethoven-Denkmal, des Amalienbades, der Ruine Aggstein, des Stiftes Melk, der Raxseilbahn, des Strandbades in Baden u. a. w.

Der Text der Werbebriefe lautet:

"Wiens Freunde in aller Welt werden zu den Festwochen in Wien und Niederösterreich, 5. bis 19. Juni 1927 herzlich eingeladen! Waren

Sie nicht schon längst entschlossen, wieder einmal nach dem schönen Wien in dem sich alte Kultur und neue Tatkraft zum Bilde der liebenswertesten Grossstadt vereinen und nach dem anmutigen Niederösterreich, den Lande der Berge und Burgen zu kommen? Gute Gelegenheit zu diesem Besuche bieten die Festwochen, für deren Teilnehmer bedeutende Fahrpreisermäßigungen und eine Reihe anderer Begünstigungen gelten. Wiener Musik, Wiener Theater, Wiener bildende Kunst und Wiener Sport rüsten zu grossartigen Darbietungen erlesener Art, um die Gäste der Festwochen zu ehren. Wien und seine Umgebung und alle, die hier leben, laden Sie ein, zu den Festwochen hieher zu kommen. Als lieber Freund aus der Fremde sind Sie herzlich willkommen! Für Unterkunft und Verpflegung stehen sowohl in Wien als auch in Niederösterreich den Festgästen Hotels, Gasthöfe und Pensionen in jeder Preislage zur Verfügung. Nehmen Sie diese Mitteilung als ein Zeichen dafür hin, dass man hier an Sie denkt und sich freuen wird, Sie bei den nahenden Festen in Wien und Niederösterreich zu sehen!

Da nicht daran gedacht ist, dass der Fremde, der durch diese Aktion zu einem Besuche der Festwochen veranlasst wird, hier von seinem Wiener Freund etwa verpflegt oder beherbergt wird, enthält jeder Werbebrief auch einen deutlichen Hinweis auf die Unterkunfts- und Verpflegungsmöglichkeiten in den Hotels und Pensionen.

Uebrigens sind in den Werbebriefen auch die Begünstigungen für die Besucher der Festwochen, so die Fahrpreisermäßigung auf den Bahnen, die Aufhebung des Passivums für Festteilnehmer u. a. w. angeführt. Selbstverständlich erfolgt die Abgabe der Werbebriefe durch die Hausbesorger an das Publikum kostenlos.

Berlin studiert das Amalienbad. Die Einrichtungen des städtischen Amalienbades wurden wiederholt in der Berliner Stadtverordnetenversammlung besprochen. Auch Berlin will eine ähnliche Badeanstalt schaffen. In dieser Woche hat nun eine Abordnung bestehend aus dem Bürgermeister von Berlin-Charlottenburg, Fritz Schneider, den Städtörtern Karl Valdmann

Dr. Kurt Gordan und Gustav Bösel das Amalienbad und mehrere andere städtische Badeanstalten eingehend besichtigt. Die Mitglieder der Abordnung waren insbesondere überrascht von der zweckmässigen Einrichtung der Kinderfreibäder und erklärten, dass nunmehr auch in Berlin solche Bäder errichtet werden. Das Amalienbad selbst erregte bei den Gästen ungeteilte Bewunderung; insbesondere die grosse Schwimmhalle mit dem zu öffnenden Dach und den Sprungvorrichtungen wurde als Nachahmenswert für alle Grossstädte erklärt. Die Führung der Abordnung leitete Oberstadtbaurat Ingenieur Barousch.

Der Bahnhofrundverkehr wird abgelenkt. Wegen Gleisarbeiten auf dem Wiener Gürtel wird die Bahnhofrundlinie von Dienstag bis einschliesslich Samstag zwischen Matsleinsdorferplatz und Favoritenplatz über die Gudrunstrasse-Kepplerplatz-Favoritenstrasse geführt. Diese vorübergehende Linienführung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Keine Sitzung des Stadtsenates. Der Wiener Stadtsenat hält in der kommenden Woche keine Sitzung ab.

## RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur  
Karl H o n a y

151  
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 16. April 1927.

### Grosse Arbeitsvergebungen durch die Gemeinde Wien.

#### Für vierzehn Millionen Schilling Arbeitsaufträge im März.

Die Gemeindeverwaltung hat auch im März sehr umfangreiche Aufträge an die heimische Industrie und die Wiener Gewerbetreibenden vergeben. Der Gesamtbetrag, den die Gemeinde für diese Aufträge und Lieferungen zu entrichten haben wird, ist rund vierzehn Millionen Schilling. Im Februar wurden bekanntlich für nahezu zwanzig Millionen Schilling Arbeitsaufträge vergeben. Von den Bestellungen im März sind insbesondere hervorzuheben: Ein Auftrag auf Lieferung von dreizehn Millionen Ziegel für die städtischen Wohnhausbauten, wodurch der heimischen Ziegelindustrie die erwünschte Beschäftigung gesichert ist, die Bestellung von neunzigtausend Quadratmetern Gips-schlackenplatten, von viertausend Quadratmeter Korksteinplatten, von hunderttausend Stück Klinkerziegel, von fünftausend Tonnen Baugips und von zwanzigtausend Quadratmetern Fensterglas. Sehr nennenswerte Aufträge erhielten ferner die Bauschlossereien, das Spenglergewerbe, die Zimmerwaler, Bautischler, Baumeister und alle übrigen mit dem Wohnhausbau zusammenhängenden Industrien. Auch die jetzt einsetzenden Strassenherstellungen brachten einer Reihe von Industrien grosse Aufträge. So wurde allein für die Oelung der Strassen ein Auftrag von 1,3 Millionen Schilling vergeben und dazu kommen noch grosse Bestellungen von Pflastersteinen. Auch die Ausbesserung der Kanäle ergab bedeutende Aufträge, ebenso die Ausgestaltung des Betriebes der städtischen Wasserleitungen. Die Errichtung von drei neuen Kinderfreibädern sicherte einer grossen Zahl von Gewerbetreibenden Arbeit und Verdienst. Im März wurde auch eine Bestellung auf fünfhundert Gartenbänke vergeben und die Installationsgewerbe mit umfangreichen Arbeitsaufträgen für die öffentliche elektrische Strassenbeleuchtung versehen.

Auch die städtischen Unternehmungen haben im vergangenen Monat sehr bedeutende Lieferungen an Industrie und Gewerbe vergeben. Diese Aufträge sind in den erwähnten Beträgen nicht enthalten.

Beethoven in Amerika. Aus New York wird berichtet: Im Konzertsaal des Warenhauses Wanamakers fand die erste Aufführung eines Wiener Beethovenfilms statt. Die Aufführung wurde auf Anregung der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich abgehalten. Die Eröffnungsrede hielt Professor William R. Shepherd von der Columbia Universität, auf sie folgte die Aufführung eines Streichquartettes von Beethoven. Bürgermeister Seitz hatte in einer ausführlichen Depesche das mehr als dreitausend Personen zählende Publikum begrüsst. Unter lebhaftem Beifall wurden insbesondere jene Stellen der Depesche verlesen, die darauf hinweisen, dass die Beethovenstadt Wien sich freuen wird, im bevorstehenden Sommer so viele amerikanische Gäste zu begrüssen.

Wieder direkte Zufahrt zum Kobenzl. Die Arbeiten zur Behebung der Rutschung des Berghanges, an dem die Serpentinenstrasse zum Kobenzl führt, sind nun abgeschlossen. Es können nunmehr die Automobile wieder die Strasse benutzen.

Wien, Dienstag, den 19. April 1927.

Tagung österreichischer Psychotechniker. Bereits im Oktober 1926 fanden sich über Anregung des Berliner Universitäts-Professors Rupp die österreichischen Psychotechniker zu einer zweitägigen Aussprache über die neuesten Forschungen und Erfahrungen auf dem Gebiete der Psychotechnik zusammen. Da diese Zusammenkunft allen Teilnehmern ausserordentlich wertvolle Kenntnisse vermittelte und Anregungen bot, entstand naturgemäss der Wunsch nach einer Wiederholung einer solchen Aussprache, dem auch Professor Rupp in entgegenkommender Weise Rechnung trug.

Ueber seine Einladung versammelten sich daher am 11. April Vertreter fast aller an der Entwicklung der Psychotechnik interessierten Kreise wieder zu einem solchen Gedankenaustausch, wofür das Rektorat der technischen Hochschule in liebenswürdiger Weise einen Hörsaal der Bauschule an zwei Nachmittagen zur Verfügung stellte.

Professor Rupp, der wieder den Vorsitz inne hatte, hob in seinen einleitenden Worten die Bedeutung, welche die Psychotechnik heute für das praktische Leben bekommen habe und die Wichtigkeit, die in der gegenseitigen Verständigung der beteiligten Kreise, vor allem der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gelegen sei, hervor. Er war es auch, der den Reigen der Vortragenden mit dem Referate "Rationalisierung in der Textilindustrie" eröffnete. Er suchte an einer Reihe von Beispielen aus der Textilindustrie zu zeigen, dass es gelungen sei, durch zweckmässige Gestaltung des subjektiven Arbeitsverfahrens, durch zweckentsprechende Ordnung auf dem Arbeitsplatze und durch die richtige Wahl von "Antrieben" bei der Arbeit einerseits die Leistung wesentlich, in manchen Fällen bis zu fünfzig Prozent zu steigern, andererseits aber auch den Verdienst zu heben, wofür aber die Arbeit sicher nicht erschwert oder forsiert wurde.

Der Leiter des psychotechnischen Institutes der Industriellen Bezirkskommission Wien, Ingenieur Hackl, sprach als zweiter Referent über den "Versuch einer Eignungsprüfung für Innensolonisten". Er berichtete, dass für die von Bundesministerium für Landwirtschaft eingeleitete Kolonisation im Ransbachgraben bei Pressbaum von vierzig "Kolonien in der Heimat" vierzig Leute, die fast zu gleichen Teilen Arbeiter, Bauern und Intelligenzkreisen entstammten, vorgeschlagen wurden, aus denen nun die für die Kolonisationsarbeit besonders Geeigneten auszuwählen waren. Die Vorgeschlagenen wurden zuerst von Professor Stiegler an der Hochschule für Bodenkultur auf ihre körperliche Eignung untersucht, woran sich eine psychotechnische Eignungsprüfung schloss. Die Richtlinien für diese Prüfung wurden von der I.B.K. in Einvernehmen mit den landwirtschaftlichen Fachkreisen aufgestellt. Die von Vortragenden besprochenen und gezeigten Tests zeichneten sich durch besondere Einfachheit aus, bezwecken die Prüfung von Entschlusskraft und praktischer Intelligenz und sollen vor allem auch ein Bild über die psychische Ausdauer der Geprüften geben. Als Bestqualifizierte wurden zwölf Menschen unter den vierzig Vorgeschlagenen festgestellt, die merkwürdigerweise sich wieder zu gleichen Teilen auf die Kreise der Arbeiter, Bauern und der Inhaber von Intelligenzberufen verteilten.

Am 12. April - dem zweiten Tage der Aussprache - fand vormittags eine Besichtigung und Demonstration im Prüfraum der Wiener städtischen Strassenbahnen statt, wo die Gemeinde Wien nach längeren sorgfältigen Vorstudien nunmehr endgültig ausgestaltete Eignungsprüfungen für Fahrer vorant, die den Besuchern erläutert und auch durchgeführt wurden. Nachmittags konnten die Tagungsteilnehmer auch den

Rektor der technischen Hochschule Hofrat Professor Ingenieur Seidler in ihrer Mitte begrüssen. Auf die Begrüßungsworte Professor Rupp erwiderte der Rektor mit einer kurzen Ansprache, in der er seiner Genugtuung über die streng wissenschaftliche Art, in der dieses neue Wissensgebiet betrieben wird, Ausdruck gab und den Wunsch nach weiterer erfolgreicher Gedeihen dieses heute für Theorie und Praxis schon unentbehrlichen Gebietes der Betriebswissenschaften aussprach.

Als erster Referent sprach am zweiten Tage der Lehrer an den Um- und Nachschulungskursen der I.B.K. Wien Herr Stefanie-Allmeyer über "Vorschläge zur Korrelationsberechnung". Er berichtete über eine neue, von ihm ersonnene Methode zur bequemen und praktischen Bestimmung der Korrelation d.h. des Uebereinstimmungsgrades zwischen zwei Rangreihen z.B. der Rangreihe aus der Eignungsprüfung und der Rangreihe aus der praktischen Bewährung innerhalb eines bestimmten Zeitraumes. Er gelangte zu einer mathematischen Formel, die eine Vereinfachung gegenüber den bisherigen Berechnungsverfahren ergäbe.

Nach ihm betrat Bürgerschullehrer Machacek das Vortragepodium, der über "Schülerbeschreibungen" referierte. Er ging von den Untersuchungen aus, die Bracken in Jena mit den Wiener Schülerbeschreibungsbogen gemacht hat und bei denen es sich ergeben hat, dass eine freie Persönlichkeitschilderung ein in jeder Hinsicht günstigeres Bild gibt, als die Beantwortung nach einem vorgelegten Fragenchema. Der Vortragende entschied sich aber nicht für die freie Schilderung sondern schlug auf Grund seiner Erfahrungen mit dem Wiener Schülerbeschreibungsbogen und seiner mit den Krankengeschichten an der heilpädagogischen Abteilung der Wiener Kinderklinik gemachten Beobachtungen vor, in die Beschreibung nur Tatsachen hineingehen, aus denen sich dann jeder (Lehrer, Berufsberater, Betriebsingenieur etc.) je nach Bedarf selbst das für ihn entscheidende Bild formen kann. Will man aber ein zusammenfassendes Persönlichkeitsbild geben so müsste sich dieses nicht nur auf den Tatsachenbericht sondern auch auf die Intelligenzkurve nach Lazar-Tressel aufbauen.

Mit der Tagung war auch eine Ausstellung psychotechnischer Prüfmittel, Ergebnistafeln u.dgl. verbunden, die aus dem Institut Professor Rupp von der I.B.K. und vom Ausschuss für wirtschaftliche Betriebsführung beschriftet worden war.

Den erstatteten Referaten schloss sich an beiden Tagen eine rege Diskussion an, in deren Verlauf unter anderem das Problem der Prüfung der physischen Ausdauer durch Ergographen, der Monotonie, der Zwangsläufigkeit und des Rythmus der Arbeit durchgesprochen wurde. Ingenieur Stübchen-Kirschner der I.B.K. Wien betonte unter anderem die Wichtigkeit der Fortführung der Schülerbeschreibung über das schulpflichtige Alter hinaus. Sektionschef Dr. Kauer besprach den Zusammenhang zwischen Schülerbeschreibung und Berufsberatung und wies diesfalls auf die bei den Berufsütern der I.B.K. Wien mit Erfolg verwendeten Schulfragebogen hin. Er gibt auch seiner besonderen Befriedigung über die Forderung des Referenten Machacek nach Aufstellung der Intelligenzkurve nach Lazar-Tressel Ausdruck, deren Wert seines Erachtens nach noch nicht im ausreichenden Masse erkannt sei. Die lebhaften und weit ausholenden Wechselreden nachden Referaten brachten es leider mit sich, dass eine Reihe weiterer angekündigter Vorträge wie "zur Problem der sinnfälligen Bewegungen" von Aueriath, "Antriebe zur Arbeit" von Rupp und "Untersuchungen über das Intelligenzniveau verschiedener Berufe" von Hackl wegen Zeitmangels nicht mehr gehalten werden konnten.

Die diesmalige Tagung schloss über Anregung Professor Rupp's mit der per acclamationem erfolgten Wahl eines Aktionskomitees, das

Die Aufgabe gesetzt ist, nicht nur alle an der Entwicklung der Psychotechnik interessierten Kreise zu erfassen, sondern auch die Gefühls eines Vereines der österreichischen Psychotechniker vorzubereiten, der dann die Öffentlichkeit zu regelmäßigen Tagungen anzuregen und an dieser Stelle Herrn Professor Rupp's Gedanken, der als erster die regelmäßigen Tagungen in deutscher und österreicher Sprache zu betreiben vorgeschlagen hat, in seinen Bemühungen zu unterstützen.

Wien, Dienstag, den 19. April 1927.

Die Kleinrentneraktion der Gemeinde. Die von der Gemeinde geplante Aktion zugunsten solcher Kleinrentner, die seinerzeit Anleihen der Gemeinde Wien erworben haben, wird erweitert werden. Durch den ursprünglich in Aussicht genommenen Stichtag vom 1. November 1918 würden Personen ausgeschlossen bleiben, die sich an der Zeichnung der gerade im November 1918 herausgebrachten Lebensmittelanleihe im Ausmasse von 250 Millionen Kronen beteiligt haben. Diese Absicht besteht nicht. Das Anleihen ist zwar schon nach dem Zusammenbruch und zu einer Zeit erfolgt, in der die Krone nicht vollwertig war, doch soll berücksichtigt werden, dass die Zeichner gerade dieser Anleihe bereit gewesen sind, der Gemeinde für Notstandsarbeiten und die Lebensmittelbesorgung Geld zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grunde wird eine entsprechende Hinausschiebung des Stichtages über die damalige Zeichnungsfrist erfolgen, die vom 19. bis 25. November 1918 gelaufen ist.

#### Grosse städtische Aufträge an die Konfektionsindustrie.

##### Um mehr als sechs Millionen Schilling.

Die Gemeindeverwaltung benötigt für ihre Angestellten sehr grosse Mengen von Erzeugnissen der Textilindustrie und des Bekleidungsgebietes. In den grossen Wohlfahrtsanstalten und in den städtischen Unternehmungen, ergibt sich im Laufe eines Jahres ein gewaltiger Bedarf an Wäschesorten, Monturen und den verschiedensten Gegenständen der Konfektionsindustrie. So hat der Magistrat ohne Unternehmungen für das Jahr 1927 Aufträge an die Bekleidungs- und Textilindustrie von 4,2 Millionen Schilling vergeben. Davon entfallen mehr als eine halbe Million Schilling auf die Dienstkleider für städtische Angestellte, rund 900.000 Schilling auf Bettwäsche und Betteinrichtungen in den städtischen Wohlfahrtsanstalten und mehr als 700.000 Schilling auf Dienstanzüge für die Aerzte, Schwestern u. s. w. in den städtischen Humanitätsanstalten. Wolle und Strickwaren für den Handfertigkeitunterricht an den städtischen Schulen und die Bestellung von bisher dreitausend Säuglingsgarnituren ergeben sehr beträchtliche Aufträge an die Textilindustrie. Die Gemeinde ist auch ein grosser Schuhkonsument. Es beträgt die Ausgabe für Schuhe, ausschliesslich die städtischen Unternehmungen, mehr als eine halbe Million Schilling für das Jahr 1927. Sehr gross ist auch der Textilien-Bedarf bei den städtischen Unternehmungen. Die Strassenbahn allein hat einen Jahresbedarf von einhalb Millionen Schilling, wobei insbesondere die Monturen für die Fahrer und Schaffner, die Arbeitswäsche für die Bediensteten in den Werkstätten und die umfangreichen Reparaturen hervorzuheben sind. Auch die städtischen Gas- und Elektrizitätswerke, das Brauhaus und die Leichenbestattung haben im Jahre 1927 sehr umfangreiche Bestellungen an Motorenstoff, Arbeitsanzügen, Regenschutzmäntel, Maschinenputztücher, Putzwolle u. s. w. vorgenommen. Auf Weisung des Bürgermeisters wurden diese Bestellungen heuer frühzeitig hinausgegeben, um der Konfektionsindustrie die erwünschte Arbeitsmöglichkeit zu geben und so zur Linderung der Arbeitslosigkeit beizutragen.

Die neue Amtsstelle des Kreditvereines der Zentralsparkasse. Die Zweiganstalt Mariahilf-Neubau der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien ist bereits in das neue Heim in der Mariahilferstrasse 70 übersiedelt. Dadurch hat nun auch der Kreditverein der Zentralsparkasse die notwendigen Räume erhalten. Die Geschäfte des Kreditvereines haben nämlich in den letzten Jahren eine starke Vermehrung erfahren. Während im Jahre 1914 der Kreditverein nur 418 Mitglieder zählte, sind es gegenwärtig bereits rund viertausend. Im Jahre 1914 war die gesamte Kreditsumme nur 2,7 Millionen Kronen, im Jahre 1926 aber rund 16,7 Millionen Schilling. Die Summe der gewährten Kredite hat sich also vervierfacht. Schon daraus ist die für die Gewerbetreibenden erspriessliche Arbeit des Kreditvereines zu ersehen. Die Genehmigung des Gemeinderates vorausgesetzt, soll nun die Maximalkreditsumme auf 40.000 Schilling erhöht werden, wodurch auch zahlreiche mittlere Industrielle von dieser Kreditquelle Gebrauch machen können. Vom 1. April an hat der Kreditverein den Zinssatz für alle Geschäftszweige auf sechs Prozent jährlich ohne Anrechnung weiterer Nebenspesen ermässigt. Dem Kreditverein kommt übrigens eine sehr wichtige Aufgabe bei der Zuweisung der Kredite der Gemeinde an das Wiener Gewerbe zu; er wird nämlich als einzige Stelle für die Zuteilung der langfristigen Kredite im Gesamtbetrag von fünfhundert Milliarden Kronen, die die Gemeinde den Wiener Gewerbetreibenden geben wird, fungieren. Hier bürgt die Gemeinde dafür, dass der Zinsfuss bis Ende 1929 nicht höher als sechs Prozent sein wird. Die feierliche Eröffnung dieser neuen Anstalt wird Bürgermeister Seitz morgen Mittwoch um 5 Uhr nachmittags vornehmen.

Die Gemeinde Wien und der Brückenbau. Es gibt in Wien ungefähr 150 Brücken der verschiedensten Grössen, die von der Gemeindeverwaltung erhalten werden müssen. Die bedeutendste ist die unter Mitwirkung der Gemeinde geschaffene Floridsdorfer-Donaubrücke. Sie ist nahezu einen Kilometer lang und kommt an Eisengewicht zwölf Donaukanalbrücken gleich. Die Gemeinde hat zur Errichtung dieser Brücke vier Millionen Goldkronen beigetragen und später, als die Geldentwertung einsetzte, immer wieder grössere Zuschüsse gegeben. Die Erhaltung dieser Brücke und ihrer ungefähr 120.000 Quadratmeter umfassenden Anstrichfläche, ist für die Gemeinde naturgemäss mit grossen Ausgaben verbunden. Die grösste Leistung der Gemeindeverwaltung auf diesem Gebiet war aber die vollständige Auswechslung der Brigittabrücke und die Erbauung der Friedensbrücke, die nun die modernste Brücke Wiens ist. Die Gesamtkosten dieses Neubaus betragen 4,8 Millionen Schilling. Das Tragvermögen der Friedensbrücke ist für die schwersten bis zu einem Gewicht von 28 Tonnen berechnet. Die Gemeindeverwaltung will bekanntlich auch die alte Brigittabrücke nächst den städtischen Elektrizitätswerken in Simmering als Uebergang über den Donaukanal aufstellen. Ueber die Führung der Strasse schweben gegenwärtig noch Verhandlungen mit dem Bund als Grundeigentümer. Die Gemeinde hat auch in den letzten Jahren sehr bedeutende Rekonstruktionsarbeiten an den eisernen Brücken vorgenommen. Es wurden die Salztorbrücke, die Rotundenbrücke, die Radetzkybrücke und die Schwedenbrücke gründlich instandgesetzt. Gleich nach dem Krieg wurde auch die Aspernbrücke vollendet. Das Stadtbauamt hat seit 1922 auch die grosse Zahl von Brücken über den Wienfluss und über den Donaukanal, die aus einer älteren Zeit stammen, instandgesetzt. Die alten hölzernen Brücken wurden ausgewechselt und durch Eisenbetonbrücken ersetzt, wobei insbesondere die Brücken über den Schwechat-Werkskanal, den Halterbach und die einstigen Donauarme in der Nähe der Lobau erwähnenswert sind.

Herausgeber und verantw. Redakteur: 154  
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 20. April 1927

Tausend goldene Hochzeitspaare.Der Bürgermeister bei dem Jubelpaar.

Die Gemeinde Wien gewährt seit Jahrzehnten den goldenen Hochzeitspaaren Ehrengaben, die von einem Vertreter des Bürgermeisters den alten Leuten überreicht werden. Nach dem Ableben des Bürgermeisters Dr. Lueger kam dieser Brauch ausser Übung. Erst nach dem Krieg hat Bürgermeister Reumann verfügt, dass die Ehrengaben den Hochzeitsjubilaren wieder durch einen Gemeindefunktionär überreicht werden. Mit Rücksicht auf die damalige wirtschaftliche Not und die Lebensmittelknappheit wurde als Ehrengabe ein Kistchen überreicht, das fünfzehn Kilogramm der verschiedensten Lebensmittel enthielt. In den städtischen Versorgungshäusern erhalten die Pflinglinge am Tage ihrer goldenen oder diamantenen Hochzeit ausser der Ehrengabe in Geld, Feiertagskost. Als die Silberschillinge eingeführt wurden, beschloss der Gemeinderat im Sommer 1924, die Ehrengabe bei goldenen Hochzeiten mit fünfzig und bei diamantenen Hochzeitsfeiern mit sechzig Silberschillingen festzusetzen. Die Ehrengabe wird in hübschen Lederkassetten, die auf dem Deckel eine kurze Widmung tragen, überreicht. Diamantene Hochzeitspaare erhalten seit Mai 1925 eine Ehrengabe von hundert Silberschilling.

Seit Kriegsende hat die Gemeinde nunmehr tausend goldenen Hochzeitspaaren die Ehrengabe gewidmet. Interessant ist eine Uebersicht über die Ehepaare. Der älteste Mann, der die goldene Hochzeit feierte, zählte 87, die älteste Frau 85 Jahre. Der jüngste Mann 71, die jüngste Frau 67 Jahre. Es sind fast alle Berufe vertreten. An erster Stelle stehen die Handels- und Gewerbetreibenden mit 293 goldenen Hochzeiten, dann folgen qualifizierte Arbeiter und Angestellte mit 288, Privatangestellte mit 94, Bahnangestellte mit 87, Bundesangestellte mit 80, Hilfsarbeiter mit 55, Gemeindebedienstete mit 54, Lehrpersonen mit 16, landwirtschaftliche Arbeiter und Weinbauer mit 7 und Landwirtschaftsbesitzer mit 5 goldenen Hochzeiten. Auf verschiedene andere Berufe entfallen 21 goldene Hochzeitspaare. Bemerkenswert ist auch die Steigerung der beim Magistrat angemeldeten Feiern. Im Jahre 1920 wurden nur 21 Ehrengaben überreicht, im Jahre 1921 waren es schon 122, im Jahre 1922 bereits 147, im Jahre 1923 ist ein kleiner Rückgang auf 130 zu verzeichnen, im Jahre 1924 ein Ansteigen auf 162, im Jahre 1925 schon 180 und im Jahre 1926 wurde mit 192 goldenen Hochzeiten die Spitze erreicht. Im heurigen Jahr wurden 46 goldene Hochzeiten gefeiert.

Es ist ein schöner Anblick, wenn ein Hochzeitsjubiläum von einem gütigen Geschick mit körperlicher und geistiger Frische gesegnet, umgeben von Kindern und Enkeln, die Ehrengabe der Stadt Wien entgegennimmt. Meist ist damit eine grosse Familienfeier verbunden und in ländlichen Bezirksteilen werden solche Jubiläen nicht selten zu einer Angelegenheit der <sup>weiteren</sup> Umgebung des Jubelpaares. Freilich, nicht immer ist der Tag der goldenen Hochzeit oder diamantenen Hochzeit ein Tag der Freude, für die, die ihn erleben. Nicht immer erfreuen sich Jubilare der körperlichen Frische. Gar oft haben die Jahrzehntelange schwere Arbeit und Entbehrungen die alten Leute zermürbt, krank und hilflos gemacht und aufs Schmerzenslager geworfen. Oft stehen auch die Jubilare kinderlos, einsam und verlassen. Aber immer, löst die Gabe der Gemeinde ein Glücksgefühl bei den Jubilaren aus.

Die Ueberreichung der Ehrengaben wurde in Vertretung des Bürgermeisters in den meisten Fällen vom städtischen Personalreferenten Stadtrat Speiser und später auch vom amtsführenden Stadtrat Richter durchgeführt.

Dem tausendsten Jubelpaar hat heute Bürgermeister Seitz selbst die Ehrengabe überreicht. Das Jubelpaar wohnt in Mariahilf, Windmühlgasse 9, der Jubilar Friedrich Götze ist 73, seine Gattin Katharina 75 Jahre alt. Götze erlernte in seiner Heimat in Preussen das Bäckergewerbe, ging nach dem Freiwerden auf die Wanderschaft und liess sich anfangs der Siebzigerjahre in Wien nieder, wo er in der Mariabilferstrasse ein Zuckerbäckergeschäft besass, das er im Jahre 1898 aufgab. Heute ist er als Inkassant noch immer tätig. Von den fünf Kindern des Jubelpaares sind vier unverheiratet. Mit Bürgermeister Seitz waren zu der Feier auch amtsführender Stadtrat Professor Tandler, Obermagistratsrat Dr. Plank und Direktor Nikoladoni erschienen.

Der Bürgermeister richtete an die Jubilare, die von ihren Kindern und einem grossen Kreis enger Freunde umgeben waren, einige freundliche Worte. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, dass die Gemeinde dieses schöne Fest mit ihnen feiern könne. Was sie beide, sagte der Bürgermeister, in jahrzehntelanger, gemeinsamer Arbeit geschaffen haben, das hat nicht nur Ihnen selbst, und Ihrer Familie, sondern auch der Gesamtheit gegolten. Es mögen nicht wenige Schicksalsschläge gewesen sein die Sie betroffen haben. Aber erhebend ist der Gedanke, dass Sie fünfzig Jahre alle schweren und schönen Stunden in Eintracht und Liebe miteinander verbracht haben. Dieses Beispiel wirkt weithin sichtbar. Wenn die Gemeinde solche Männer und Frauen ehrt, so soll damit gezeigt werden, dass nicht nur die öffentliche Tätigkeit <sup>geehrt wird,</sup> sondern auch das bescheidene Leben des einzelnen Bürgers, der für seine harte Arbeit keine weithin sichtbare Anerkennung geniesst, sondern schlicht und unbekannt wirkt. Der Bürgermeister beglückwünschte die Jubilare namens der Gemeinde auf das herzlichste und gab der Hoffnung Ausdruck, dass sie noch recht lange bei voller Gesundheit miteinander verbunden bleiben. Tiefbewegt dankten die Jubilare für die Ehrung.

Die Bahnhofrundlinie wird abgelenkt. Wegen Arbeiten auf dem Margareten-  
gürtel wird in der Nacht vom Donnerstag auf Freitag der Bahnhofrundverkehr vom Neubaugürtel über die Mariabilferstrasse - Wallgasse - Gumpendorferstrasse - Reinprechtsdorferstrasse zum Matsleinsdorferplatz geführt. Diese einmalige Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen. Es wird aufmerksam gemacht, dass auch die Ablenkung zwischen Matsleinsdorferplatz und Favoritenplatz über die Gudrunstrasse - Keplerplatz und Favoritenstrasse bis auf weiteres aufrecht bleibt.

Eröffnung von städtischen Wohnhausanlagen. Am Samstag wird Bürgermeister Seitz drei städtische Wohnhausanlagen, die bereits vermietet sind, eröffnen. Um vier Uhr nachmittags werden die Wohnhausbauten auf dem Alsergrund (Latschkagasse - Heiligenstädterstrasse und Marktgasse - Wagnergasse) um 3/4 fünf Uhr nachmittags der Wohnhausbau in der Marktgasse - Thurygasse und um halb sechs Uhr nachmittags die Wohnhausanlage in der Brigittanau (Engerthstrasse - Traisengasse - Wehlstrasse - Donaueschingenstrasse) eröffnet werden.

Wien, Mittwoch, den 20. April 1927.

Die Gemeinde für die Innenkolonisation. Seit längerer Zeit verhandelt die Gemeinde mit dem Verein "Kolonien in der Heimat" wegen der Ueberlassung grösserer Grundflächen für die Innenkolonisation. Es ergaben sich bedeutende Schwierigkeiten, weil innerhalb des Wiener Gemeindegebietes Grundflächen, die für den feldmässigen Obst- und Gemüsebau sich eignen würden, überhaupt nicht im Besitz der Gemeinde sind. Der grössere Teil der Arbeitslosen steht jeder Auswanderungsaktion ablehnend gegenüber. Insbesondere der Verein "Kolonien in der Heimat", der eine grosse Zahl von Arbeitslosen zu seinen Mitgliedern zählt, propagiert die Errichtung von landwirtschaftlichen Ansiedlungen im eigenen Land. Die Kolonisten haben bekanntlich seinerzeit die sogenannte Oberau besetzt, die von der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft bewirtschaftet wird; das Verbleiben der Leute scheiterte damals an dem Widerstand des Kriegsgeschädigtenfonds, dem diese Grundflächen gehören. Die Kolonisten haben dann das Gebiet freiwillig geräumt. Seit dieser Zeit verhandelt die Gemeinde mit dem genannten Verein wegen der Ueberlassung von bestimmten Grundflächen in der Lobau, die der Gemeinde gehören. Die Verhandlungen wurden von Vizebürgermeister Emmerling und amtsführendem Stadtrat Kokrda geführt. Es wurde dabei von den Gemeindevertretern betont, dass die Gemeinde den Bestrebungen des Vereines die grösstmögliche Unterstützung zuteil werden lasse und die Vereinsleitung aufgefordert, geeignete Gemeindegründe für die Innenkolonisation vorzuschlagen. Der Verein hat nun vor einigen Tagen der Gemeinde mitgeteilt, dass er den sogenannten "Kaiserspitz" in der Lobau für Zwecke der Errichtung einer Kolonie für geeignet halte. Die Gemeindeverwaltung hat nun sofort eine Begehung dieses Gebietes gemeinsam mit den Leitungsmitgliedern des Vereines "Kolonien in der Heimat" vorgenommen. Auf Grund dieses Lokalaugenscheins hat der Magistrat dem Verein einen Entwurf über die Verpachtung dieses Gebietes vorgelegt. Es handelt sich hier um ein teilweise bewaldetes Gebiet im Ausmass von mehr als 1.2 Millionen Quadratmeter. Die Bestimmungen des Vertrages sind für die Kolonisten ungemein günstig und es dürfte in der kürzesten Zeit mit den Arbeiten begonnen werden können.

Dokumente zur Wahl mitnehmen! Der Magistrat macht nachdrücklichst darauf aufmerksam, dass die Wähler und Wählerinnen bei der Stimmenabgabe ihre Identität durch Vorweisung von Urkunden oder amtlichen Bescheinigungen erweisen müssen. Als solche Bescheinigungen gelten in erster Linie die Personaldokumente (Tauf-, Geburts- und Trauschein). Da viele Wähler ihre eigenen und die Dokumente ihrer Familienmitglieder dem Ansuchen um Verleihung des Heimatsrechtes angeschlossen haben, hat der Magistrat die Bezirksämter angewiesen, diesen Wählern für die Zwecke der Wahl die Dokumente auszufolgen. Es wurden auch alle im Rathaus befindlichen, noch nicht erledigten Heimatsrechtsakte, an die Bezirksämter zurückgeleitet. Wer also aus dem angeführten Grund die Dokumente nicht besitzt, kann sie beim magistratischen Bezirksamt seines Wohnortes abholen. Aber auch diesen Weg kann man sich ersparen, wenn eine andere Identitätsbescheinigung vorhanden ist. Hier kommen insbesondere in Betracht: Anstellungsdekrete, Pässe, amtliche Legitimationen jeder Art, Dienstbotenbücher, Dienstkarten, Eisenbahn- und Tramwaypermanenzkarten, Gewerbescheine, militärische Dokumente, u. s. w.

Die Wohnungskündigungen in der Diefenbachgasse. In einigen Tagesblättern sind unrichtige Meldungen über Wohnungskündigungen in einem städtischen Haus in Rudolfshaus, Diefenbachgasse, enthalten. Der Magistrat stellt hiezu fest, dass der Gemeinderat dieses Haus im Oktober 1926 mit der Bestimmung angekauft hat, dass es einem Neubau Platz zu machen hat. Es handelt sich hier um ein mehr als 200 Jahre altes baufälliges Gebäude, das am Wienfluss gelegen, längst nicht mehr Wohnzwecken dienen sollte. Die Wohnungen sind alle unhygienisch und die Gemeinde hat diesen Hauskauf eigentlich auch aus sanitären Gründen vollzogen. Insgesamt sind dort zehn Wohnungen, deren Inhaber selbstverständlich von der Gemeinde andere Wohnungen zugewiesen erhalten. An Stelle des gegenwärtigen baufälligen Gebäudes wird die Gemeinde ein Volkwohnhaus mit neunzig Wohnungen errichten. Selbstverständlich sind auch alle Nachrichten über Relogierungen dieser zehn Mieter aus der Luft gegriffen. Durch den Volkwohnbau in der Diefenbachgasse, der ein Stück Assanierung dieses Gebietes bedeutet, wird kein einziger der zehn Bewohner des alten Gebäudes obdachlos gemacht. Es ist dies übrigens nicht der <sup>erste</sup> Fall, in dem die Gemeinde alte gebrechliche Häuser ankauft, um Raum für gesunde Wohnungen zu bekommen; es sei hier insbesondere auf die Assanierungsversuche in Erdberg und Liechtental verwiesen.

Starke Zunahme der Zahl der Automobile in Wien. Nach einer Zählung der Polizeidirektion wurden am 28. August 1914 in Wien 1684 Privatautomobile, 1701 Autotaxi, zusammen 3385 Kraftwagen gezählt. Die von der Gemeinde im Jahre 1920 eingeführte Kraftwagenabgabe hat keineswegs eine Verringerung der Zahl der Automobile bewirkt. Es hat sich im Gegenteil seit dem Krieg die Zahl der Automobile nahezu verdoppelt. Der letzte Ausweis der Polizeidirektion vom 6. April 1927 zeigt, dass an diesem Tag in Wien 3518 Privatautomobile und 2818 Autotaxi, insgesamt also 6336 Kraftwagen benützt werden. Interessant ist, dass darunter nur zwölf Elektrokraftwagen sich befinden. Nach dieser amtlichen Statistik kann also nicht behauptet werden, dass die Zahl der Automobile in Wien infolge der Kraftwagenabgabe zurückgegangen wäre.

Die Gemeinde Wien hilft den Dienstmännern. Die Genossenschaft der Wiener Dienstmänner plant bekanntlich seit längerer Zeit die Anschaffung von Motorrädern, um dadurch ihren Mitgliedern eine grössere Beschäftigungsmöglichkeit zu sichern. In wiederholten Versprechen bei den Gemeindefunktionären wurde eine finanzielle Unterstützung dieser Aktion von der Genossenschaft verlangt. Die Gemeindeverwaltung hat sich nun bereit erklärt, eine neu zu gründende Wirtschaftsgenossenschaft der Wiener Dienstmänner, die sich mit dem Ankauf von Motorrädern zu befassen hat, finanziell zu fördern. Es wird aus Gemeindemitteln ein grösseres Darlehen für die Wirtschaftsgenossenschaft gewährt werden. Es ist zu hoffen, dass durch diese Aktion die Wiener Dienstmänner, die schwer ums Dasein zu kämpfen haben, eine wirtschaftliche Hilfe finden.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y156  
Dritte Ausgabe

Wien, Mittwoch, den 20. April 1927.

Die Eröffnung der Mariahilfer Zweiganstalt der Zentralsparkasse. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien hat nunmehr in der Mariahilferstrasse 70 mehr grosse Räumlichkeiten gemietet, dort eine für den Bezirk sehr wichtige Zweigstelle geschaffen und auch dem Kreditverein die notwendigen Kasseleien gesichert. Heute nachmittags fand die feierliche Eröffnung der neuen Anstalt statt. Es war eine ziemlich grosse Zahl von Festgästen erschienen. Für die Bezirksvertretung nahmen Bezirksvorsteher Ohrfandl und Bezirksvorsteher-Stellvertreter Dr. Maurer, viele Bezirksräte, Gemeinderäte und die gewählten Funktionäre des Sparkassenausschusses an der Eröffnung teil. Der stellvertretende Vorsitzende des Vollzugausschusses der Zentralsparkasse Gemeinderat Brocszner begrüßte den Bürgermeister und die Festgäste mit dem Hinweis, dass dies nunmehr die vierzehnte Zweiganstalt sei. Die grosse Bedeutung des Institutes für die beiden Bezirke sei daraus zu ersehen, dass bereits 41 Milliarden Einlagen gemacht worden sind. Die Zentralsparkasse zeige ununterbrochene Entwicklung; so hat die Zahl der Parteien im Jahre 1926 auf 800.000 gegenüber 400.000 im Jahre 1913 gestiegen. Kommerzialrat Müller als Obmann des Kreditvereines der Zentralsparkasse verwies darauf, dass dieses Institut den Zinssatz für die Kredite an Gewerbetreibende auf sechs Prozent herabgesetzt hat, was für die Nachkriegsverhältnisse geradezu märchenhaft klingt. Er dankt dann dem Bürgermeister dafür, dass der Kreditverein zum Durchführungsorgan einer weit blickenden Kreditpolitik auserwählt wurde, indem die Gemeinde fünfzig Millionen Schilling dem Zwecke langfristiger gewerblicher Kredite durch den Verein zu einem Zinssatz von sechs Prozent bis zum Ende des Jahres 1929 zur Verfügung stellen wird. Der Kreditverein ist heute für die Wiener Gewerbetreibenden eine der stärksten Stützen und zählt mehr als viertausend Mitglieder, gegenüber 418 im Jahre 1913. Lebhaft begrüßt erwidert Bürgermeister Seitz: Wenn es gelungen ist, dieses Institut über die Fährnisse des Krieges, der Nachkriegszeit, der Inflation und des grossen Spekulationstauens hinüberzubringen, so danken wir das zwei Grundsätzen: Der absoluten Solidität und dem Festhalten an den Grundsätzen reiner Sparkassenverwaltung. Die Zentralsparkasse gilt heute überall als das Institut, zu dem alle Kreise der Bevölkerung, ohne Unterschied des Standes und der Partei, vollstes Vertrauen haben. Es hat keineswegs an Lockungen gefehlt, uns von den als richtig anerkannten Grundsätzen abzubringen und es ist fast keine Woche vergangen, in der man uns nicht Ratschläge gegeben hätte. Man hat oft darauf verwiesen, dass wir uns nicht den modernen Geschäftsmethoden anpassen wollen, dass wir uns Geschäfte mit reichem Gewinn entgehen lassen. Wie glänzend diese Geschäfte waren, hat sich bald in den furchtbaren Zusammenbrüchen vieler Banken und Sparkassen gezeigt. Die Zentralsparkasse, die sich von diesen Geschäften streng ferngehalten hat, wird jetzt gezwungen, schwere Belastungen auf sich zu nehmen, um die Verluste anderer Institute wettzumachen.

Wir werden uns von den Grundsätzen, die wir bisher bei der Führung dieses grössten Geldinstitutes befolgt haben, niemals abbringen lassen. Das Geschäft des Hypothekarkredits wird ausgestaltet und dadurch die Volkswirtschaft weiter belebt werden. Die Eigenart unserer Wirtschaft

bringt es mit sich, dass viele Gemeinden gezwungen sind, im Ausland Kredit zu suchen. Wir pflegen jetzt auch diesen Zweig des Kreditgeschäftes und gewähren den österreichischen Gemeinden Darlehen zu erträglichen Bedingungen, damit sie ihre Investitionen durchführen können und Industrie und Gewerbe Beschäftigung bekommen. Wir haben uns auch verpflichtet, gerade jetzt, wo man so sehr über den Mangel an Kreditmöglichkeiten klagt, fünf hundert Milliarden dem Gewerbebestand zur Verfügung zu stellen. Hier wird insbesondere der Kreditverein der Zentralsparkasse seine so segensreiche Aufgabe noch vergrössern können. Es ist ja für den Gewerbebestand schon schwer überhaupt Kredite zu bekommen, aber noch schwerer, Kredite auf lange Frist zu erhalten. Wenn man also dem Gewerbebestand wirklich helfen will, so nur dadurch, dass der Kredit bis zu einem gewissen Zeitpunkt zu einem bestimmten Zinssatz gegeben wird. Nur dann kann der Gewerbetreibende richtig kalkulieren.

All das konnten wir nur leisten durch die Befolgung der Grundsätze absoluter Demokratie und Kontrolle. Es ist vielleicht eine Erschwernis, dass jede Entscheidung durch die Ausschüsse gehen muss und jedermann Einsicht gewinnt und mitwirken kann. Aber diese Erschwernisse werden wettgemacht durch die Gewissheit, dass alles im vollsten Licht der Öffentlichkeit geschieht. Dadurch hat dieses Institut sich das Vertrauen breiter Volkskreise erworben und sein Name hat überall einen guten Klang.

Gerade die Bezirke Mariahilf und Neubau, wo so reges gewerbliches und geschäftliches Leben herrscht, brauchen diese Zweiganstalt. Sie wird dem Gewerbe, das ja eine der Säulen der Wiener Volkswirtschaft ist, immer eine treue Helferin sein.

Der Bürgermeister dankt dann dem Kommerzialrat Müller als Obmann des Kreditvereines und dem Vorsitzenden des Vollzugausschusses der Zentralsparkasse, Gemeinderat Brocszner, sowie dem Direktor Senatsrat Schwarz und allen, die durch geistige oder manuelle Arbeit mitgewirkt haben, dieses grosse Werk zu schaffen. Die Gemeinde wird Zentralsparkasse und Kreditverein nach den bisher befolgten Grundsätzen fortführen. Der Erfolg wird sich von selbst einstellen. (Lebhafter Beifall).

Unter Führung des Vorstandes Oberoffizial Pilz besichtigten dann der Bürgermeister und die übrigen Gäste die Räume der Zentralsparkasse und des Kreditvereines.

Städtische Freiplätze an der Hochschule für Welthandel. Für das Studienjahr 1927/28 werden an Hörer der ersten zwei Semester der Hochschule für Welthandel fünf Freiplätze verliehen. Bewerben können sich alle in Wien heimatberechtigte bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen, die die Reifeprüfung mit Erfolg abgelegt haben. Die Gesuche sind an den Wiener Magistrat (Abteilung 8, Neues Rathaus) zu schreiben, jedoch an die Hochschule für Welthandel in Wien XIX., Felix Mottstrasse 1 zu schicken. Sie müssen bis 15. Juni eingelangt sein. Den Gesuchen ist auch der Geburts-, Heimatschein und ein Mittellosigkeitszeugnis anzuschliessen. Im Gesuch ist auch anzugeben, ob der Bewerber oder seine Geschwister irgendwelche Stipendien oder Freiplätze haben.

Wien, am Donnerstag, den 21. April 1927

Koksöfen für die neuen Gemeindewohnungen.Unentgeltliche Beistellung durch die Gemeinde.

Die Gemeindeverwaltung stellt in den von ihr errichteten Wohnungen vollständig unentgeltlich in jeder Küche einen Gasherd auf. In allen Wohnungen wird auch auf Kosten der Gemeinde Gas eingeleitet und die elektrische Lichtleitung bis zu den Auslasstellen gelegt. In allen städtischen Neubauten sind im Gegensatz zu den Kleinwohnungen in Privathäusern die Wasserleitung und das Klosett im Wohnungsverschluss. Die Gemeinde geht nun noch einen Schritt in der Ausstattung der kommunalen Kleinwohnungen weiter. Es werden in jenen Bauten, die nach dem 1. Mai zur Vollendung gelangen, auf Kosten der Gemeinde eigene Koksöfen aufgestellt. Für jede, auch die kleinste Wohnung ist die unentgeltliche Lieferung eines solchen Ofens, die heute schon stark verwendet werden und sich ganz ausserordentlich bewährt haben, vorgesehen. Koksöfen wurden deshalb gewählt, weil durch ihre Verwendung die Rauch- und Russplage bedeutend eingeschränkt wird. Es ist also die neue Aktion nicht nur allein vom volkswirtschaftlichen Standpunkt zu begrüßen, sondern vom Standpunkt der Hygiene. Die Gemeinde wird bekaunlich weitere dreissigtausend Wohnungen erbauen, was nun auch eine Bestellung von ebensovielen Koksöfen mit sich bringt, wodurch die Metallindustrie verstärkte Beschäftigung erhalten wird. Der Bezug von Koks ist heute bereits überall möglich; auch die kleinsten Kohlenhändler führen Koks, so dass der Bezug keine Schwierigkeiten macht.

Der Kaufpreis des Hauses in der Diefenbachgasse. In der heutigen "Reichspost" werden vollständig unrichtige Angaben über den Kaufpreis, den die Gemeinde für das baufällige Gebäude in Rudolfshiem, Diefenbachgasse 49, entrichtet hat, veröffentlicht. Es wird einmal von einem zweitausendfünfhundertfachen und dann auch von einem fünf- bis sechstausendfachen Friedenspreis gesprochen, den die Gemeinde für dieses Gebäude gezahlt hat. Beide Angaben sind unrichtig. Dieses Haus wurde von der Gemeinde im Juni 1926 um 25.000 Schilling erworben. Laut amtlicher Schätzung ist lediglich die Grundfläche von 2329 Quadratmeter bewertet worden. Die Baulichkeiten blieben mit Rücksicht auf ihren schlechten Zustand vollkommen unberechnet. Es wurde nämlich dieses Gebäude auf Abbruch gekauft, was auch in dem Referat, das an alle Instanzen der Gemeinde erstattet wurde, ausdrücklich hervorgehoben wird. Es heisst darin, dass die Liegenschaft für die Gemeinde nur als Umbauejekt in Betracht komme, wobei der Wert der zu gewinnenden Baumaterialien fast gänzlich von den Demolierungskosten aufgezehrt werden würde. Der Preis, den die Gemeinde gezahlt hat, beträgt nach der amtlichen Schätzung das 2066fache des Vorkriegswertes. Der für Hauskäufe zuständige Gemeinderatsausschuss hat am 16. Juni 1926 den Ankauf einstimmig genehmigt. Auch der Finanzausschuss hat den Ankauf am 21. Juni und der Stadtsenat einen Tag später einhellig gutgeheissen. Das Geschäftsstück stand auf der Tagesordnung der Sitzung des Gemeinderates vom 25. Juni und der Bürgermeister musste es als genehmigt erklären, weil überhaupt keine Wortmeldung vorlag.

Die Darlehen, die die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien und der Kreditverein dem Eigentümer gegeben haben, machen insgesamt 13.900 Schilling aus. Da ein Kaufpreis von 25.000 Schilling erzielt wurde, ist damit wohl unwiderleglich bewiesen, dass die Zentralsparkasse auch bei der Belehnung dieses Objektes mit der gewohnten äussersten Vorsicht vorgegangen ist. Die Gemeinde zahlt auch bei gewissen Demolierungsobjekten bis in die letzte Zeit, je nach der Eigenart des Falles, Beträge, die über die Höhe des für das Haus Diefenbachgasse entrichteten Kaufschillings hinausgehen; was jederzeit aus den Gemeinderatsakten nachgewiesen werden kann.

Wien, Donnerstag, den 21. April 1927.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen an Stelle der Gasbeleuchtung die elektrische Strassenbeleuchtung in folgenden Bezirken einzuführen: Innere Stadt: Fleischmarkt, Adlergasse, Laurenzerberg; Landstrasse: Steingasse; Margareten: Blechturm-gasse, Ziegelofengasse Rest, Seisgasse zwischen Blechturm-gasse und Alois Draschepark; Josefstadt: Blindengasse Rest mit Uhlplatz, Lenaugasse, Loidoldgasse, Tulpengasse, Wickenburggasse; Meidling: Kriechbaumgasse, Teichacker-gasse, Längenfeldgasse von Schönbrunnerstrasse bis Klärgasse; Rudolfsheim: Meiselstrasse, Huglgasse Rest, Storchengasse und Storchenteg; Ottakring: Lienfelderstrasse, Baldiagasse; Hernals: Geblergasse, Helblinggasse, Gschwandnergasse und Währing: Türkenschanzstrasse, Hochschulstrasse, Hasenauerstrasse, Schumanngasse bis Rosensteingasse.

Die Stimmzettel für die bevorstehenden Wahlen in Wien. Wahlberechtigte, die für den Nationalrat, den Gemeinderat und die Bezirksvertretung ihr Wahlrecht ausüben wollen, können sich eines Stimmzettels bedienen, der das Dreifache des in der Nationalratswahlordnung vorgeschriebenen Formates (10 x 7 cm) aufweisen muss. Ein solcher Stimmzettel ist in der Weise herzustellen, dass er auf der einen Seite ein Ausmass von 10 cm und auf der anderen Seite ein solches von 21 cm hat und durch zur Schmalseite parallel gezogene Striche in drei gleiche Teile geteilt wird. An Stelle der Striche können die Stimmzettel auch perforiert werden. Ein Teil ist für die Wahl in den Nationalrat, der zweite für die Wahl in den Gemeinderat und der dritte Teil für die Wahl in die Bezirksvertretung bestimmt. Die für die beiden letztgenannten Vertretungskörper bestimmten zwei Teile müssen in dem einen Teil die Aufschrift (den Aufdruck) "Gemeinderat", im anderen die Aufschrift "Bezirksvertretung" tragen. Der für den Nationalrat bestimmte Teil kann, muss aber nicht mit der Aufschrift "Nationalrat" versehen sein, er gilt auch für den Nationalrat, wenn er diese Aufschrift nicht trägt.

Will ein Wähler nur für einen der drei Vertretungskörper oder nur für deren zwei abstimmen, so hat er die Abschnitte längs des Striches oder längs der Perforierung abzutrennen. Es ist aber auch ein Stimmzettel im Formate von 10 x 14 cm gültig, der nur für den Gemeinderat und die Bezirksvertretung oder für den Nationalrat und die Bezirksvertretung oder für den Nationalrat und den Gemeinderat abgegeben wurde. In diesen Fällen muss der Stimmzettel einen in der Mitte zur Schmalseite parallel gezogenen Strich (Perforierung) aufweisen.

Der Wähler kann aber seinen Willen, für einen oder zwei Vertretungskörper abzustimmen, auch dadurch zum Ausdruck bringen, dass er den Aufdruck (Aufschrift) oder die Parteibezeichnung oder beides durchstreicht.

Die Abgabe von getrennten Stimmzetteln für jeden der drei Vertretungskörper ist selbstverständlich zulässig.

Im Uebrigen sind die Stimmzettel oder beim vereinigten Stimmzettel die auf die einzelnen Vertretungskörper lautenden Teile des Stimmzettels gültig auszufüllen, wenn sie die Parteibezeichnung oder wenigstens den Namen eines Bewerbers der gewählten Parteiliste unzweideutig dartun oder nebst der Parteibezeichnung die Namen eines oder mehrerer Bewerber der von dieser Partei aufgestellten Parteiliste enthalten.

Die Ausfüllung der Stimmzettel kann durch Handschrift, Druck

oder sonstige Vervielfältigung geschehen. Die Stimmzettel müssen aus weissem weislichen Papier hergestellt sein.

Ungültig ist ein Stimmzettel, wenn er 1.) zwei oder mehrere Parteien bezeichnet, 2.) gar keine Partei, wohl aber zwei oder mehrere Namen aus verschiedenen Parteilisten bezeichnet, 3.) bezüglich des Ausmasses sowie der Art und der Farbe den vorhin angegebenen Vorschriften nicht entspricht.

Leere Stimmzettel, unbeschriebene (unbedruckte) oder solche, die keine Parteibezeichnung enthalten, sind als ungültige Stimmzettel zu behandeln.

Wenn ein Kuvert mehr als einen gültig ausgefüllten Stimmzettel für einen und denselben Vertretungskörper enthält und diese Stimmzettel auf verschiedene Parteilisten lauten, so sind alle ungültig. Die für die anderen Vertretungskörper etwa noch beiliegenden Stimmzettel werden in ihrer Gültigkeit dadurch nicht berührt. Würde also z.B. ein Kuvert einen für alle drei Vertretungskörper auf die Partei A lautenden dreiteiligen Stimmzettel und daneben noch einen besonderen für die Bezirksvertretung auf die Partei B lautenden Stimmzettel enthalten, so sind sowohl der letztere wie auch der auf der Bezirksvertretung lautende Abschnitt des dreiteiligen Stimmzettels ungültig. Die beiden anderen auf Nationalrat und Gemeinderat lautenden Abschnitte hingegen sind gültig.

Die dreissig Millionen-Dollar-Anleihe der Gemeinde Wien. Wie erinnerlich hat der Wiener Landtag in der Sitzung vom 1. April d.J. der Aufnahme einer Anleihe der Stadt Wien im Betrage von dreissig Millionen Dollars (213 Millionen Schilling) zugestimmt. Die Anleihe ist ausschliesslich für produktive Investitionen der städtischen Unternehmungen bestimmt. Es sind insbesondere eine grosszügige Ausgestaltung der Elektrizitätswerke, interessante betriebstechnische Neuerungen in den Gaswerken und eine bedeutende Verbesserung des Verkehrswesens geplant. Der Wagenpark der Strassenbahn und der Stadtbahn wird wesentlich vermehrt und vor allem der Autobus durch Anschaffung von 150 ganz modernen Typen zur Entlastung der Strassenbahn herangezogen werden. Beim Magistrat haben sich die allerersten amerikanischen und englischen Weltfirmen gemeldet und ihrem regsten Interesse für die Uebernahme der Wiener Gemeindegeldentwertung durch Entsendung eigener Vertreter Ausdruck gegeben. Aus den geführten Besprechungen geht ausnahmslos hervor, dass der Kredit der Stadt Wien als unbedingt erstklassig betrachtet wird. Es findet die günstigste Beurteilung, dass die Gemeinde seit Kriegende ohne Aufnahme von Anleihen gewirtschaftet hat, obwohl der Kreis der Aufgaben ausserordentlich gewachsen ist. Ebenso wird die Tatsache sehr hoch eingeschätzt, dass alle Rechnungsabschlüsse seit dem 1. Juli 1920 Ueber-schüsse aufweisen und selbst in den schlechtesten Zeiten der Geldentwertung die Gebarung aktiv gewesen ist. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen kann festgestellt werden, dass die Stadt Wien für ihre Anleihe selbstverständlich günstigere Bedingungen erzielen wird, als alle öffentlichen Verwaltungen in Oesterreich, aber auch bessere als andere Grosstädte Europas, die in der letzten Zeit Auslandsanleihen aufgenommen haben. Der normale Abschluss der Anleihe konnte jedoch noch nicht erfolgen, da die Bundesregierung, der das Gesetz des Wiener Landtages seit nahezu drei Wochen vorliegt, noch nicht mitgeteilt hat, dass sie dagegen keinen Einspruch erhebt.

Wien, Freitag, den 22. April 1927.

Die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe in Kraft getreten. Wie bereits mitgeteilt, hat der Wiener Landtag am 1. April ein Gesetz über die Ermässigung der Fremdenzimmerabgabe beschlossen. Nach diesem Gesetz werden in den Jahren 1927 bis 1929 allen der Fremdenzimmerabgabe unterliegenden Betrieben, vierzig Prozent der Steuer nachgelassen. Der Nachlass hat an die Bedingung geknüpft, dass in dem abgabepflichtigen Betrieb in jedem der 3 Jahre 80 % der für die zwölf Abrechnungsperioden des Jahres 1926 zu entrichtenden Abgabe für Investitionen verwendet werden. Wenn in dem abgabepflichtigen Betrieb bis zum 31. Dezember 1928 zusammen 250 Prozent der für die zwölf Abrechnungsperioden des Jahres 1926 zu entrichtenden Abgabe für Investitionen verwendet werden, so wird ein fünfzigprozentiger Steuernachlass gewährt. Nunmehr ist dieses Gesetz auch im Landesgesetzblatt für Wien verlautbart worden. Es ist am 16. April in Kraft getreten.

Sonntag bleibt die Beethoven-Ausstellung geschlossen. Wegen der Wahlen bleibt die Beethoven-Zentnar-Ausstellung der Stadt Wien im Rathaus am Sonntag geschlossen. Vom Dienstag an ist die Ausstellung wieder täglich, mit Ausnahme von Montag, von 9 bis 13 Uhr, Mittwoch und Samstag überdies von 16 bis 19 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet.

Starker Besuch der Bäder am Charsamstag. Nach den Erfahrungen der städtischen Bäderverwaltung haben die Bäder am Charsamstag den stärksten Besuchstag. Heuer wurden die städtischen Warmbäder an diesem Tag von 73.600 Personen benützt; auf das Amalienbad entfallen davon allein 9100 Personen.

Bezirksvertretung Favoriten. Am Freitag, den 29. April, 4 Uhr nachmittags, hält die Bezirksvertretung Favoriten eine öffentliche Sitzung ab.

Eröffnung des zweiten städtischen Hausgehilfinnenheimes. Am 12. April wurde das erste Hausgehilfinnenheim der Gemeinde Wien eröffnet. Diese neue Einrichtung wurde durch Adaptierung einer aufgekassierten Schule in Mariahilf, Rahlgasse 2, geschaffen und bietet neunzig obdachlosen Hausgehilfinnen Unterkunft. Das Heim ist auch mit einer Stellenvermittlung verbunden. Die Gemeinde hat kürzlich das Hotel "Stadt Prag" in der Radetzkystrasse angekauft, um auch dieses Haus in ein Heim für Hausgehilfinnen umzuwandeln. Nunmehr sind auch diese Arbeiten zum grössten Teil abgeschlossen. Es erhalten dadurch ungefähr hundert Hausgehilfinnen das für sie so wichtige Heim. Auch diese Einrichtung wird so wie das Heim in der Rahlgasse, nicht von der Gemeinde selbst geführt, sondern vom Verein "Einigkeit" der Hausgehilfinnen geleitet werden. Das zweite Hausgehilfinnenheim in der Radetzkystrasse dürfte voraussichtlich in der kommenden Woche durch den Bürgermeister eröffnet werden.

Änderungen in der Kartenausgabe bei der Strassenbahn. Die Kartenausgabestelle der Strassenbahn in der Rahlgasse 3 wird umgebaut. Es muss daher der Parteienverkehr vorübergehend in den dortigen Erdgeschossräumen abgewickelt werden. Zur Erleichterung der Ausgabe werden die verschiedenen Kartengattungen auch in den Verkaufshütten bei der Rahlstiege und im Betriebsgebäude "Babenberg" ausgegeben.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y160  
Zweite Ausgabe

Wien, Freitag, den 22. April 1927.

7.567.231 Besucher in den städtischen Bädern im Jahre 1926. Die Gemeindeverwaltung hat seit 1919 ununterbrochen die städtischen Bäder ausgestaltet und eine Reihe neuer Badeanstalten geschaffen. Es wurden nicht weniger als dreizehn neue Bäder errichtet, darunter sieben Kinderfreibäder, eine Einrichtung, die in Wien in der Verkriegszeit überhaupt nicht bestand. Sommerbäder wurden in Ottakring, am Mühlhäufel und Krapfenwaldl geschaffen. Im Meidling wurde ein modernes Volksbrausebad, in Favoriten das grösste Hallenschwimmbad Europas erbaut und das Ottakringer Wannen-, Brause- und Dampfbad stark vergrössert. Auf der Landstrasse wurde das städtische Volksbad durch den Aufbau von zwei Stockwerken ausgestaltet. Jahr für Jahr hat der Gemeinderat für die alten Volksbäder grosse Umgestaltungsarbeiten bewilligt. Es wurden diese Bäder mit Wannenabteilungen versehen und insbesondere die Kessulanlagen modernisiert. Die Ausgestaltung der Badeeinrichtungen, insbesondere die Vergrösserung des Strandbades Gänsehäufel und der übrigen Sommerbäder hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Badefreudigkeit der Wiener Bevölkerung in den letzten Jahren stark zugenommen hat. So besuchten im Jahre 1918 die städtischen Bäder insgesamt 3.346.314 Personen; im Jahre 1926 aber 7.567.231. Es ist also die Besucherzahl um 126 Prozent gestiegen. Im Jahre 1918 bestanden nur 16.575 Baderbenutzungsmöglichkeiten, die Gemeinde hat diese Zahl gegenwärtig auf 30.064 gesteigert.

Durch die Einführung des obligatorischen Schwimmunterrichtes für die Schuljugend hat die Gemeindeverwaltung wesentlich zur Hebung der Volksgesundheit beigetragen. Noch heuer wird mit dem Bau eines modernen städtischen Bades auf der Schmelz begonnen werden; ein zweites Bad wird in der Leopoldstadt errichtet. Auf dem Kongressplatz in Ottakring wird ein Schwimm-, Sonnen- und Luftbad entstehen; mit den Arbeiten wurde bereits begonnen. Ausserdem werden heuer noch vier Kinderfreibäder errichtet, die den Kindern der Leopoldstadt (Augarten), Simmering, Fünfhaus (Schmelz), Hernals (Lorenz Bayerplatz) die erwünschte Badermöglichkeit im Freien sichern.

Die städtische Bäderverwaltung hat bereits alle Vorkehrungen getroffen, um mit dem Eintritt der schönen Jahreszeit die Sommerbäder eröffnen zu können.

Keine einheitliche Regelung der Grösse der Sonnenschutzplachen. Der Magistrat hat in Verhandlungen mit dem Wiener Handelsgenossenschaftsverband festgestellt, dass wegen der grossen Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse eine einheitliche Normierung des zulässigen Ausmasses der Seitenflügel der Sonnenschutzplachen nicht möglich ist. Der Magistrat hat deshalb eine Verordnung erlassen, die bestimmt, dass entsprechend den örtlichen Verhältnissen diese Regelung vorgenommen werden wird. Die Ansuchen sind für die Bezirke Innere Stadt bis einschliesslich Alsergrund und für die Brigittenau bei der Magistratsabteilung 36 und für die Bezirke Favoriten bis einschliesslich Döbling und für Floridsdorf bei der Bauamtsabteilung des betreffenden Bezirkes einzubringen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H e n a y

161  
Dritte Ausgabe

Wien, Freitag, den 22. April 1927.

.....  
Der Meldezettel als Wahldokument. Zufolge eines gutächtlichen Beschlusses der Hauptwahlbehörde ist der Meldezettel nur dann als ein Identitätsausweis bei der Wahl anzunehmen, wenn ausserdem eine amtliche Bescheinigung beigebracht wird, dass sich ein Identitätsdokument dieses Wählers bei einer Behörde befindet. Als solche amtliche Bescheinigung wird nach Ansicht des Magistrates insbesondere eine sogenannte Präsentationsrubrik anzusehen sein, worin von der Behörde bestätigt ist dass ein Ansuchen zum Beispiel um Heimatrecht bei ihr überreicht wurde und in der Regel auch der Anschluss der notwendigen Beilagen bestätigt wird.

Um aber die Wähler auf jeden Fall in die Lage zu versetzen, ein Dokument vorzuweisen, hat der Magistrat verfügt, dass sowie in den letzten Tagen, auch am Samstag den 23. April ununterbrochen bis 6 Uhr abends und am Wahltag selbst von 7 Uhr früh bis 4 Uhr nachmittags in den magistratischen Bezirksämtern Dokumente, die sich bei Ansuchen, insbesondere um Verleihung des Heimatrechtes befinden, ausgefolgt werden.

...oooOooo...

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 162  
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 23. April 1927

Die Zahl der Wahlberechtigten in Wien. Der Magistrat hat nun alle Reklamationen erledigt und veröffentlicht die endgültige Zahl der Wiener Wahlberechtigten für die am Sonntag stattfindende Wahl in den Nationalrat, Gemeinderat und die Bezirksvertretungen. Gegenüber der Wahl im Jahre 1923 ergibt sich eine Zunahme von 74.854 weiblichen und 46.478 männlichen, zusammen also 121.332 Wahlberechtigten. Die Gesamtzahl der am Sonntag Wahlberechtigten ist 1.261.655; davon entfallen 697.780 auf weibliche und 563.875 auf männliche Wähler. Im Jahre 1923 gab es in Wien 1.140.323 Wahlberechtigte; davon waren 622.926 Frauen und 517.397 Männer.

Im Jahre 1925 wurden bei der Neuanlage der Wählerlisten 1.183.734 Wahlberechtigte festgestellt, es beträgt daher die Zunahme der Wahlberechtigten jetzt gegenüber 1925 nur 77.921.

Eine Uebersicht über die Wähleranzahl in Wien ergibt folgendes Bild:

Bezirk	Frauen	Männer	Zusammen
Innere Stadt	16.334	10.690	27.014
Leopoldstadt	50.601	42.403	93.004
Landstrasse	54.408	42.741	97.149
Wieden	22.850	15.863	38.713
Margareten	35.841	28.614	64.455
Mariahilf	21.694	16.027	37.721
Neubau	25.095	18.832	43.927
Josefstadt	19.232	13.384	32.616
Alsergrund	35.092	25.957	61.049
Favoriten	50.243	44.909	95.152
Simmering	16.972	16.013	32.985
Meidling	38.533	32.607	71.140
Hietzing	51.247	38.794	90.041
Rudolfsh Heim	28.608	24.183	52.791
Fünfhaus	21.369	17.301	38.670
Ottakring	57.265	48.221	105.486
Hernals	33.659	27.856	61.515
Währing	34.359	25.939	60.298
Döbling	21.419	16.156	37.575
Brigitt enau	32.555	29.145	61.700
Floridadorf	30.404	28.250	58.654
	697.780	563.875	1.261.655

Sonntag bleibt die Beethoven-Ausstellung geschlossen. Wegen der Wahlen bleibt die Beethoven-Zentenario-Ausstellung der Stadt Wien im Rathaus am Sonntag geschlossen. Vom Dienstag an ist die Ausstellung wieder täglich, mit Ausnahme von Montag, von 9 bis 13 Uhr, Mittwoch und Samstag überdies von 16 bis 19 Uhr, bei freiem Eintritt geöffnet.

Schwindel mit einem Jahrbuch der städtischen Kontrahenten. Ein gewisser Otto Waldes hat vor längerer Zeit ein sogenanntes Jahrbuch der städtischen Kontrahenten herausgegeben. Es handelt sich um ein Buch, dem die Gemeinde Wien vollständig fernsteht. Trotzdem wird dieses Buch immer wieder verschiedenen städtischen Kontrahenten mit dem Hinweis angeboten, dass die Gemeinde Wien daran interessiert sei. Der Magistrat stellt daher ausdrücklich fest, dass er mit diesem Buch gar nichts zu tun hat und jede Berufung auf die Gemeinde unstatthaft ist.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H e n a y.

163  
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 23. April 1927.

Wohnhauseröffnungen in Lichtental und Zwischenbrücken.

Heute nachmittags wurden drei städtische Wohnhausanlagen eröffnet, die insgesamt 1530 Wohnungen zählen. Viele tausende Menschen nahmen an den Feiern teil. Begonnen wurde mit der Eröffnung des Wohnbaues in der Latschkagasse-Heiligenstädterstrasse-Marktgassee-Wagnergasse. Das Haus hat Festschmuck angelegt, Guirlanden und tausende Fahnen und Fähnchen schmückten das Haus. Die Eröffnungsfeier wurde in dem ebenfalls geschmückten Hof abgehalten. Eine Eisenbahnermusikkapelle begrüßte die Festgäste mit einem Musikvertrag. In Vertretung des Bürgermeisters war amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler erschienen. Ferner nahmen an der Feier teil: Die amtsführenden Stadträte Siegel, Breitner, Weber und Kokrda, Präsident des Stadtschulrates Glöckel, die Mandatäre des Bezirkes, Stadthauptmann Hefrat Klose und eine viel hundertköpfige Festgemeinde.

Bezirksvorsteher Schober begrüßte die Gäste namens des Bezirkes und dankte der Gemeindeverwaltung für den schönen Bau, der wieder vielen Menschen helle, gesunde Wohnungen verschafft hat. Namens der Mieter dankte der Mietervertrauensmann Gsasar, der in schlichten Worten das Glück der Mieter in diesem Hause wohnen zu dürfen, schilderte.

Dann eröffnete amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler in Vertretung des Bürgermeisters das Haus. Stürmisch begrüßt, führte er aus: Wir werden trotz aller Anfechtungen weiter bauen, weil wir wissen, dass es in Wien zu wenig Wohnungen gibt, sondern auch deshalb, weil die vorhandenen Wohnungen zu schlecht sind. Nur in hellen und gesunden Wohnungen können die Menschen glücklich sein. Wenn der Mietervertreter gesagt hat, dass die Mieter zufrieden sind, sind wir es mit ihnen. Wir haben diese Häuser vor allem auch für die Kinder gebaut, weil wir der Überzeugung sind, dass die Kinder, die in diesen hellen, lichten Wohnungen geboren und aufgezogen werden, ganz andere Menschen sein werden, ein neues glücklicheres Geschlecht. Wir feiern diese Eröffnung am Vorabend eines grossen Ereignisses. Die Bevölkerung geht morgen zur Wahlurne. Sie wird für die Fortführung unserer Wohnbautätigkeit und unserer Fürsorge, sie wird sich für den Fortschritt entscheiden. (Stürmischer Beifall).

Zum Schluss dankte Stadtrat Professor Tandler allen, die zur Errichtung dieses Hauses das ihre beigetragen haben, insbesondere dem Stadtrat Breitner und Siegel und ihren Mitarbeitern, weiters den Architekten Chalensch und Schopper und allen anderen geistigen und manuellen Arbeitern die an dem Bau mitgewirkt haben.

Schulkinder führten dann einen Reigen auf. Die Musikkapelle schloss mit dem Niede der Arbeit die Feier.

Die Festgäste besichtigten dann die Anlage, die 127 Wohnungen umfasst.

Die Eröffnung des Thury-Hofes.

Die in der Marktgassee-Thurygasse-Salzergasse an Stelle der kleinen gesundheitsschädlichen Gebäude errichtete Wohnhausanlage wurde gegen fünf Uhr nachmittags eröffnet. Nicht nur die Anlage selbst, die nach der Ortsbezeichnung "Thury-Hof" benannt wurde, hatte Festschmuck angelegt, sondern auch die meisten umliegenden Häuser hatten die Fenster mit Blumen und Fähnchen geschmückt. Der Thury-Hof zählt 107 Wohnungen und einen Kindergarten. Die Baupläne haben die Architekten Viktor Mittag und Karl Hauschka verfasst. Gemeinderat Innerhuber überbrachte der Gemeindeverwaltung den Dank der Bevölkerung von Lichtental für die durch die Errichtung dieses Wohnbaues erzielte Assanierung. Er ersuchte die Gemeinde auf diesem Weg

weiter zu schreiten, weil nur dadurch ein neues gesundes Geschlecht heranwachsen könne. Für die Mieter dankte Obmann Echsler, worauf lebhaft begrüßt amtsführender Stadtrat Professor Dr. Tandler namens des Bürgermeisters für den herzlichen Empfang dankte, und darauf verwies, dass der Bürgermeister versprochen habe, hier gesunde, hygienisch einwandfreie Wohnungen zu schaffen. Das Versprechen ist eingelöst worden und nun erhebt sich hier in einer der ältesten Vorstädte Wiens ein prächtiger moderner Wohnhausbau. Wenn auch das Wohnbauprogramm der Gemeinde von einer kleinen Schichte angefeindet werde, so hat doch der grösste Teil der Wiener Bevölkerung den ungeheuren gesundheitlichen Wert dieses Werkes längst erkannt und die Gemeindeverwaltung ist sich der Zustimmung des Volkes von Wien sicher, wenn sie die Wohnbautätigkeit noch verstärkter, als bisher, fortsetzen wird. (Stürmischer Beifall).

Schulkinder in der Tracht der Lichtentaler Wäschermädchen führten dann einen Reigen auf. Mit Gesangs- und Musikverträgen und einer Besichtigung der neuen Anlage wurde die Feier geschlossen.

Die Eröffnungsfeier in Zwischenbrücken.

Um 6 Uhr abends wurde die letzte Eröffnungsfeier abgehalten. Die Gemeinde hat in Zwischenbrücken einen mächtigen Bau in zwei Teilen aufgeführt, der von der Engerthstrasse, Traisengasse, Wehlstrasse und Donauerschlingenstrasse begrenzt wird. Die Feier wurde mit Musik- und Gesangsvorträgen eröffnet. Dann begrüßte Bezirksvorsteher Jansek die Gäste und dankte der Gemeindeverwaltung für das rege Interesse, das sie dem Bezirk entgegenbrachte. So sehr der Bezirk vor dem Krieg vernachlässigt wurde, so sehr werde jetzt neues geschaffen. Durch grosszügige Wohnbautätigkeit ist die Wohnungsnot in der Brigittenau stark zurückgedrängt worden, hier wurde auch das erste Entbindungsheim der Gemeinde gebaut und zahlreiche Einrichtungen für die Kinder geschaffen. Die Bevölkerung würdige diese Aufbauarbeit und danke der Gemeinde für ihr soziales Wirken. Für die Mieter der beiden Anlagen dankte Obmann Wild in warmen Worten. Stürmisch begrüßt überbrachte dann amtsführender Stadtrat Professor Tandler die Grösse des Bürgermeisters. Man hat zu allen Zeiten, sagte Professor Tandler, Feste gefeiert. Die meisten waren Feste der Erinnerung, der Vergangenheit. Wir feiern auch Feste und in den letzten Jahren haben wir regelmässig auch in diesem Bezirk Feste veranstaltet. Das sind aber Feiern der Gegenwart und der Freude an dem, was geleistet wurde. Unsere Feste geben uns auch einen freudvollen Ausblick in die Zukunft. Dank der Arbeit vieler Menschen, sind diese grossen Bauten entstanden. Hier allein haben 1300 Familien eine gesunde Heimstätte gefunden. Dieses Werk schafft Familienglück, Gesundheit und Kultur. Mögen alle herkommen, mögen sie die freudvollen Gesichter der Alten und die leuchtenden Kinderaugen sehen und daraus erkennen, was hier gutes und grosses vollbracht worden ist. Wer weiss, wie früher das Volk gewohnt hat, der wird den Unterschied zwischen einst und jetzt erkennen. Im Namen des Bürgermeisters erklärt dann Professor Tandler, dass die Gemeindeverwaltung dem für richtig erkannten Weg zielbewusst weitergehen werde. (Stürmischer Beifall).

Mit Musik- und Gesangsvorträgen wurde die Feier beendet. Die Gäste besichtigten dann die Anlagen, den Kindergarten, die Zentralwäscherei und die Badsanlage. In den grossen Gartenhöfen wurde den Gemeindefunktionären überall ein herzlicher Empfang zu teil.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 164  
Karl H o n a y

Wien, am Sonntag, den 24. April 1927

Nationalrat Wien

<u>Wahlkreis:</u>	<u>Bezirke:</u>	<u>Mandate:</u>
1 (Innen-Ost)	1., 3., 4.,	6
2 (Innen-West)	6., 7., 8.,	4
3 (Nord-West)	9., 18., 19.,	5
4 (Nord-Ost)	2., 20., 21.,	8
5 (Süd-Ost)	5., 10., 11.,	7
6 (Süd-West)	12., 13., 15.,	7
6 (West)	14., 16., 17.,	8

Gemeinderat Wien:

<u>Bezirk:</u>	<u>Wahlspiegel:</u>	<u>Mandate:</u>
1.	36 <del>40</del> ✓	2
2.	135 <del>157</del> ✓	9
3.	119 <del>145</del> ✓	9
4.	46 <del>54</del> ✓	3
5.	79 <del>93</del> ✓	6
6.	45 <del>53</del> ✓	3
7.	55 <del>66</del> ✓	4
8.	38 <del>57</del> ✓	3
9.	71 <del>86</del> ✓	6
10.	119 <del>160</del> ✓	10
11.	44 <del>44</del> ✓	3
12.	102 <del>115</del> ✓	7
13.	96 <del>133</del> ✓	9
14.	72 <del>75</del> ✓	5
15.	45 <del>58</del> ✓	3
16.	128 <del>164</del> ✓	11
17.	74 <del>93</del> ✓	6
18.	70 <del>70</del> ✓	6
19.	50 <del>60</del> ✓	3
20.	91 <del>88</del> ✓	6
21.	76 <del>101</del> ✓	6

Innere Stadt: 36 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 15 Sprengeln bekannt: Sozialdemokraten 3377, Einheitsliste 4907, Demokraten 471, Jüdische Partei 283.

Mariahilf: 45 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse aus 16 Sprengeln bekannt: Sozialdemokraten 5359, Einheitsliste 5556, Demokraten 121, Kommunisten 8, völkisch-soziale 20.

Hietzing: 96 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 20 Sprengeln bekannt: Sozialdemokraten 7843, Einheitsliste 6071, Demokraten 97, Kommunisten 59, völkisch-sozial 71 und Ständebund 32.

Wieden: 46 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 11 Sprengeln bekannt: Sozialdemokraten 2642, Einheitsliste 4162, Demokraten 890, völkisch-sozial 60.

Josefstadt: 38 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 20 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 6035, Einheitsliste 7326, Demokraten 287, Kommunisten 28, völkischsoziale 158.

Floridsdorf: 79 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 30 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 14.439, Einheitsliste 4222, Demokraten 146, Kommunisten 124, Ständebund 51

Ottakring: 128 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 40 Sprengeln gültige Stimmen 25218, Sozialdemokraten 18.229, Einheitsliste 6294, Demokraten 266, Kommunisten 388, völkisch-soziale 91.

Währing: 70 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 20 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 6691, Einheitsliste 6275, Demokraten 92, Kommunisten 43, völkisch-soziale 192, Ständebund 32

Döbling: 50 Sprengeln bis jetzt die genauen Ergebnisse von 20 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 9739, Einheitsliste 6998, Demokraten 231, Kommunisten 63, völkisch-soziale 124, Ständebund 60

Ottakring: 50 Sprengeln. Sozialdemokraten 24062, Einheitsliste 8206, Demokraten 279, Kommunisten 529, völkisch soziale 123.

Mariahilf: 45 Sprengeln, bis jetzt sind von 30 Sprengeln die genauen Ergebnisse bekannt. Sozialdemokraten 10.170, Einheitsliste 9965, Demokraten 444, völkischsoziale 73, Kommunisten 96.

Neubau: 55 Sprengeln, bis jetzt genaue Ergebnisse von 40 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 11.714, Einheitsliste 12.963, Demokraten 593, Kommunisten 49, völkisch soziale 170

Hietzing: 96 Sprengeln, bis jetzt genauen Ergebnisse von 70 Sprengeln bekannt. Sozialdemokraten 33.114, Einheitsliste 21.301, Demokraten 351, Kommunisten 484, völkisch soziale 277

Josefstadt 32.616 Wahlberechtigte. 38 Wahlsprengeln. Genaue Resultate von 36 bekannt. Sozialdemokraten 11.338, Einheitsliste 14.744, Kommunisten 70, Demokraten 499, jüdische Partei 412, völkisch soziale 303. Mandate 3, davon ein Sozialdemokrat zwei Einheitsliste (Keine Veränderung)

Innere Stadt: 36. Sprengeln bis jetzt die genauen Resultate von 33 bekannt. Sozialdemokraten 7118, Einheitsliste 11.598, Demokraten 1051, jüdisch national 508.

Margareten: 79 Sprengeln, bis jetzt die genauen Ergebnisse von 44 bekannt. Sozialdemokraten 17.210, Einheitsliste 10.662, Demokraten 240, Kommunisten 137, völkisch soziale 150, Ständebund 139.

Leopoldstadt: 135 Sprengeln bis jetzt die genauen Ergebnisse von 120 Sprengeln. Sozialdemokraten 45.055, Einheitsliste 22.465, jüdisch nationale 3859, Demokraten 1402, Kommunisten 324, völkisch soziale 295, Ständebund 182.

Alsergrund: 39 Sprengeln, Sozialdemokraten 14.870, Einheitsliste 11.940,

Währing: 30 Sprengeln, Sozialdemokraten 10.604, Einheitsliste 9812.

Mariehilf: 45 Sprengeln, bis jetzt von 40 Sprengeln die Resultate bekannt:  
Sozialdemokraten 13.820, Einheitsliste 13.995, Demokraten 685, Kommunisten  
151, völkisch-sozial 88. (Abgegebene Stimmen 29.090. Davon ungültig 421.  
Gesamtwählerzahl 37.710).

Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat Neubau: Gültig abgegebene  
Stimmen 38.282. Auf die Sozialdemokraten entfielen 17.556, auf die Einheits-  
liste 19.486, auf die Demokraten 862, Kommunisten 88 und auf den völkisch-  
sozialen Block 290. Gewählt sind die Christlichsozialen Zimmerl, und Ellend  
und die Sozialdemokraten Stubianek und Täubler

Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat in Hietzing: Abgegebene  
Stimmen 82.126. Ungültig 667, daher gültig 81.459. Es entfielen auf die So-  
zialdemokraten 48.283, auf die Einheitsliste 31.295, auf die Demokraten  
557, auf die Kommunisten 717, auf den völkisch-sozialen Block 418 auf den  
Ständebund 189. Gewählt sind: Die Sozialdemokraten Kurz, Hofbauer, Broczyner  
Feldhofer, Weigl und Bartisal und die Christlichsozialen Kanschak, Huber,  
und Lehninger. Besitzstand unverändert.

Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat in der  
Josefstadt. Abgegebene Stimmen 29.192. Ungültig 569 daher gültig 28.618.  
Es entfielen auf die Sozialdemokraten 12.005, auf die Einheitsliste  
15.623, auf die Demokraten 624, auf die Kommunisten 68 und auf den völkisch  
sozialen Block 315. Gewählt sind für die Einheitsliste Breyer und Schlö-  
sänger und der Sozialdemokrat Gröbner Johann. Besitzstand unverändert.

Innere Stadt Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat in der  
Inneren Stadt. Abgegebene Stimmen 22.840 davon ungültig 384, daher gültig  
22.456. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 7974, auf die Einheitsliste  
12.803, auf die Demokraten 1.124 und auf die jüdischen 555. Gewählt  
sind für die Einheitsliste Dr. Alma Motzke und der Sozialdemokrat Dr.  
Friedjung. Besitzstand unverändert.

Wieden. Endgültiges Ergebnis des Gemeinderates: Abgegebene Stimmen 33871  
davon ungültig 466, daher gültig 33.405. Es entfielen auf die Sozialdemokrat  
12.038, auf die Einheitsliste 20.614, auf die Demokraten 516 und auf den  
völkisch sozialen Block 237. Gewählt sind für die Einheitsliste  
Panosch und Stögger und der Sozialdemokrat Biner Leopold. Besitzstand  
unverändert.

Mariabühl Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegebene Stimmen 33.663 ungültig 518, daher gültig 33.145. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 15.871, auf die Einheitsliste 16.264, auf die Demokraten 753, auf die völkisch-sozialen 92 und auf die Kommunisten 165. Gewählt sind für die Einheitsliste Untermüller und Schiener Anton und der Sozialdemokrat Gross Johann. Besitzstand unverändert.

Josefstadt Richtigstellung: Das bereits gemeldete Ergebnis der Wahlen in der Josefstadt wird richtiggestellt: Abgegebene Stimmen 29.192, ungültig 569, daher gültig 28.623. Es entfielen auf die Sozialdemokraten 12.005, auf die Einheitsliste 15.605, auf die Demokraten 624, auf die Kommunisten 68 und auf den völkisch sozialen Block 321. Gewählt sind wie bereits gemeldet Preyer und Schlösinger für die Einheitsliste und der Sozialdemokrat Johann Grübner. Besitzstand unverändert.

Endgültiges Ergebnis der Wahlen für den Gemeinderat in Simmering: Abgegebene Stimmen 31.697, ungültig 244, daher gültig 31.453. Auf die Sozialdemokraten entfielen 22.569, auf die Einheitsliste 8563, auf die Demokraten 140, auf die Kommunisten 181. Gewählt sind: Die Sozialdemokraten Hedorfer Florian, Rzehak Franz und für die Einheitsliste Prinke Franz. Besitzstand unverändert.

Endgültiges Ergebnis der Wahlen für den Gemeinderat in Döbling: Abgegebene Stimmen 34.021, ungültig 400, daher gültig 33.621. Auf die Sozialdemokraten entfielen 18.119, auf die Einheitsliste 14.545, auf die Demokraten 534, auf die Kommunisten 117, auf den völkisch-sozialen Block 222 und auf den Ständebund 84. Gewählt sind die Sozialdemokraten Reisinger Karl und Schmid Karl und für die Einheitsliste Dr. Franz Hengl. Besitzstand unverändert.

Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat in Fünfhaus: Abgegebene Stimmen 36.046, ungültig 332, daher gültig 35.714. Auf die Sozialdemokraten entfallen 21.250, auf die Einheitsliste 13.462, auf die Demokraten 410, auf die Kommunisten 213, auf den völkisch-sozialen Block 270 und auf den Ständebund 109. Gewählt sind die Sozialdemokraten Witzmann Johann und Königstätter Käthe und für die Einheitsliste Waldeam Hans. Besitzstand unverändert.

Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat in auf der Landstrasse. Gültige Stimmen 86.269. Auf die Sozialdemokraten entfallen 44.850, auf die Einheitsliste 39.186, Demokraten 1300, Kommunisten 280, völkisch-sozialer Block 433, Ständebund 220. Gewählt sind von den Sozialdemokraten Karl Seitz, Anton Kohl, Leopold Thaller, Otto Eisinger und Aline Furtmüller von der Einheitsliste Quirinus Altmayer, Hans Binder, Josef Dirismayr und Dr. Otto Wagner.

Leopoldsdorf: Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegebene Stimmen 85.076, ungültig 555, daher gültig 84.251. Auf die Sozialdemokraten entfallen 51.574, auf die Einheitsliste 26.203, auf die Demokraten 1556, auf die jüdische Liste 424, auf die Kommunisten 369, auf den völkisch-sozialen Block 351 und auf den Ständebund 224. Die Sozialdemokraten gewinnen ein Mandat, die jüdischnationalen verlieren das bisher innegehabte Mandat. Gewählt sind die Sozialdemokraten Georg Emmerling, Hermann Fischer, Leopold Grünfeld, Julius Bernann, Therese Ammon und Bertold Fuhs und für die Einheitsliste Johann Körber, Marie Wielsch und Josef Hörnayer.

Floridsdorf: Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegebene Stimmen 56.379, ungültige Stimmen 536, gültig 55.843. Sozialdemokraten 39.754, Einheitsliste 15.318, Demokraten 206, Kommunisten 358, Ständebund 207. Mandate 5 zu eins. Gewählt sind die Sozialdemokraten Anton Weber, Paul Speiser, Konrad Löttsch, Johann Ise, und Johann Böhm, und für die Einheitsliste Franz Hoss.

Rudolfsheim: Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegeben Stimmen 49.735, ungültig 511, daher gültig 49.224. Es entfallen auf die Sozialdemokraten 33.311, auf die Einheitsliste 14.817, auf die Demokraten 480 und die Kommunisten 563, und auf den Ständebund 53. Gewählt sind die Sozialdemokraten Josef Hellmann, Anna Grünwald, Josef Beisser, Johann Hartmann und für die Einheitsliste Franz Hader. Besitzstand unverändert.

Margareten: Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegebene Stimmen 59.724, ungültig 430, daher gültig 59.294. Es erhalten die Sozialdemokraten 34.944 Stimmen, die Einheitsliste 23.169, die Demokraten 539, die Kommunisten 230, der völkisch sozialer Block 317 und der Ständebund 95. Gewählt sind die Sozialdemokraten Anton Grolig, Viktor Stein, Siegfried Rausnitz, Dr. Hans Neubauer und von der Einheitsliste Karl Angermayer und Karl Marbaul. Besitzstand unverändert. In die Bezirksvertretung wurden 18 Sozialdemokraten und 12 Einheitsliste gewählt.

Alsergrund: Endgültiges Ergebnis der Wahlen in den Gemeinderat: Abgegebene Stimmen 54.856, ungültige 273, daher gültige Stimmen 54.583. Sozialdemokraten 28.471, Einheitsliste 22.415, Demokratische Liste 1539, Jüdische Partei 1516, Kommunisten 133, völkisch sozialer Block 346, Ständebund 163. Gewählt sind die Sozialdemokraten Dr. Julius Tandler, Friedrich Schleifer, Karl Innerhuber und die Einheitsliste Karl Rummelhardt, Rudolf Staffinger und Franz Erben. Besitzstand unverändert. In die Bezirksvertretung wurden gewählt 16 Sozialdemokraten und 14 von der Einheitsliste.

Favoriten: Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat: Wahlberechtigte 95.152. Gültige Stimmen 88.824. Davon Sozialdemokraten 65.973, Einheitsliste 20.332, Demokraten 1019, jüdische Partei 31, Kommunisten 1066, völkisch-soziale 288, Ständebund 115. Die zehn Gemeinderatsmandate verteilen sich auf acht Sozialdemokraten und zwei Mitglieder der Einheitsliste. Die Bezirksvertretung setzt sich aus 23 Sozialdemokraten und sieben Christlichsozialen zusammen. Gegenüber dem Jahre 1923 ergibt sich in der Zusammensetzung des Gemeinderates keine Veränderung. Gewählt sind: Die Sozialdemokraten Dr. Robert Danneberg, Hies Johann, Bock Marie, Kopriva Julius, Alt Berholt, Machant Anton, Meidl Anton, Lutz Johann; Einheitsliste Biber Ludwig und Wawerka Karl.

Ottakring Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat! Abgegebene Wahlberechtigte 105.486 /Stimmen 99.019, ungültig 739, daher gültig 98.280. Es erhielten die Sozialdemokraten 71.019 Stimmen, die Einheitsliste 24.504, die Demokraten 841, die Kommunisten 1507 und der völkisch soziale Block 409. Die Sozialdemokraten verlieren ein Mandat an die Einheitsliste. Gewählt sind: die Sozialdemokraten Frauz Siegel, Otto Nachtnebel, Cäcilie Lipka, Eduard Emil Schafranek, Schütz, Alois Wawruschek, Josef Hernstein und Johann Suchanek. Von der Einheitsliste Franz Ullreich, Adalbert Millig und Stefan Hölzler. In die Bezirksvertretung wurden 23 Sozialdemokraten und 7 Mitglieder der Einheitsliste gewählt.

Meidling Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat. Wahlberechtigte 71.140. Abgegebene gültige Stimmen 66.650 davon Sozialdemokraten 43.513, Einheitsliste 21.847, Demokraten 511, Kommunisten 411, völkisch sozial 251, Ständebund 117. In der Mandatsverteilung für den Gemeinderat keine Veränderung. 5 Sozialdemokraten: Karl Richter, Edmund Reismann, Leopoldine Glöckel, Michael Danek und Franz Kogler. Zwei Mitglieder der Einheitsliste Josef Müller und Rudolf Gschladt. Die Bezirksvertretung setzt sich aus 22 Sozialdemokraten und 8 Mitgliedern der Einheitsliste zusammen.

Währing Wahlberechtigte 60.298. Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat. Abgegebene Stimmen 54.698, ungültig 457, gültige 54.241 Stimmen Sozialdemokraten 26.299, Einheitsliste 26.263, Demokraten 600, Kommunisten 135, völkisch sozialer Block 810, Ständebund 135. In den Gemeinderat sind gewählt die Sozialdemokraten Julius Linder, Qairin Kokrda, Max Wagner. Von der Einheitsliste Karl Hellenbek, Dr. Viktor Kellasser Hans Pfeifer. Besitzstand unverändert. Bezirksvertretung 15 zu 15.

Hernals Endgültiges Resultat der Wahlen in den Gemeinderat 61.515 Wahlberechtigte. Abgegebene gültige Stimmen 56.901. Davon Sozialdemokraten 35.609, Einheitsliste 20.110, Demokraten 295, Kommunisten 534, völkisch-soziale 353. In der Verteilung der Gemeinderatsmandate keine Veränderung: vier Sozialdemokraten, zwei Einheitsliste. Gewählt sind: Anton Wimmer, Jenschik Anton, Peter Schön, Schneider Stanislaus (Sozialdemokraten). Doppler Leopold und Uebelhör Rudolf (Einheitsliste). Die Bezirksvertretung setzt sich aus 19 Sozialdemokraten und 11 Mitgliedern der Einheitsliste zusammen.

Brigittenau Wahlberechtigte 61.700. Abgegebene Stimmen 58.477. Ungültig 313, daher gültig 58.164. Es erhielten die Sozialdemokraten 42.512 Stimmen, die Einheitsliste 13.762, die Demokraten 114, die jüdische Partei 888, die Kommunisten 549, der völkisch-soziale Block 199, der Ständebund 114. Gewählt sind fünf Sozialdemokraten und zwar Hugo Breitner, Josef Hammerschmidt, Johann Pokorny, Julius Blum und Karl Michal; von der Einheitsliste Ingenieur Karl Schels. Besitzstand unverändert. In die Bezirksvertretung wurden 23 Sozialdemokraten und sieben Mitglieder der Einheitsliste.

Die Ergebnisse der Wahlen für den Nationalrat:

Im ersten Ermittlungsverfahren 29 Sozialdemokraten und 15 Mitglieder der Einheitsliste gewählt. Ein Restmandat fällt der Einheitsliste zu, daher verteilen sich die 45 Nationalratsmandate für Wien auf 29 Sozialdemokraten und 16 Mitglieder der Einheitsliste.

Wahlkreis I (Innen-Ost: Innere Stadt, Landstrasse, Wieden)

Gültige Stimmen 144.402. Davon Sozialdemokraten 65.286, Einheitsliste 72.699, der Rest auf die kleineren Parteien. Der Wahlkreis hat sechs Mandate. Die Hälfte bekommen die Sozialdemokraten, die Hälfte die Christlichsozialen. Gewählt sind die Sozialdemokraten Dr. Otto Bauer, Eduard Rieger und Richard Seidel, Einheitsliste Dr. Ignaz Seipel, Richard Schmitz und August Wotawa.

Wahlkreis II (Innen-West: Mariahilf, Neubau, Josefstadt)

Gültige Stimmen 101.884. Davon Sozialdemokraten 45.152, Einheitsliste 51.177. Der Wahlkreis hat vier Mandate und zwei bekommen die Sozialdemokraten und zwei die Einheitsliste. Gewählt sind: Die Sozialdemokraten Karl Leuthner und Karl Klimberger und die Mitglieder der Einheitsliste: Eduard Heigl und Dr. Viktor Kienböck.

Wahlkreis III (Nord-West: Alsergrund, Währing und Döbling)

Gültige Stimmen 133.608. Davon Sozialdemokraten 68.739, Einheitsliste 58.026. Zur Vergehung kommen 5 Mandate, davon drei Sozialdemokraten, zwei Einheitsliste. Gewählt sind die Sozialdemokraten: Otto Glückel, Maria Proft und Heinrich Allina, von der Einheitsliste Matthias Partik und Dr. Odehnal Franz.

Wahlkreis IV (Nord-Ost: Leopoldstadt, Brigittenau und Floridsdorf)

Gültige Stimmen 199.205. Davon Sozialdemokraten 134.317, Einheitsliste 55.075. Die acht Mandate verteilen sich auf sechs Sozialdemokraten und zwei Vertreter der Einheitsliste. Gewählt sind die Sozialdemokraten Karl Seitz, Dr. Wilhelm Ellenbogen, Matthias Eldersch, Emmy Freundlich, Karl Pick, Johann Janacek und von der Einheitsliste Dr. Heinrich Mataja und Otto Volker.

Wahlkreis V (Süd-Ost: Margareten, Favoriten und Simmering)

Gültige Stimmen 177.684. Davon Sozialdemokraten 121.579, Einheitsliste 51.704. Die sieben Mandate verteilen sich auf fünf Sozialdemokraten und zwei Einheitsliste. Gewählt sind die Sozialdemokraten Johann Pölzer Anton Hueber, Amalie Seidel, Anton Hölzl, Alois Bauer, Einheitsliste Franz Spalovsky und Dr. Anton Jerzabek.

Wahlkreis VI (Süd-West: Meidling, Hietzing und Fünfhaus)

Gültige Stimmen 185.809. Sozialdemokraten 113.784, Einheitsliste 66.711. Die Sozialdemokraten erhalten vier die Einheitsliste zwei Mandate. Ein Reststimmmandat. Gewählt sind die Sozialdemokraten August Ferstner, Dr. Julius Deutsch, Wilhelm Schiegel, Anna Boschek und die Einheitsliste Leopold Kunschak und Karl Vaugoin.

Wahlkreis VII (West: Rudolfsheim, Ottakring und Hernals)

Gültige Stimmen 203.425. Davon Sozialdemokraten 138.434, Einheitsliste 58.965. Sechs Sozialdemokraten und zwei Einheitsliste. Gewählt sind die Sozialdemokraten Albert Sever, Ferdinand Skaret, Adelheid Popp, Franz Zelenka, Karl Velkert, Friedrich Austerlitz, Einheitsliste Friedrich Schönsteiner, Josef Heigl.

In ganz Wien entfallen auf die Sozialdemokraten 45.106 Reststimmen. Auf die Einheitsliste 86.877. Es fällt daher das im VI. Wahlkreis errechnete Restmandat der Einheitsliste zu.

.....

Wien, am Montag, den 25. April 1927

Die Zusammensetzung der Wiener Bezirksvertretungen.

Es stehen nunmehr die genauen Ergebnisse der Wahlen für die 21 Wiener Bezirksvertretungen fest. Es wurden gewählt:

<u>Bezirk:</u>	<u>Sozialdem.</u>	<u>Einheitsl.</u>	<u>Demokr.</u>	<u>Jüd. Partei:</u>
Innere Stadt	11	18	1	0
Leopoldstadt	19	10	0	1
Landstrasse	16	14		
Wieden	11	19		
Margareten	18	12		
Mariahilf	15	15		
Neubau	14	16		
Josefstadt	13	17		
Alsergrund	17	13		
Favoriten	23	7		
Simmering	22	8		
Meidling	20	10		
Hietsing	18	12		
Rudolfsheim	21	9		
Fünfhaus	18	12		
Ottakring	23	7		
Hernals	19	11		
Währing	15	15		
Döbling	17	13		
Brigittenau	23	7		
Floridsdorf	22	8		
Zusammen	375	253	1	1

Es sind also nur in zwei Bezirken Vertreter der kleineren Parteien gewählt worden. In der Inneren Stadt der schon jetzt dem Bezirksrat als Vertreter der demokratischen Partei angehörige Mediziner Dr. Koloman Freuder und in der Leopoldstadt der der jüdischen Partei angehörige Kaufmann Nachmann Rappaport.

In der Zusammensetzung der Bezirksvorstehertritte keine Aenderung. Die Bezirke Innere Stadt, Wieden, Mariahilf, Neubau und Josefstadt, die schon bisher einen christlichsozialen Bezirksvorsteher hatten, behalten ihn weiter. In den übrigen 16 Bezirken verbleiben die Sozialdemokratischen Vorsteher.

Im Jahre 1923 hatten die Sozialdemokraten 354 Bezirksratsmandate inne; ihr Gewinn beträgt daher 21 Mandate. Die in der Einheitsliste vereinigten Parteien hatten im Jahre 1913 insgesamt 266 Bezirksratsmandate; sie haben gestern 13 Mandate verloren. Die jüdische Partei hatte im Jahre 1923 in ganz Wien zehn Bezirksvertretungsmandate; sie hat jetzt nur mehr ein Mandat.

Wien, Dienstag, den 26. April 1927.

Eröffnung von städtischen Wohnhausanlagen in Hietzing. Am Samstag wird Bürgermeister Seitz in Hietzing zwei grosse kommunale Wohnhausbauten eröffnen. Die beiden Anlagen sind bereits seit längerer Zeit bewohnt. Um 1/2 5 Uhr nachmittags wird der Wohnhausbau in der Lenneisgasse-Fenzlgasse-Goldschlagstrasse eröffnet; an diese Feier schliesst sich an die Eröffnung der Wohnhausanlage in der Hinkelgasse - Barchettigasse - Sebastian Kelehgasse - Meisselstrasse.

Die Lobau kann wieder besucht werden! Infolge der Bemühungen der Gemeinde wurde die Lobau im vergangenen Jahr für den allgemeinen Besuch im Sommer zugänglich gemacht. Der grosse Naturpark zeigt jetzt den herrlichsten Frühlingssehmuck und kann seit Sonntag wieder besucht werden. Der Eintritt ist nur an Donnerstagen gesperrt. An allen übrigen Tagen ist die Lobau gegen eine Gebühr von zwanzig Groschen für Erwachsene und zehn Groschen für Kinder von sieben Uhr früh an geöffnet. Auch Fuhrwerke und Automobile können die Lobau auf der Strecke Aspern bis zum Jägerhaus gegen eine Gebühr, die für Automobile drei Schilling und für Motorräder einen Schilling beträgt, befahren. Im Lobgrund und im Forsthaus wurde ein Milchsausschank errichtet. Vorzüglich markierte Wege und malerische Ruheplätze ermöglichen die bequeme Durchwanderung der Lobau. Die Eintrittskarten und ein hübsch ausgestatteter Führer sind an Sonn- und Feiertagen bei den Eingangstoren erhältlich, an Wochentagen in Gross-Enzersdorf, Uferhaus und Egerer; in Aspern: Jägerhaus; am Schutzdamm: Gasthaus Grill (Roter Hiasl); am Praterspitz: Ueberfuhr Löscher; in Wien: an den Kassen der Binnenschiffahrts A.G. (Marienbrücke und Urania).

Der Kampf der Gemeindeverwaltung gegen die Staubplage. Der Zustand der Wiener Strassen entsprach schon vor dem Krieg nicht mehr den Anforderungen des Verkehrs und der Hygiene. Waren doch von den rund elf Millionen Quadratmetern Fahrbahnflächen nur sieben Prozent mit geräuschverminderten, waschbaren Belegen auf starker Betondeckung ausgestattet. Es waren dies meist Holz- und Stampfasphalt-Strassen. Die Hälfte aller Strassen waren gewöhnliche Schotterstrassen: 43 Prozent waren mit Granitwürfeln gepflastert, aber ohne regelrechten Unterbau, nur auf einer Schichte von Rundschotter liegend und mit Sandfüllung der Fugen ausgeführt. Ist es schon an sich eine erschreckende Tatsache, dass die Hälfte aller Strassen vor dem Krieg minderwertig ausgeführte Schotterstrassen waren, so wird dieser Miasstand noch vergrössert, weil in einzelnen Bezirken nahezu alle Strassen gepflastert waren, während in den äusseren Bezirken auch die Strassen mit starkem Verkehr nur geschottert wurden. Die Holz- und Asphaltstrassen lagen zusammenhanglos über das Stadtgebiet zerstreut. Diese Unzulänglichkeit wurde infolge der Zunahme des Autoverkehrs immer deutlicher sichtbar. Während der Kriegsjahre haben dann die eisenbereiften Lastkraftwagen geradezu furchtbar die Strassendecken Wiens beschädigt. Die meisten Strassen hatten zahlreiche Schlaglöcher, ja selbst grössere Senkungen; die Schotter

strassen waren vollständig abgefahren, bei schönem Wetter entwickelten sie Staubwolken, bei Regen bildeten sie ein Schlammmeer. In den Jahren 1919 bis 1922 musste sich die Gemeindeverwaltung auf die Behebung der grössten Schäden beschränken. In Jahre 1923 wurde mit der Verbesserung der Strassen grosszählig begonnen und neun Millionen Schilling dafür aufgewendet. Im Jahre 1924 stiegen die Ausgaben für die Strassenbauten auf 11.7 Millionen Schilling, erreichten 1925 bereits 12.4 Millionen Schilling und betragen in den Jahren 1926 und 1927 rund 17 Millionen Schilling für jedes der beiden Jahre. Der Wiederaufbau des Wiener Strassennetzes vollzieht sich jetzt nach einer neuen Methode. Der Kalkschotter, früher das einzige und wenig haltbar, deshalb staubbildend Material der Schotterstrassen, ist

seit zwei Jahren vollständig durch den ungleich widerstandsfähigeren Hartschotter verdrängt worden. Der moderne Bitumenstrassenbau, der statt der unzureichenden Wasserbindung die Bindung der Schotterteile durch Asphalt oder Teer und damit die Staubbefreiheit erreicht, wird im grossen Umfang angewendet. Nach diesen neuen Methoden wurden in Wien bis Ende 1926 rund 220.000 Quadratmeter oder 27 Kilometer Strassenlänge Walzasphalt und 320.000 Quadratmeter oder 40 Kilometer Strassenlänge Schotterstrassen mit Bitumenüberzug hergestellt. Bei den neuen Pflasterstrassen werden die Fugen mit Asphalt vergossen, wodurch Staubbefreiheit und Waschbarkeit der Strassendecke erzielt wird. Der Fortschritt im Strassenbau kommt auch in der maschinellen Ausrüstung zum Ausdruck. Die Gemeinde verfügte im Jahre 1919 nur über 15 Dampfwalzen, gegenwärtig sind 17 Dampfwalzen, sieben Motorstrassenwalzen, zwei Motorgewegwalzen und ein Kompressor in Betrieb. Interessant ist auch die von 1919 bis 1926 verbrauchten Strassenbaustoffe. Die Gemeinde Wien hat in dieser Zeit 11.7 Millionen Würfel oder 19.500 Waggon und 400.000 Quadratmeter Schlägelschotter oder 60.000 Waggon in die Strassen eingebaut. Die Steinmenge entspricht einer Strassenfläche von 400.000 Quadratmetern. Mit dem Schlägelschotter wurden rund 1.3 Millionen Quadratmeter Strassen instandgesetzt, 170.000 Quadratmeter Bitumenstrassen, zahlreiche andere Strassenzüge neu hergestellt und auch die übrigen Schotterstrassen ausgebessert. Der Abbau der gewöhnlichen Schotterstrassen vollzieht sich planmässig. Von den 5.5 Millionen Quadratmetern gewöhnlichen Schotterstrassen wurden 230.000 Quadratmeter hauptsächlich mit Granit, teilweise auch mit Holz gepflastert, 130.000 Quadratmeter wurden als Walzasphaltstrassen umgebaut, 320.000 Quadratmeter neu instandgesetzt und mit Bitumen überzogen. Ausserdem wurden 20.000 Quadratmeter schadhafte Granitpflasterungen in Holz oder Asphaltpflaster umgewandelt. Schliesslich wurden noch 2.3 Millionen Quadratmeter Schotterstrassen durch Oelung vorläufig staubfrei gemacht.

Die Gemeindeverwaltung hat auch die Gehwege vollständig instandgesetzt, die während des Krieges stark gelitten hatten.

Im Jahre 1927 wird die Gemeinde 2.3 Millionen Granitwürfeln und mehr als 10.000 Waggon Schlägelschotter für den Strassenbau verwenden. Es werden 59.000 Quadratmeter durch Granit-, Holz- oder Asphaltpflaster ersetzt, 65.000 Quadratmeter werden als Walzasphaltstrassen umgebaut, 200.000 Quadratmeter erhalten einen Asphaltüberzug, nachdem diese Strassenflächen vorher vollständig instandgesetzt wurden. Es werden also wieder 324.000 Quadratmeter Strassenflächen durch dauerhafte, staubfreie Belege ersetzt. Ferner werden neuer 2.317.000 Quadratmeter Strassenfläche geölt, so dass von der ganzen ursprünglichen Schotterfläche nahezu ein Fünftel endgültig umgebaut und mehr als zwei Fünftel wenigstens vorläufig staubfrei gemacht worden sind. Auch der maschinelle Apparat für die Strassenbauten wird im Jahre 1927 bedeutend vergrössert.

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n e y  
Wien, Mittwoch, den 27. April 1927.

Der Strassenverkehrsausschuss des Völkerbundes im Rathaus. Die Mitglieder des Strassenverkehrsausschusses des Völkerbundes wurden heute aus Anlass ihrer Wiener Tagung im Rathaus empfangen. In Vertretung des Bürgermeisters begrüßte Vizebürgermeister Emmerling die Gäste und hiess sie in Wien herzlich willkommen. Oesterreich, sagte der Vizebürgermeister habe auf dem Gebiet des Verkehrswesens vieles nachzuholen und sei für jede Anregung dankbar. Es sei zu begrüßen, dass diese Tagung in Wien stattfindet. Von den Ergebnissen der Beratungen verspreche sich auch Wien den besten Erfolg. Für die Gäste dankte Präsident Stievenardt (Belgien) für den liebenswürdigen Empfang, der allen Mitgliedern des Strassenverkehrsausschusses im Wiener Rathaus bereitet wurde.

Die Eröffnung der Hietzinger Wohnhausbauten verschoben. Die städtischen Wohnhausanlagen in Hietzing (Lenneisgasse - Hickelgasse - Barchettigasse) werden nicht Samstag, sondern erst am Sonntag den 8. Mai, vormittags um halb elf Uhr eröffnet werden.

Geänderte Führung der Bahnhofrundlinie. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag wird der Bahnhofrundverkehr der Strassenbahn auf dem Margareten Gürtel vom Marienhilfengürtel über die Wallgasse - Gumpendorferstrasse - Reinprechtsdorferstrasse zum Matzleinsdorfer Platz geführt. Diese einmalige Ablenkung gilt für beide Fahrtrichtungen.

Verkehrsbeschränkung in der Grinngasse. Der Magistrat hat verfügt, dass in der Zeit des stärksten Marktverkehrs, das ist an Werktagen von 8 bis 11 Uhr vormittags, die Grinngasse zwischen der Dadler- und Schwendergasse, nicht befahren werden darf. Diese Verfügung erstreckt sich auch auf Radfahrer. Bei unbedingt notwendiger Zufahrt zu einem der dortigen Häuser, muss vorher die Markt- und Verkehrsabteilung Rudolfsheim verständigt werden. Übertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu hundert Schilling oder mit Arrest bis zu vierzehn Tagen geahndet.

Einunddreissig Cookreisen nach Wien. Das Interesse der Reisebüros des Westens für Wien nimmt immer mehr zu. Bekanntlich überlässt das amerikanische und englische Reisepublikum die Zusammenstellung der Reiserouten meist den grossen Büros, die sowohl Gesellschaftsreisen als auch Einzelreisen zusammenstellen. Während noch bis vor kurzer Zeit bei diesen Reiseprogrammen die Stadt Wien kaum berücksichtigt wurde, bringt das bekannte Reisebüro Th. Cook & Sohn alle in diesen Sommer nach einer der Fremdenverkehrskommissionen der Bundesländer Wien und Niederösterreich zugekommenen Nachricht ausser vielen Einzelreisenden nicht weniger als einunddreissig Gesellschaftsreisen aus Amerika und England nach Wien.

Frühling in Niederösterreich. Seit mehreren Tagen steht der Riesenobstgarten der Wachau in voller Blüte. Insbesondere die Pfirsich- und Kirschenbäume bieten dem Besucher der Wachau einen geradezu bezaubernden Eindruck. Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich macht auf die täglich ab Krenn stattfindenden Blüherundfahrten durch die Wachau aufmerksam. Das Strohbad Kritzendorf wird am 8. Mai eröffnet. Die Wochenendsiedlung in Kritzendorf zählt bereits dreihundert Hütten, die anlässlich der Eröffnung des Bades von den Wiener Besitzern wieder besucht werden dürften.

Wien, am Donnerstag, den 28. April 1927

Die Wiener Festwochen. Während der Wiener Festwochen (5. bis 19. Juni) wird die Wiener Mode besonders in Erscheinung treten. Am 5. Juni, dem ersten Tag der Festwochen, wird in der Freudenau das Derby gelaufen werden, das wie alljährlich auch mit einer Schau Wiener Modeerzeugnisse verbunden sein wird. Eine eigenartige Veranstaltung im Strandbad in Klosterneuburg wird am 11. Juni eine Modeschau zu Wasser und zu Lande bringen. Das Rennen um den grossen Modepreis wird diesmal am 12. Juni ebenfalls im Rahmen der Festwochen stattfinden. Da durch die Festwochen die Wiener Saison eine Verlängerung erfahren wird, dürfte auch dieses Rennen in weit höherem Masse ein Bild des Standes der Wiener Mode bieten, als seine Vorgänger. Am 18. Juni findet der Concours d' Elegance des Oesterreichischen Automobilklubs im Schlosshof von Schönbrunn statt, für den sich bereits lebhaftes Interesse kundgibt. An diesem Wettbewerb werden sich sowohl Sportwagen als auch offene Tourenwagen, schliessbare (Cabriolets, Landaullets, Allwetterkarosserien) und geschlossene Wagen (Coupes, Limusinen und Innenlenker) beteiligen. Die Kleidung der Insassen der Wagen muss dem Charakter des Wagens entsprechen. Da in allen Kategorien Damen sowohl als Lenker als auch als Passagiere zugelassen sind, wird die Veranstaltung der Wiener Mode grosse Entfaltungsmöglichkeiten bieten. Auch die Modeschau, die zweimal auf dem Poloplatz im Prater anlässlich der Internationalen Polospiele veranstaltet werden wird, dürfte besondere Ueberraschungen auf dem Gebiet der Mode bringen. Auch auf der Ausstellung "Wien und die Wiener" wird die Wiener Mode in weitgehender Weise berücksichtigt werden.

Reiselotterie des Wiener Jugendhilfswerkes. Die Ziehung der dritten Reiselotterie des Wjug findet am 4. Mai statt. Bestliche Lose sind noch in einigen Tabaktrafiken zu beziehen. Es können auch gegen Einsendung von fünfzig Groschen Lose beim Wiener Jugendhilfswerk, Rathausstrasse Nr. 9 durch die Post bezogen werden. Am Ziehungstag nicht bezahlte Lose, haben auf einen Treffer keinen Anspruch.

Wien auf der Berliner Wochenendausstellung. Auf der grossen Ausstellung "Das Wochenende" am Kaiserdamm in Berlin ist in der Funkhalle auch eine Abteilung "Das Wochenende" im Ausland" untergebracht. Die Vereinigten Staaten, England, Schweden und Dänemark sind in je einem Raum vertreten. Um den Besuchern der Ausstellung auch Gelegenheit zu geben einen Begriff vom Wochenende des Wiener zu bekommen, das die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich einvernehmlich mit dem Oesterreichischen Bundesbahnen und dem Oesterreichisch-deutschen Reisebüro in Berlin eine Sonderausstellung in zwei Räumen der Funkhalle untergebracht. Durch Dioramen werden die Hohe Wand, die Wachau und andere Gegenden der Umgebung Wiens vorgeführt. Bei dieser Gelegenheit werden auch neue Dioramen, die Wiener Ansichten darstellen, aufgestellt. Unter anderem zeigen diese Dioramen den Stefansplatz, das Belvedere, den Reumannhof u. s. w. Mit Rücksicht auf das Beethovenjahr wurde auch ein Diorama des Beethovenhauses in Heiligenstadt ausgestellt, die Wiener Sonderschau erfreute sich schon in den ersten Tagen der Ausstellung eines überaus regen Besuches. An den beiden Ostertagen wurden fünfzigtausend Besucher gezählt. Im Oesterreichisch-deutschen Reisebüro mehren sich auch die Anmeldungen für die Wiener Festwochen.

Wien, Freitag, den 29. April 1927.

Stadtbahn und Strassenbahn am 1. Mai. Am Sonntag, den 1. Mai 1927 (Staatsfeiertag), wird der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wiener städtischen Strassenbahn nach 1½ Uhr (ab Ring gerechnet) aufgenommen. - In der Kartenausgangskassa, VI., Bahlgasse 3, können am 1. Mai von 1½ bis 17 Uhr Zeitkarten bestellt und erneuert werden; die Fahrscheinvorverkaufsstellen sind an diesen Tagen von 1½ bis 18 Uhr 30 Minuten geöffnet.

#### Die grossen Wiener Festwochen.

Mit wachsendem Interesse verfolgt das Ausland die Vorbereitungen zu den Festwochen, die vom 5. bis 19. Juni in Wien und Niederösterreich abgehalten werden. Insbesondere die grosse Aktion "Wien wirbt für Wien", durch die jedem Wiener die Möglichkeit gegeben wird, seine auswärtigen Freunde und Bekannten auf Wien und Niederösterreich aufmerksam zu machen, findet das lebhafteste Verständnis der grossen Fremdenverkehrsorganisationen des Auslandes.

#### Die Verteilung der Werbebriefe.

Im Einvernehmen mit dem Zentralverband der Hausbesitzervereine und allen Organisationen der Hausbesorger lässt die Fremdenverkehrskommission durch Pfadfinder in allen Häusern Wiens die bekannten Aufträge anbringen, durch die die ganze Bevölkerung aufgefordert wird, ihre auswärtigen Bekannten, Freunde und Verwandten anzuregen, Wien und Niederösterreich zu besuchen. Die Werbebriefe, die mit hübschen Illustrationen versehen sind, können bei allen Hausbesorgern kostenlos behoben werden. Sollten in einzelnen Häusern die Werbebriefe nicht in der gewünschten Zahl zur Verfügung stehen, so empfiehlt es sich, von der Fremdenverkehrskommission im Messepalast diese Drucksorten zu verlangen.

#### Kongresse und Tagungen während der Festwochen.

Auch eine Reihe von Tagungen werden im Mai und Juni in Wien abgehalten. Der Verband der deutschen Sprachvereine in Berlin wird mit ungefähr dreihundert Mitgliedern seine Tagung in Wien abhalten. Der Reichsbund der katholisch-deutschen Jugendvereine hält seinen Gesellentag in Wien ab, an dem sich ungefähr fünftausend Mitglieder beteiligen werden. Ueberdies sind Tagungen des Oesterreichischen Verbandes deutscher Ingenieure, des Oesterreichischen Faktorenverbandes, des Verbandes Oesterreichischer Pelztierzüchter und des Altherrenbundes des Kartellverbandes geplant. Ferner findet während der Festwochen der Oesterreichische Esperantokongress und ein Fremdenverkehrstag der Mitteleuropäischen Wirtschaftstagung statt. Eine Oesterreichische Strassentagung, die von der Gesellschaft für Strassenwesen in Wien und Niederösterreich veranstaltet wird und eine Internationale Tagung des Willkommklubs werden das Kongressprogramm ergänzen. Auch neue Gesellschaftsreisen aus Deutschland, Holland und der Schweiz wurden in den letzten Tagen angemeldet.

#### Reinhardt und die Festwochen.

Für die Zeit der Festwochen bereitet das Theater in der Josefstadt die Aufführung von drei von Max Reinhardt persönlich inszenierten Werken vor. Tristan Bernard's "Gefällige Thierry" und voraussichtlich Frantisek Langers Schauspiel "Peripherie" werden durch Reinhardt für die Festwochen neu inszeniert werden. Ueberdies sind für diese Zeit auch Aufführungen des von Reinhardts inszenierten Lustspiels "Der Schwierige" von Hugo Hofmannsthal geplant, um den Besuchern der Festwochen auch im Theater in der Josefstadt ein repräsentatives oesterreichisches Werk vorzuführen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
Karl H o n a y

170  
Zweite Ausgabe

Wien, Freitag, den 29. April 1927.

-----  
Die Werbebriefe für die Festwochen. Anlässlich der bevorstehenden Festwochen werden gegenwärtig durch Pfadfinder in den Wiener Häusern Werbebriefe verteilt, die zur Versendung an auswärtige Freunde und Bekannte bestimmt sind. Diese Werbebriefe enthalten eine Reihe von Ansichten aus Wien und Niederösterreich. Von vorneherein war nicht daran gedacht, diese Werbedrucksorte, die in einer Massenaufgabe hergestellt werden musste, künstlerisch erstklassig auszustatten. Schon die mit der Herstellung verbundenen grossen Kosten bedingten, dass der für solche Flugblätter auch im Ausland übliche Rahmen eingehalten werden musste. Es haben nunmehr vier Präsidenten von Künstlervereinigungen der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich ein Schreiben übermittelt, in dem diese Werbedrucksorten als künstlerisch geschmacklos bezeichnet werden. Mit Rücksicht auf die grosse Bedeutung, die den Wiener Festwochen für die bildende Kunstlerschaft zukommt, wurden seinerzeit alle Künstlergenossenschaften zur Mitarbeit im Festkomitee aufgefordert. Die vier Präsidenten haben nunmehr ihren Austritt angemeldet. Diese Mitteilung wird der nächsten Sitzung der Fremdenverkehrskommission vorgelegt werden.

-----

Wien, am Samstag, den 30. April 1927

Festbeleuchtung des Rathauses und des Leuchtbrunnens. Anlässlich des Staatsfeiertages wird das Wiener Rathaus am Sonntag, den 1. Mai von halb neun Uhr abends bis zehn Uhr festlich beleuchtet werden. Der Leuchtbrunnen am Schwarzenbergplatz wird von acht bis neun Uhr abends in farbigem Licht erstrahlen. Alle städtischen Gebäude werden mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt. Bei der Besichtigung der Festbeleuchtung des Rathauses sind die Weisungen der Wachorgane genauestens zu befolgen. Die Gemeindeverwaltung macht ferner darauf aufmerksam, dass die Rasenbeete am Ring neu besäht wurden und deshalb ersucht wird, Beschädigungen durch Betreten der Beete zu vermeiden.

Graskarten für die Kriau. Die städtische Kleingartenstelle, I., Doblhoffgasse 6, Parterre, Tür 5, gibt an Werktagen von acht bis ein Uhr Graskarten für die Kriau aus. Preis einer Graskarte zwanzig Schilling.

Pfadfinderwettkämpfe während der Wiener Festwochen. In das Programm der Festwochen wurde eine grosszügige Pfadfinderveranstaltung aufgenommen. Am 4., 5. und 6. Juni werden im Lainzer Naturschutzpark pfadfinderische Wettkämpfe, verbunden mit Biwak, stattfinden. Im Rahmen dieser Darbietungen werden auch Volkstänze und Volksspiele aufgeführt. Im Lainzer Naturschutzpark wird ein vierhundert Zelte umfassendes Lager für 1500 Pfadfinder errichtet, die sich dort in fünfzehn Freilagerküchen, die im vollen Betrieb gezeigt werden, selbst verpflegen. Mit Rücksicht auf den internationalen Charakter der Festwochen werden auch mehrere Gruppen von ausländischen Pfadfindern, insbesondere aus den nordischen Staaten, erwartet.

Bezirksvertretung Hietzing Am Samstag, den 7. Mai um vier Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Hietzing eine Geschäftsitzung ab.

Verlängerung der Beethoven-Ausstellung. Das andauernde Interesse, das die Beethoven-Ausstellung im Rathaus in den weitesten Kreisen findet, hat die Gemeindeverwaltung veranlasst, diese Ausstellung bis 15. Mai für den allgemeinen Besuch offen zu halten. Die Besichtigung kann täglich (mit Ausnahme von Montag) von neun bis 13 Uhr und am Mittwoch und Samstag auch noch von 16 bis 19 Uhr bei freiem Eintritt erfolgen. Der Zugang zu der im Historischen Museum der Stadt Wien befindlichen Ausstellung ist durch die Lichtenfelsgasse.

Stadtbahn und Strassenbahn am 1. Mai. Am Sonntag, den 1. Mai 1927 (Staatsfeiertag), wird der Betrieb der Wiener elektrischen Stadtbahn und der Wiener städtischen Strassenbahn nach 1½ Uhr (ab Ring gerechnet) aufgenommen. In der Kartenausgabekassa, VI., Rahlgasse 3, können am 1. Mai von 1½ bis 17 Uhr Zeitkarten bestellt und erneuert werden; die Fahrscheinverkaufsstellen sind an diesen Tagen von 1½ bis 18 Uhr 30 Minuten geöffnet.